

Oskar Weggel

Alltag in China

(Folge 7, 1. Teil)

Öffentlich und Privat: Politik im Alltag und der Alltag in der Politik

Gliederung:

- 6 Politik im Alltag und der Alltag in der Politik
- 6.1 Politik im Alltag: Bürger und "Obrigkeit"
- 6.1.1 Der Bürger und sein Staat
- 6.1.1.1 Was hält der chinesische Durchschnittsbürger vom Staat: "Wir" oder "die da oben"? Die Erfahrung von Fremdheit
- 6.1.1.1.1 Die Theorie: Nähe, ja Identität
- 6.1.1.1.2 Die Praxis: Distanz und Berührungsscheu
- 6.1.1.1.2.1 Unpolitische Präferenzen und "Neautoritarismus"
- 6.1.1.1.2.2 Die fremdgebliebenen Staatssymbole
- 6.1.1.1.2.3 "Außen rund - innen eckig"
- 6.1.1.1.2.4 Das "Zuhause" in der "Danwei"
- 6.1.1.1.3 Ansätze zu einer Verkürzung der Distanz zwischen Staat und Bürger
- 6.1.1.2 Was erwartet der Bürger vom Staat?
- 6.1.1.2.1 Führungsaufgaben
- 6.1.1.2.2 Der Sicherheitszweck des Staates
- 6.1.1.2.2.1 Stabilität, Stabilität und nochmals Stabilität
- 6.1.1.2.2.2 Zwischen Klassenkampforderungen und Harmoniebedürfnis: Konflikt- und Konsensstheorien als Vorgaben für den politischen Alltag
- 6.1.1.2.2.3 "Kontrolle und "Vollbremsung" durch Notstandsmaßnahmen
- 6.1.1.2.3 Der Rechtszweck des Staates
- 6.1.1.2.4 Soziale, kulturelle und andere Aufgaben des Staates
- 6.1.2 Der Bürger und seine Bürokratien
- 6.1.2.1 Was hält der "Mann auf der Straße" von den politischen Organen seines Landes?
- 6.1.2.1.1 Blinder Vertrauensvorschuß oder Skepsis?
- 6.1.2.1.2 Reformistische Gegenkräfte
- 6.1.2.2 Was hält der Bürger von seiner politischen Führung und von seinen Bürokraten? Der lange Schatten des Generationenwechsels
- 6.2 Bürger und Öffentlichkeit
- 6.2.1 Gongkaixing: "Öffentlichkeit"
- 6.2.1.1 Der Begriff im chinesischen Kontext?
- 6.2.2 Wer sind die Träger der neuen Öffentlichkeit?
- 6.2.3 Demoskopie als Ersatzöffentlichkeit
- 6.2.4 Medien
- 6.2.4.1 Das Tauziehen zwischen Zensur und "Pressefreiheit"
- 6.2.4.2 Die Machart der Medien
- 6.2.4.3 Sparten
- 6.2.4.3.1 Printmedien
- 6.2.4.3.1.1 Allen voran: Die RMRB und ihre sechs Schwestern
- 6.2.4.3.1.2 Schichtenspezifische Organe und Fachzeitungen
- 6.2.4.3.1.3 Cankao - Mitteilungen als Instrument der Informations-Hierarchisierung
- 6.2.4.3.1.4 Zwei Agenturen; Verlagswesen
- 6.2.4.3.1.5 Die Printmedienkonjunktur im Spiegel der Zahl
- 6.2.4.3.2 Rundfunk
- 6.2.4.3.3 Fernsehen

6

Politik im Alltag und der Alltag in der Politik

Wie ist es um das Verhältnis zwischen Staat und Bürger bestellt und wie kommen andererseits die Bürokraten und die Subbürokratien miteinander aus? Diese Doppelfrage soll als roter Faden die nachfolgenden Betrachtungen durchziehen, wobei es wiederum darum geht, nicht die Vogel-, sondern die Froschperspektive einzunehmen, also den Standpunkt des "Mannes auf der Straße" zu beziehen.

6.1

Politik im Alltag: Bürger und "Obrigkeit"

6.1.1

Der Bürger und sein Staat

"Ist der Staat nur eine Summe aus Politikern, Organisationen, uniformierten Einheiten und Dienstgebäuden sowie Beamten, die 'ohnehin machen, was sie wollen' oder ist der Staat ein Verband, mit dem *ich* mich *identifizieren* und den ich umgekehrt *beeinflussen* kann?"

Diese Frage nach dem Grundgefühl gegenüber der politischen Institution kann am ehesten Aufschluß über obrigkeitliche oder aber demokratische Einstellungen der Bevölkerung gegenüber der Institution Staat geben.

Im Zeichen des "realexistierenden Sozialismus" der VRCh könnten wohl nur die wenigsten Chinesen behaupten, sie empfänden gegenüber dem Staat ein Wir-Gefühl. Meist reicht es allenfalls für eine Identifizierung mit der eigenen Danwei, nicht aber mit dem als anonym empfundenen Gebilde Staat.

6.1.1.1

Was hält der chinesische Durchschnittsbürger vom Staat: "Wir" oder "die da oben"? Die Erfahrung von Fremdheit

Wie ist es im heutigen China um die Stellung des Herrn Wang oder der Frau Li gegenüber Staat und "Obrigkeit" bestellt? Sind sie mitbestimmende Subjekte ("Staatsbürger") oder aber lediglich Objekte einer allgewaltigen Vormundschaft? Wie können sie den "Staat" und die "Partei" beeinflussen, und gibt es überhaupt so etwas wie "Demokratie" im Sinne westlicher Vorstellungen?

Angesichts der extremen Ausschläge, die sich bei der Entwicklung Chinas seit dem 19. Jahrhundert ergeben haben, darf es nicht verwundern, daß sich zu diesem Themenbereich haarsträubendste Vorstellungen entwickelt haben, die von der "Nachtwächter"- bis hin zur "Leviathan"-Theorie reichen. Die Vertreter der "Nichtinterventions/Nachtwächter-These" berufen sich dabei hauptsächlich auf die kaiserliche Zeit und weisen auf das damals so selbstverständliche Eigenleben unzähliger gesellschaftlicher Gruppierungen hin, die sich im wesentlichen selbst steuerten und die nur ganz ausnahmsweise mit Einmischungen des Magistrats zu rechnen hatten, z.B. die Sippen, Dorfgemeinschaften, Gilden und Tempelvereinigungen.

Die Vertreter der Leviathan-These andererseits, unter ihnen vor allem Carl August Wittfogel, gehen (vor "stalinistisch-maoistischem" Hintergrund) von einem Moloch Obrigkeit aus, dessen Zugriffsrecht prinzipiell durch keine verfassungsrechtlichen Schranken eingegrenzt und dessen Macht letztlich allumfassend sei.¹

Wie immer in China liegt auch hier die Wahrheit in der Mitte.

6.1.1.1.1

Die Theorie: Nähe, ja Identität

Zunächst einmal ist schon die Frage nach dem Bestehen demokratischer Zustände in China falsch gestellt, weil sie einem westlichen Denkraster entspricht, dessen Prämissen im Reich der Mitte nie heimisch geworden sind, nämlich der Vorstellung von einer Dualität zwischen "Staat" und "Gesellschaft", wobei eher von einem konflikthaften Gegeneinander als von einem harmonischen Miteinander ausgegangen wird: Da es ja nirgends vorgegebene Lösungen gibt, müssen die immer neu auftauchenden Fragen permanent neu - d.h. in aller Regel konflikthaft - gelöst werden.

Dieser Streit aber setzt zwei Parteien voraus, die im Rahmenwerk der vorgegebenen "Streitkultur" als gleichwertige Gegner in den Ring steigen können - nämlich die Bürokratie und "Obrigkeit", dort "Volk" und "Öffentlichkeit".

Vorstellungen eines solchen Auseinanderklaffens und einer solchen öffentlichen Gegnerschaft aber waren den Chinesen zumindest in der Theorie nie vertraut. Vielmehr geht die konfuzianische (vor allem die menzianische) Staatsphilosophie a priori von einer *Einheit* zwischen Obrigkeit und Volk aus, wobei diese Identität damit begründet ist, daß Führung und Volk ja stets denselben Weg gehen, indem sie nämlich dem *durch* das Volk repräsentierten (!) *tianming* (Himmelsbefehl) folgen. Das Volk ist die "Verkörperung des Himmels auf Erden" und das eigentlich "Kostbare" (*gui*), während der Herrscher "leicht wiegt" (*qing*), [1] erst ganz an letzter Stelle kommt und deshalb dem Volk stets die Wünsche von den Augen abzulesen hat. Der Herrscher paßt sich dem Volkswillen vor allem durch drei Korrekturen an, nämlich durch ständige Selbstkorrektur ("Selbstkultivierung"), durch Heranziehung lauterer Berater und durch ständiges Lesen der "Himmelszeichen", die sich ja nicht nur aus Naturkatastrophen, sondern auch aus Unmutsbekundungen des Volkes ergeben.² Die "demokratischen" Elemente im traditionellen China lassen sich, im Gegensatz zu westlichen Vorstellungen, etwa folgendermaßen formulieren:

(1) Nicht Gewaltenteilung, sondern Einheit und Identität, (2) nicht politischer Wettbewerb, sondern "Respekt und Loyalität" (d.h. nicht gegeneinander, sondern miteinander), (3) nicht soziale Einzelgerechtigkeit, sondern Symmetrie und Paternalismus, (4) nicht (individuelle) Menschenrechte, sondern (kollektive) Sozialrechte.³

Die Hauptlehre des alten China lautete nach alledem, daß eine "gute Regierung" nicht durch wachsende Partizipation der Bevölkerung, sondern durch kontinuierliche *Selbstdisziplinierung* der Regierenden (im Sinne des Himmelsauftrags) zu erreichen sei, wobei diese darauf zu achten haben, daß den "Kindern" (d.h. dem Volke) jeder Wunsch von den Augen abgelesen wird. Diese Auffassung hat sich in ihrem Kern bis ins 20. Jahrhundert hinein erhalten.

Auch Sun Yixian beispielsweise wünschte nicht (den allzu westlichen) Dualismus zwischen Staat und Gesellschaft, sondern die *Einheit* zwischen beiden, nicht den Konflikt, sondern die Harmonie, nicht das Gegeneinander, sondern das Miteinander - nämlich die "Große Harmonie"

(*datong*). Neben dem Identitätserbe und dem harmonischen Ausgleich zwischen "Führung und Volk" übernahm er auch noch das dritte Traditionselement, nämlich die "Himmels"-Orientierung, wobei er allerdings das Wort "Himmel" vermied, vom Staatsmann aber gleichwohl prophetische Eigenschaften verlangte. Sun unterschied zwischen drei Gruppen, nämlich den "Vorausschauenden" (*xianzhi xianjuede*) [2] (wörtlich: zuerst Wissenden und zuerst Fühlenden), den Parteigängern und den "Nichtwissenden".⁴ Nach Suns Auffassung war es "einfach zu handeln, aber schwer zu wissen". Der große Politiker muß daher ein "Seher" und Prophet sein, der den - als solchen bereits vorhandenen(!) - richtigen Weg (*dao*) nicht etwa sucht, sondern *findet!*

Unterschiedlich in der Begründung, durchaus identisch aber in der Haltung, ging auch Mao Zedong von einer *Einheit* zwischen Führung und "Massen" aus, wobei die "Verschmelzung" [3] zwischen beiden immer wieder im Wege der "Massenlinien-Methode" hergestellt werden müsse. Personen, die diesem Verschmelzungsauftrag nicht entsprechen wollen, seien als "Nichtvolk" zu behandeln und mit Mitteln des Klassenkampfes zu eliminieren, sei es, daß sie (wie die Grundbesitzer in den 50er Jahren) physisch liquidiert, oder aber sei es, daß sie, wie die "Rechtsabweichler und andere Klassenfeinde" durch "Arbeit umerzogen" (*laojiao*) werden. Führung und Volk sind m.a.W. eins; wer sich dieser "maximalen Kohäsion mit den Massen" (*zui miqiede lianxi*) (4) nicht fügen will, ist Nicht-Volk und als solches zu behandeln. Die zwei menzianischen Traditionen der *Identität* von Führung und Volk sowie des *harmonischen* Miteinander wurden also auch im Maoismus streng befolgt, wenngleich mit fundamental verschiedenen Begründungen. Auch das dritte konfuzianische Element, nämlich die Befolgung des "Himmelsbefehls" läßt sich im Maoismus latent wiederfinden, nämlich in Form des Führungsmonopols der KP, die angeblich im Besitz des technisch besseren und (!) des moralisch überlegenen Konzepts ist.

Auch in reformerischer Zeit hat sich an diesem Grundkonzept, vor allem an der Identitätsthese, wenig geändert, wenngleich inzwischen versucht wurde, gewisse Freiräume der Basis mit *rechtlchen* Mitteln abzuschichern (stärkere Mitwirkung der Volksvertretungen, stärkere Trennung von Partei und Management, Betriebsautonomie, "Rechts- statt Personenherrschaft" etc.).

6.1.1.1.2

Die Praxis: Distanz und Berührungsscheu

Die Identitätstheorie ist zu schön, um wahr zu sein - und wurde in der Tat ja immer nur von den Führungseliten hochgehalten, während sie den "Volksmassen" fremd blieb. Um deren Einstellung zu illustrieren, seien hier paradigmatisch drei Verhaltensweisen herangezogen, nämlich ihr Partizipationsverständnis, ihre Distanz zu den Staatssymbolen und ihr nicht selten gepflegter subversiver Sarkasmus. Im einzelnen:

6.1.1.1.2.1

Unpolitische Präferenzen und "Neoautoritarismus"

Herrscht auf dem "politischen Markt" der VR China intensive Nachfrage nach Demokratie und Mitbestimmung oder verhält sich die Bevölkerung eher zurückhaltend - also möglichst "unpolitisch"?

Die Frage bedarf einer differenzierten Antwort:

- In "normalen Zeiten", vor allem dann, wenn auch noch Prosperität herrscht, ist Demokratie für den Mann auf der Straße "kein Thema". Er will statt dessen von der Obrigkeit in Ruhe gelassen werden; er hört sich zwar die notorischen "moralischen Belehrungen" an - und findet sie auch ganz in Ordnung -, erwartet aber, daß er im übrigen ungehindert seiner Wege gehen kann und daß "die da oben" ihrer Aufgabe nachkommen und nach dem Rahmenwerk für die Gesamtsteuerung suchen. Es herrscht hier m.a.W. eine Einstellung, die sich mit dem Begriff "Neo-Autoritarismus" wohl am treffendsten wiedergeben läßt (*xin quanweizhuyi*) [5]. Protagonisten der in der VRCh angesiedelten "Neo-Autoritarismus-Schule" gehen denn auch davon aus, daß das heutige China keineswegs Spielformen westlicher Demokratie, sondern eher ein wohlwollend autoritäres Regime benötige, wie es ja auch die Wirtschaftswunderentwicklungen der Vier Kleinen Tiger so überzeugend flankiert habe: "Aufbau einer Marktwirtschaft unter autoritärer Führung" - dies etwa war der Kurs des NA-Modells, das zahlreiche Traditionselemente wieder ans Tageslicht befördert hat und das deshalb auch von der Deng Xiaoping-Führung so wohlwollend kommentiert wurde.⁵ Vor allem im Interesse einer politischen Stabilisierung während der Übergangsperiode sei der NA für die VR China einstweilen unverzichtbar.

Noch schärfer als in der Volksrepublik wurde die NA-Philosophie in Singapur propagiert, und zwar vom ehemaligen Ministerpräsidenten Lee Kuan Yew. Nach Lees Überzeugung ruht "die Hauptlast der gegenwärtigen Planung und Durchführung auf den Schultern von nur rd. 300 Schlüsselpersonen. Stürzten alle 300 mit einem Jumbo-Jet ab, so wäre Singapur am Ende! Es ist merkwürdig, aber wahr, daß Millionen Schicksale oft von der Qualität, der Stärke und dem Weitblick einiger weniger abhängen. Es liegt bei ihnen zu entscheiden, ob ein Land an Stärke und Ordnung gewinnt, oder ob es zerfällt und chaotisch untergeht".⁶ Die "Mandarine" seien das "Salz Singapurs" und dank ihres "höheren Wissens und ihrer Selbstdisziplin" auch dazu legitimiert, "sozialem Parasitentum" (sic!) entgegenzutreten⁷ und überall steuernd einzugreifen, sei es nun, daß sie die Bürger zur Höflichkeit erziehen ("Nationale Höflichkeitskampagne" von 1979 und 1980), daß sie ihnen ein Gefühl für Sauberkeit auf den Straßen vermitteln oder aber daß sie dafür sorgen, daß langhaarige Männer notfalls von der Polizei "frisiert" werden.

Dem Mandarinat Singapurs obliege es, über Wirtschaft und Gesellschaft des Stadtstaats während der "Pubertätsphase" wohlwollend Vormundschaft auszuüben und dafür zu sorgen, daß Ordnung und Disziplin, Verpflichtungsdanken und Gegenseitigkeit zwischen den Sozialpartnern ähnlich harmonisch und "konfliktfrei" geregelt würden wie zwischen Eltern und Kindern. Vor allem müsse der "Rat" durch neo-korporatistische Zusammenarbeit zwischen Arbeit, Kapital und Bürokratie gezügelt - also harmonisiert werden.

Im erfolgsverwöhnten Stadtstaat Singapur sind altkonfuzianische Vorstellungen dieser Art letztlich wesentlich konsequenter wiederbelebt und auf neuen Glanz gebracht worden als in der Volksrepublik oder auf Taiwan, obwohl auch dort die paternalistischen Muster erhalten geblieben sind, wenngleich ihre Konsequenzen nicht in derselben unverblühten Art verbalisiert werden wie im "Reiche Lee Kuan Yews".

Solange im politischen Leben alles "glatt verläuft", ist Demokratie, wie gesagt, "kein Thema". In Krisenperioden allerdings beginnt sich das vom "Mandarinat" so befürchtete Gorgonenhaupt demokratischer Forderungen um so mächtiger zu heben. Das *Mitbestimmungsverlangen* von unten ist in der chinesischen Welt m.a.W. immer noch ein *Kind der Krise* und äußert sich deshalb auch in drei für das politische System Chinas besonders typischen Formen, nämlich (1) eher in "Bewegungen" als in Institutionen, (2) eher in korporatistischen als in individualistischen Forderungen und (3) eher in einem Verlangen nach Willkürminimierung als in einer Forderung nach Partizipationsmaximierung.

Im einzelnen:

- "Demokratische" Forderungen, die zumeist als Protest hervortreten, sind eine *Ausnahmeerscheinung* und nehmen deshalb in aller Regel weniger institutionelle als vielmehr *spontane Formen* an, weshalb sie vom "Mandarinat" auch besonders gefürchtet werden; denn sie sind unberechenbar. Schuld an dieser Ausuferungsgefahr trägt nicht zuletzt die Obrigkeit selbst, da sie alle spontanen Äußerungen der Bevölkerung, wo immer möglich, bürokratisch zu überfangen und zu kanalisieren versucht. Erst wo dies nicht mehr möglich ist, schwappt der Fluß über die Ufer und nimmt dann sekundenschnell gefährliche Ausmaße an. Die Dynastie der Qing stolperte bekanntlich über einen Eisenbahnskandal, und auch die "4.Mai-Bewegung" von 1919 entstand zunächst aus einer anfangs harmlos wirkenden Protestbewegung gegen die Versailler Verträge, die das ehemals deutsche Pachtrecht an der Bucht von Jiaozhou nicht an die Republik China zurückfallen ließen, sondern es an das Kaiserreich Japan weiterübertrugen.

Auch die demokratischen Bewegungen nach 1949 zeigten alle Anzeichen einer *Ausuferung* und wurden deshalb von den Behörden unbarmherzig niedergeschlagen - vor allem die beiden spontanen "Trauerbekundungen" für Zhou Enlai von 1976 und für Hu Yaobang von 1989, die jeweils unter der Hand zu unkontrollierbaren Spontanbewegungen auszuarten drohten, und bei denen die "Herrschenden" zusätzlich mit moralischen Forderungen konfrontiert wurden, die ganz dazu angetan waren, ihre Legitimation mit einem Fragezeichen zu versehen und die KPCh-Bürokratie Gesicht verlieren zu lassen. Beide Bewegungen wurden überdies mit dem Kainsmal eines Verrats an der Revolution und an der Nation versehen.

- Obwohl Proteste selten institutionalisiert sind und fast ausnahmslos in Form von Volksbewegungen erfolgen, pflegen hinter ihnen weniger Einzelpersonen, als vielmehr *Gruppen* zu stehen, die in der durchzellularisierten Gesellschaft Chinas ohnehin überall als Grundbausteine bereitliegen, ob nun (in heutiger Zeit) als Danweis oder aber früher als Clans, Gilden, Nachbarschaften, Tempelvereinigungen und landsmannschaftlichen Gruppierungen - gar nicht zu reden von den zahllosen Geheimgesellschaften, die ursprünglich aus ganz anderen Motiven heraus (Familien-, Berufs- und Landsmannschaftsinteressen) gegründet wurden, und die fast ausnahmslos vertikal, d.h. klientelistisch aufgebaut sind, die in Ausnahmzeiten dann allerdings schnell als akkumuliertes Protestpotential zutage treten und unter der Hand zum Haupt rivalen der staatlichen Bürokratie werden, ja manchmal sogar staatliche Funktionen übernehmen können, wenn der Staat beispielsweise (wie am Ende der Qing-Dynastie

oder im Verlauf der Republik) nicht mehr in der Lage ist, aus eigenen Kräften und mit eigenen Mitteln die benötigte Infrastruktur herzustellen, sich einer Welle von Kriminalität entgegenzustellen oder aber die Sicherheit in bestimmten Regionen aufrechtzuerhalten.

In solchen Fällen sind größere Clans und lokale *fatuan* [6] (d.h. Berufsgruppen, wörtlich: "Gesetzesvereinigungen") geradezu prädestiniert, Lücken auszufüllen und damit gleichzeitig auch Mitbestimmungsfunktionen wahrzunehmen.

Angesichts dieser so charakteristischen *Kurzfristigkeit* erfolgen solche "Öffentlichkeits"-Bekundungen freilich auch auf extrem dünnem Eis; Forderungen werden ritualisiert wie in der Beijing-Oper und überdies soll das moralische Gewicht der Forderungen die mangelhafte Organisation wettmachen.

Demokratie ist aus der Sicht der Volksmassen keine Dauer- sondern eher eine Notstandseinrichtung.

Deshalb geht es beim "Mitbestimmungs"-Wunsch letztlich nicht um Partizipationsmaximierung, sondern vielmehr um Willkürminimierung: allzu oft erweisen sich viele Behörden auch heute noch als unberechenbar, sei es, daß sie "Gebühren" und "Steuern" ohne gesetzliche Grundlage einziehen, sei es, daß sie aus unerfindlichen Gründen Gewerbekonzessionen versagen oder daß sie die Ladeneinrichtung der ungeliebten privaten Konkurrenz kurzerhand zertrümmern lassen. Bauern erhalten für ihre Ernteeblieferungen statt Bargeld lediglich *bai-tiao* [7] (weiße Zettel), die häufig genug nicht eingelöst werden, und Polizisten sowie Gerichtspersonal nehmen ihre Zuflucht nach wie vor zu Foltermaßnahmen, wie 1786 Fälle beweisen, die zwischen 1988 und 1993 gerichtlich verfolgt wurden.⁸ Dem Mann auf der Straße geht es beim Verlangen nach Willkürminimierung also weniger um Partizipation, als vielmehr um den simplen Wunsch, von den Behörden möglichst in Ruhe gelassen zu werden. Forderungen nach echter Mitbestimmung pflegen nur in Ausnahmezeiten aufzutauchen und eher auf "akademische Kreise" beschränkt zu bleiben.

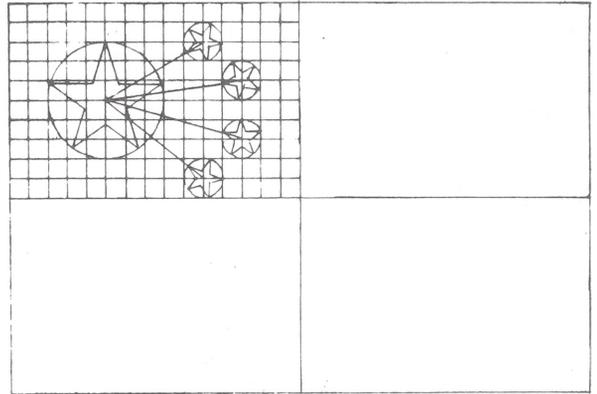
6.1.1.1.2.2

Die fremdgeliebten Staatssymbole

Wenn der Durchschnittschinese an den "Staat" denkt, so assoziiert er mit diesem Begriff trotz der anheimelnden Bezeichnung *guojia* (wörtlich: "Staatsfamilie") hauptsächlich "Bürokratie" und eine Reihe von Symbolen, nämlich die Staatsflagge, das Staatswappen und die Nationalhymne, wie sie der Bevölkerung seit dem 1. Oktober 1949, dem Gründungstag der Volksrepublik, präsentiert werden.

Über die Bürokratie ist unten (6.1.1.2) Näheres auszuführen. Sie steht dem "Mann von der Straße" ziemlich fern. Und die Symbole? Vermitteln wenigstens sie Wärme und Identität?

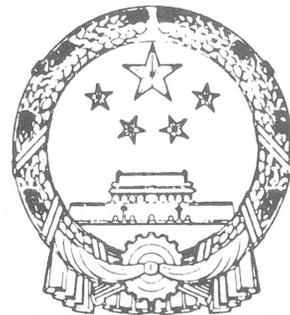
- Die Staatsflagge, deren Proportionen - Breite : Höhe = 3 : 2 m betragen, zeigt fünf goldene Sterne auf rotem Grund. Die Sterne befinden sich im oberen linken Feld - ein großer in der Mitte, halbkreisförmig umgeben von vier kleineren, wobei jeweils eine Zacke der kleineren vier auf den Mittelpunkt des großen Sterns weist.



Daß die Farbe Rot für Revolution und daß Gold symbolisch für den "Morgenglanz einer neuen Zeit" steht - dies hat jeder Chinese bereits auf der Schulbank gelernt. Schwierigkeiten hat er freilich bisweilen schon mit den fünf Sternen, von denen er allenfalls weiß, daß "Fünf eine heilige Zahl aus der Vergangenheit" und die Fünfheit offensichtlich eine Versinnbildlichung der Einheit des chinesischen Volkes unter der Führung der KPCh ist. Daß die vier kleinen Sterne allerdings vier "Klassen", nämlich Arbeiter, Bauern, Nationale Bourgeoisie und Kleinbourgeoisie repräsentieren - und damit dem Gedanken der "Neuen Demokratie" Rechnung tragen, ist in der Regel längst vergessen, da das Zeitalter der Neuen Demokratie durch Ausschaltung der Nationalen und der Klein-Bourgeoisie früher zu Ende gegangen ist, als es ursprünglich wahrscheinlich auch die KPCh-Führung gehaut hat, nämlich bereits 1956.

Gleichwohl hat auch die neue Verfassung vom Dezember 1982 das Fortbestehen dieser Symbolik vorgeschrieben.

- Das Wappen der Volksrepublik zeigt in der Mitte das von fünf Sternen überstrahlte "Tor des Himmlischen Friedens" (Tiananmen), umgeben von einem Ährenkranz und einem Zahnrad an der Basis. Das Tiananmen ruft



beim Durchschnittschinesen eine Fülle von Assoziationen hervor, nämlich die Erinnerung an die Kaiserzeit (das Tor wurde in der frühen Ming-Zeit errichtet), ferner an die Geburt der 4.Mai-Bewegung d.J. 1919, mit der nach sino-kommunistischer Zeitrechnung die "Neue Demokratie" ihren Anfang nahm, des weiteren an die Proklamation der VRCh i.J. 1949 und - in neuester Zeit - an das Massaker vom 4.Juni 1989. Das Zahnrad und die Ähren stehen für Arbeiterklasse und Bauernschaft, die fünf Sterne wiederum für die bereits erwähnte und als solche höchst diffuse Einheit des chinesischen Volkes unter KPCh-Führung. In der Schule wird den Schülern beige-

bracht, daß mit dem Wappen das "Wesen" der VRCh ausgedeutet wurde: Es handle sich bei ihr nämlich um einen sozialistischen Staat unter der "demokratischen Diktatur des Volkes", angeführt von der arbeitenden Klasse auf der Grundlage des Bündnisses von Arbeitern und Bauern.

- Was schließlich die Nationalhymne anbelangt, so ist sie 1935 entstanden und war ursprünglich die Titelmusik des Films "Söhne und Töchter des Sturmwind". Der Text ("Marsch der Freiwilligen") stammt, wie jeder Schüler bereits in der ersten Klasse lernt, von Tian Han und die Melodie von Nie Er. Da das Lied acht Jahre lang die Widerstandsbewegung gegen die japanischen Besatzer (1937-1945) beflügelte hatte und fast jedem "Patrioten" bekannt und heilig geworden war, wurde es 1949 "versuchsweise" als Nationalhymne eingeführt, geriet dann allerdings immer mehr in eine jahrelang höchst ungleiche Konkurrenz zur Mao-Hymne "Dongfanghong" ("Der Osten ist rot - die Sonne hat hervorgebracht einen Mao Zedong"). Erst nach dem Ende des maoistischen Zeitalters wurde der "Marsch der Freiwilligen" offiziell als Nationalhymne angenommen, und zwar im Zusammenhang mit dem Erlaß der neuen Verfassung von 1982: Der Text der Hymne gleicht von fern der französischen Trikolore: "Steht auf! Nicht länger Sklaven mehr! Die Große Mauer neu erbaut aus unserem Fleisch und Blut. In größter Bedrängnis Chinas Volk. Der Unterdrückten letzter Schrei ertönt: Steht auf! Erhebt Euch! Mit tausend Leibern, einem Herzen, den feindlichen Kanonen zum Trotz: Vorwärts! Vorwärts! Voran!" Nur wenige Chinesen, die diesen Text nicht auswendig hersagen können!

Ans Herz gewachsen ist er freilich nur Zeitzeugen der Kampfjahre. Die junge Generation kann damit nur noch wenig anfangen!

6.1.1.1.2.3

"Außen rund - innen eckig"

In seiner generellen Skepsis gegenüber Staat und Obrigkeit verhält sich der einzelne eher passiv als "demokratisch-aktiv", indem er möglichst "außen rund und innen eckig" zu sein sucht und indem er obrigkeitlicher Rigorosität einen subversiven Sarkasmus eigener Art entgegensetzt, der sich in überraschenden Parolenverzerrungen, in zynischen Verfremdungen oder aber in politischen Witzen äußert:

- Parolenverzerrung: Vor allem nach dem Tiananmen-Massaker waren die zur Rechtfertigung des damaligen Vorgehens verwendeten Propagandaformeln ein besonders häufiger Gegenstand vielsagender Verdrehung. Während die Medien die offizielle Beschwörungsformel "Nur der Sozialismus kann China retten" fast tagtäglich wiederholten, gab ihr der Volksmund eine leichte Drehung, so daß es nun "Nur ohne Sozialismus kann China gerettet werden" hieß. Nach dem Abschied der meisten osteuropäischen Gesellschaften vom Sozialismus entwickelten sich für diesen Spruch noch eine zweite Variante heraus: "Nur China kann den Sozialismus noch retten" oder "Es ist nur noch China übriggeblieben, das den Sozialismus retten könnte". Der offizielle Slogan "Ohne die Kommunistische Partei gäbe es kein neues China" erfuhr ebenfalls eine leichte Metamorphose und hieß nun: "Ohne das neue China gäbe es auch keine Kommunistische Partei".⁹

- Begriffsverfremdungen: Die Hauptparole Deng Xiaopings hieß in den Jahren 1989 ff.: "Ein Zentrum, zwei Hauptpunkte" (yige zhongxin, liange jiben dian) [8].¹⁰ Gemeint ist damit, daß die Wirtschaft nach wie vor im Zentrum steht, und daß einerseits sowohl die Vier Grundlegenden Prinzipien, also vor allem der Führungsanspruch der KPCh, wie andererseits auch der Reformkurs (Strukturreform nach innen plus Türöffnung nach außen) beibehalten werden solle.¹¹ Da die "Zwei grundlegenden Punkte", nämlich einerseits politischer Autoritarismus und andererseits wirtschaftliche Marktfreiheit so gar nicht zusammenpassen wollen, sprach der Volksmund schon bald von "bijini zhengzhi", wörtlich "Bikini-Politik": hier das Oberteil, dort das Unterteil und in der Mitte das Ungefähr. Da die Parteiführung nichts weniger liebt als Scherze auf ihre Kosten, pflegen solche "Verfremdungen" immer wieder einen Zentralnerv zu treffen.

Bezeichnend in diesem Zusammenhang ist auch, welche Umdeutung eine Reihe von maoistischen Grundbegriffen erfahren hat. Einer jener Termini z.B., die in Mao Zedongs schriftstellerischer Tätigkeit auf jeder Seite auftauchen, ist *jiejue maodun* [9] ("Widersprüche lösen"), wobei der von Mao postulierte Klassenkampf die Hintergrundfolie liefert.

Heutzutage ist dieser Ausdruck in die Alltagssprache eingegangen und bedeutet soviel wie "seine Notdurft loswerden". Man sagt also beispielsweise: "Ich gehe jetzt auf die Toilette, um meine Widersprüche zu lösen". Unschwer läßt sich vorstellen, welche Assoziationen einen Zuhörer befallen, wenn der Parteisekretär seine Einheit zur Lösung von Widersprüchen in den Kaderreihen auffordert. Guten Gewissens kann er den ehrwürdigen Terminus eigentlich gar nicht mehr in den Mund nehmen!

- Witze: Noch vor den Ereignissen von 1989 führen - einem Ondit zufolge - Gorbatschow, Ceaucescu und Deng Xiaoping zu dritt in einem Taxi. Vor einer Straßenkreuzung will der Chauffeur wissen, in welche Richtung er nun fahren soll. Ceaucescu will nach links, Gorbatschow nach rechts, Deng Xiaoping aber verlangt, daß nach links geblickt, jedoch nach rechts abgebogen werden soll.

6.1.1.1.2.4

Das "Zuhause" in der "Danwei"

Wirklich "zu Hause" aufgehoben und akzeptiert fühlt sich der einzelne nicht beim Staat oder in der Massenorganisation, sondern in seiner *Danwei*, in der jeder jeden kennt.¹² Geschlossene Gesellschaften dieser Art sind u.a. die städtischen Nachbarschaften. Werfen wir einen Blick auf den Tätigkeitsbereich der sechzigjährigen Li Yayang, die eines der 3.100 Shanghai'ser Nachbarschaftskomitees leitet. Typisch, was Frau Li von sich und ihrer Arbeit zu berichten weiß:

"Wir sind eine große Familie, allerdings mit rd. 6.000 Familienmitgliedern. Was immer im täglichen Leben so anfällt, haben wir zu erledigen. Als Oberhaupt dieser großen Familie bin ich dauernd unterwegs und muß mich mit unzähligen Schwierigkeiten herumschlagen. Oft hält mich jemand mitten auf der Straße an und erzählt mir von seinen Problemen. Selbst beim Essen lassen sie mich nicht in Ruhe. Auch noch nachts klopft's manchmal an die Tür! Da ich nie weiß, wann jemand kommt, bin ich

dauernd auf dem Sprung, sogar auf der Toilette... Ich weiß sehr wohl, daß die Leute zu mir kommen, weil sie mich brauchen, vor allem aber weil sie Vertrauen zu mir haben."¹³ Frau Li berichtet, wie ihr Komitee Kindergärten und ganze Dienstleistungsnetze aufgezogen hat, welche letztere inzwischen Fahrräder und Uhren reparieren, Messer und Scheren schleifen, Schuhe besohlen und beim Schlüsseldienst behilflich sind.

Das Komitee besitzt eine Herberge, die im Jahr etwa 50.000 Yuan Gewinn abwirft und mit deren Erlösen es Danwei-Gemeinschaftsdienste finanzieren kann.

Komiteemitglieder haben dafür zu sorgen, daß Streitigkeiten geschlichtet, alte Leute regelmäßig besucht, Diebe abgehalten und die öffentlichen Toiletten gereinigt werden. Abends gegen 8 Uhr wird die Glocke geläutet und damit den Anwohnern ein Zeichen dafür gegeben, daß sie die Wäsche hereinholen und Türen sowie Fenster verschließen mögen.

Frau Li klagt: "All das wird von den Anwohnern mehr oder weniger selbstverständlich hingenommen. Wozu sind wir schließlich da! Die Anwohner sind ein bißchen wie verzogene Kinder, die kaum wahrnehmen, was die Eltern für sie tun. Im Grunde werden wir als so eine Art öffentliches Mädchen für alles betrachtet. Die Anwohner sehen es als etwas völlig Normales an, daß sie zu uns kommen, damit wir irgendetwas für sie in die Wege leiten. Schließlich bist du ja das Oberhaupt einer großen Familie, sagen sie. Aber wehe, man bittet sie, auch mal mit anzupacken, beispielsweise beim Fahrradschuppen. Da sagen sie glatt Nein und halten es noch nicht einmal für nötig, sich zu entschuldigen... Die Arbeit im Komitee ist sehr anstrengend und sehr ermüdend, aber ich bedaure sie keinen einzigen Tag. Solange die Anwohner mich als eine der ihren betrachten, die zur Familie gehört, war es der Mühe wert."¹⁴

6.1.1.1.3

Ansätze zu einer Verkürzung der Distanz zwischen Staat und Bürger

Die politische Führung kennt die Skepsis ihrer Bürger und ihre Abwehrhaltung gegenüber dem Staat recht wohl und versuchte in der Tat auch schon in den frühen 80er Jahren, bescheidene politische Reformen durchzuführen. Dabei standen sechs Maßnahmen im Vordergrund, nämlich (1) die Stärkung der Volkskongresse aller Ebenen gegenüber der bisher allmächtigen Partei- und Staatsbürokratie, (2) die Trennung zwischen Parteiausschüssen und Verwaltungen (auch die KP sollte sich künftig nur noch indirekt und nicht mehr direkt in laufende Angelegenheiten der Verwaltungen und Betriebe einmischen), (3) die Stärkung der örtlichen Ebenen (bis dahin galt der Grundsatz "je zentraler, desto sozialistischer"), (4) die Autonomie der Betriebe (5), die Reform des Kadernsystems (laufende Überwachung und Absetzbarkeit von Amtsträgern durch Beschlüsse der Basis, (6) der weitere Ausbau des Rechtssystems, der dafür sorgen sollte, daß die Herrschaft durch Gesetze anstelle der Herrschaft durch Menschen trat, daß also jedermann vor dem Gesetz wirklich gleich war.¹⁵

Beim XIII. Parteitag (1987) wurden diese Ansätze noch durch einen siebten Vorschlag ergänzt, nämlich durch die Einführung des Instrumentariums der ständigen "Konsul-

tation" (*xieshang*) [10]. Die Parteiführung war sich bei diesen Vorschlägen bewußt, daß in einem politischen System wie dem VR-chinesischen, das Jahrzehnte hindurch "patriarchalisch" beherrscht und mit Partizipationsmöglichkeiten nicht gerade üppig ausgestattet gewesen war, die Mitbestimmung von unten, vor allem aber die offene Austragung von Konflikten zwischen Bürgern und Staat, nicht einfach "par ordre de Moufti" erfolgen konnte. Statt dessen sollte als Zwischenlösung der ständige Dialog und die ständige Konsultation zwischen beiden Seiten institutionalisiert werden - und zwar zusätzlich zu anderen politischen Zugeständnissen wie Stärkung der Volksvertretungen, Dezentralisierung, Betriebsautonomie und Verrechtlichung.

Was mit "Konsultation und Dialog" eigentlich gemeint ist, war vielen Chinesen lange Zeit nicht ganz klar. Auch die offiziellen Verlautbarungen ließen nur soviel erkennen, daß hier allem Anschein nach neue Relaisstationen zwischen Bevölkerung und führenden Politikern, aber auch Ventile für den Druckausgleich verschiedener Meinungen und Bestrebungen geschaffen werden sollten, und zwar in der Weise, daß jedermann "von Angesicht zu Angesicht und von gleich zu gleich Probleme gemeinsamen Interesses diskutieren und Lösungen vorschlagen kann".¹⁶

Gedacht war hier in erster Linie weniger an *generelle* Kontakte zwischen Bevölkerung und Spitzenpolitikern, die ohnehin illusorisch bleiben würden, sondern an *spezielle* Gesprächsforen zwischen Hochschulleitung und Studenten, zwischen Betriebsdirektoraten und Belegschaften sowie zwischen Wohnungssuchenden und Sozialbehörden.

Jahrzehntelang waren die Teilnehmer an gemeinsamen Treffen dieser Art von monologisierenden Parteisekretären gelangweilt worden. Anstelle all dieser salbungsvollen Kundgebungen sollte nun definitiv und allen Ernstes der "kollektive Dialog" und das "Zwiegespräch" treten - der Dialog zwischen Bürgermeistern und Bürgern, zwischen Fabrikdirektoren und Arbeitern, zwischen Hochschulrektoren und Studierenden sowie zwischen Theoretikern und Praktikern.

Jede Danwei sollte mit dem Dialog bei sich selbst beginnen und anschließend versuchen, auch höhere Gremien in die Diskussionen mit einzubeziehen. Zu diesem Zweck erließ die "Politische Konsultativkonferenz des chinesischen Volks", also die Dachorganisation aller Massenorganisationen, im Januar 1989 ein Regelwerk von 15 Paragraphen, in dem sich die "Konsultativkonferenz" als eine Art nationaler Ombudsmann zu präsentieren versuchte und in 15 Paragraphen ihre Dienste für die Vermittlung bei Auseinandersetzungen zwischen staatlichen Stellen, politischen Parteien und Privatleuten anbot. In den "Regeln" wurde ein bestimmtes *Procedere* und ein Regelwerk für die Unterwerfung unter den Schiedsspruch vorgeschlagen.¹⁷

Als eine weitere Form der "Konsultation und des Dialogs" wurde das Instrument der *Demoskopie* vorgeschlagen. Umfragen, durch die die Bevölkerung ihre Meinung zu bestimmten Problemen zum Ausdruck bringe, seien eine weitaus sinnfälligere Form des Dialogs mit der politischen Führung als Demonstrationen oder Streiks, hieß es in parteioffiziellen Verlautbarungen¹⁸ - Meinungsum-

fragen sozusagen als Demonstrationersatz! Umfragen hatten in der Tat ergeben, daß der Durchschnittschinese wenig von Beschwerden, Petitionen, Arbeitsniederlegung oder Bummelstreiks hält. Solche Aktionen würden von den Behörden entweder nicht beachtet oder aber repressiv beantwortet. Als weitaus nützlicher erwies sich, wie gesagt, der "Dialog" und vor allem die ständige Veröffentlichung von Volksmeinungen, die ein bestimmtes Klima schaffe und die Behörden hier in eine bestimmte Richtung zum Handeln zwingt.

Vor allem in den 80er Jahren hatte ein gewaltiger Aufbruch in Richtung Demoskopie stattgefunden: Im Oktober 1986 war das erste Sozialforschungsinstitut ins Leben gerufen worden, und gleichzeitig hatte die Fakultät für Medienwissenschaften der *Renda*, d.h. der "Universität des chinesischen Volkes", ein Forschungsinstitut für Meinungsumfragen ins Leben gerufen. Zwischen März und Mai 1986 hatte darüber hinaus der Nationale Gewerkschaftsbund Chinas unter 770.000 Arbeitern und Angestellten Rückfragen zur Verbesserung der Betriebsverwaltung angestellt, und im Mai 1987 war vom "Chinesischen Forschungsinstitut für die Reform des Wirtschaftssystems" das erste offizielle Organ für Demoskopie aus der Taufe gehoben worden, das auch prompt vier Umfragen zur Reform des Wirtschafts- und Preissystems durchführte und damit dem ZK Hinweise über die Stimmungslage und über die Wünsche in der Bevölkerung vermitteln konnte. (Zur Demoskopie s. unten 6.2.3)

Zur gleichen Zeit auch ergriffen Schriftsteller und Journalisten die Chance des neuen "Konsultations"-Klimas, um - unabhängig von parteilicher oder staatlicher Steuerung - Recherchen eigener Art anzustellen und so der wirklichen Stimmung in der Bevölkerung auf den Grund zu gehen.

Das Ergebnis dieser "parti- und regierungsunabhängigen" Recherchen schlug sich in zwei Sammlungen nieder, die inzwischen auch in westliche Sprachen übersetzt worden sind, nämlich die "Hundert Reportagen" von Liu Bingwen und Xiong Lei, die auf deutsch unter dem Titel *100 unter 1.000.000.000 Gespräche mit Chinesen über Alltagsleben, Hoffnungen und Ängste*¹⁹ erschienen sind, sowie 36 Reportagen von Zhang Xinxin und Sang Ye, die in der deutschen Version den Titel *Pekingmenschen*²⁰ tragen.

Beide Sammlungen, die "in Interviewform die Ansichten und Einsichten ganz normaler Chinesinnen und Chinesen wiedergeben",²¹ wurden von der Parteiobrigkeit mit Mißtrauen und mit zusammengekniffenen Augen zur Kenntnis genommen: Kaum etwas nämlich kann gesellschaftskritischer sein als die ungeschminkte Wiedergabe kritischer Äußerungen aus dem Munde des Volkes, von denen überdies auch mehr soziales Aroma ausgeht als von Äonen wohlformulierter Parteidokumente, die, wie jedermann weiß, mehr zudeckeln als offenlegen.

Das Massaker von 1989 und die damit verknüpfte Kampagne gegen weitere politische Reformen und gegen "geistige Verschmutzung" haben den Bemühungen von Konsultation und Demoskopie zwar einen Dämpfer aufgesetzt, doch läßt sich das wachsende Verlangen nach *gongkaixing* [11] ("Glasnost") auf die Dauer nicht mit bürokratischen Mitteln niederhalten, zumal das *xie* mit zu den

althergebrachten Grundmechanismen bei der Lösung gesellschaftlicher Konflikte gehört, die im Zeichen des modernen Medienklimas lediglich durch neue Spielformen angereichert, keineswegs jedoch als solche verdrängt worden sind. Bei genauerem Hinsehen kann es ja in der Tat kaum etwas "Harmloseres" für die politische Führung geben als Anleitung durch "Konsultation" oder als Belehrung durch Demoskopie!

Das Verhältnis zwischen Staat und Bürger wird in China idealiter, also nicht durch den einseitigen Befehl von oben oder aber durch "Hyperaktivität von unten", sondern durch den mittleren Weg der Moderation bestimmt - also eben durch *xie* (ausführlich zum "Abgleichen" 5.2.1.2.2).²²

"Man" redet so lange miteinander, bis jeder überzeugt ist und "freiwillig" mitzieht. Der Bürger wird dadurch, wie die Führung meint, keineswegs "eingeseift", sondern zu freiwilligem Gehorsam motiviert.

6.1.1.2

Was erwartet der Bürger vom Staat?

Nach westlicher Auffassung hat der Staat mehreren Zwecken zu dienen, nämlich der politischen Führungsaufgabe, der Sicherstellung von Ordnung und Stabilität, der Verwirklichung von Recht und Gesetz, der sozialen Absicherung sowie nicht zuletzt auch der kulturellen Grundversorgung, die von der Erziehung über die Förderung der Künste und Wissenschaften bis hin zur Identitätsstiftung reicht.

Erwartungen dieser Art richten sich auch in China an den Staat, wenngleich es dort, verglichen mit dem Westen, kräftige Akzentverschiebungen gibt.

6.1.1.2.1

Führungsaufgaben

Nach sinokommunistischer Auffassung liegt das Führungsmonopol im umfassendsten Sinn bei der Kommunistischen Partei, während der Staat theoretisch nur eines von mehreren Durchführungsorganen ist. Da Spitzenpositionen in Partei und Staat jedoch häufig in Personalunion besetzt werden, beginnen sich die Konturen zwischen beiden Institutionen schnell zu verflüchtigen - und zwar ähnlich, wie dies im traditionellen China bereits der Fall gewesen war, wo Hof, Mandarinat und Gentry einen arbeitsteiligen Führungsverbund gebildet hatten.

Es gab in der Tradition zwar eine Philosophenschule, die den Führungsanspruch der Elite auf ein Minimum reduzieren, wenn nicht überhaupt ganz in Frage stellen wollte, nämlich den Daoismus, der sich in der politischen Wirklichkeit jedoch nicht durchsetzen konnte.

Halbwegs auf der Strecke geblieben ist auch der Versuch der Fajia, d.h. der "Legalistenschule", Führung hauptsächlich mit den Mitteln von Recht und Gesetz zu verwirklichen.

Dominierend blieb statt dessen der konfuzianische Entwurf einer "moralischen Führung", der sich dadurch verwirklichen sollte, daß Personen mit moralischem Charisma zu Vorbildern und zu "Polarsternen" (*beichen*) [11a] werden sollten, um die herum sich - in einer Art moralischen Zwangs - die nachgeordneten Gefolgsleute und schließlich auch die "einfachen Leute" wie Planeten drehen würden.²³

Die Vorstellung von der "moralischen" Mission ist ein historisches Vermächtnis und hängt nicht nur mit diesen konfuzianischen Vorgaben, sondern auch mit der 2000-jährigen Mandarinspraxis zusammen, deren tiefe Spuren aus den Köpfen der Volksmassen auch nach vier Jahrzehnten maoistischer Umwälzungen keineswegs ausgelöscht waren.

Die aus durchschnittlich rd. 20.000 Beamten (*guan*) bestehende Bürokratie, deren Tradition die Zeitspanne von den Punischen Kriegen Roms bis zum Vorabend des Ersten Weltkriegs umfaßte, war in drei Stufen (Zentrale, Provinzen, Kreise) eingeteilt und wurde vom "Mandarinat" (nach dem portugiesischen Wort "mandar" = befehlen, anordnen) getragen, dessen Repräsentanten durch Staatsprüfungen gesiebt und in dem (konfuzianisch geprägten) Glauben erzogen worden waren, daß nur eine sittlich gereifte Persönlichkeit zum Regieren befugt sei: Von anderen könne man nie mehr verlangen als von sich selbst. Wer nicht Vorbild sein kann, besitze keine Führungsqualität. Stets verband sich mit dem Beamtentum auch der Ruf, ein "Himmelsmandat", also gleichsam höhere Weihen zu besitzen. Nicht so sehr fachliches Können als vielmehr das *keji fuli* [12], d.h. die "Wiederbelebung der Traditionsmoral durch Selbstdisziplinierung", galt deshalb als Königsweg.

Kein Wunder, daß der Begriff "Verwaltung" der chinesischen Tradition wesentlich weiter gefaßt war als dies nach modernem westlichen Verständnis je der Fall sein kann; nahm doch der Magistratsvorsitzende beispielsweise nicht nur Verwaltungsaufgaben, sondern auch Rollen wahr, wie sie im Westen dem Pfarrer, dem Richter oder dem Lehrer obliegen. Der Selbstkultivierungsadel sollte Macht ausüben, indem er moralische Vorbilder lieferte, für säkulare ("ziviltheologische") Visionen eintrat und sich vor allem *aktiv* an der *res publica* beteiligte: Nicht der Stubengelehrte, sondern der weltzugewandte "Beamtengelehrte" galt als Norm. Das Schriftzeichen für "öffentlich" (*gong*) ist schon in seinen graphischen Elementen mit positiven Assoziationen, dasjenige für "privat" (*si*) [13] dagegen negativ besetzt.²⁴

Neben dieser Vorbildfunktion des Mandarins wirkte auch noch das Aufbauschema des "pyramidalen Analogismus" gestalterisch auf die Entwicklung ein: ihrem Bauplan nach war die chinesische Gesellschaft eine riesenhafte Makropyramide, die sich aus Millionen von Minipyramiden zusammensetzte, die, von lokalen Besonderheiten einmal abgesehen, in sich alle nach dem gleichen pyramidalen Schema aufgebaut waren und denselben Normen gehorchten. Grundmuster war hierbei das patriarchalisch entstandene Vater-Sohn-Verhältnis, das sich auch in anderen klassischen interpersonellen Beziehungen analog wiederholte, so z.B. zwischen Kreismagistrat und Untertanen oder aber zwischen dem Kaiser und seiner Beamtschaft. Was der Vater in der Familie, war der Mandarin im Kreis, der Gouverneur in der Provinz, der Kaiser im Reich und der "Himmel" in der kaiserlichen Familie - oder, anders ausgedrückt: der Paterfamilias war Kaiser der Familie wie umgekehrt der Kaiser Vater des Staates - genauer: der "Staatsfamilie" (*guojia*) - war. Die patriarchalisch geordnete Familie als Mikrokosmos, die Gesamtgesellschaft als Makrofamilie - dies war das klassische Gesellschaftsprogramm des Konfuzianismus, der hier "pyramidalen Analogismus" genannt wird.²⁵

Dieses Analogisierungsschema ließ sich nur einhalten, wenn jeder sich präzise an seine gesellschaftliche Rolle hielt, die sowohl durch überkommene Normen vorgeschrieben als auch durch Rituale und Hierarchien immer wieder bestätigt und nicht zuletzt durch bestimmte "Bezeichnungen" auch nomenklaturistisch abgesichert war. Vor allem aber kam es darauf an, daß jedermann seine gesellschaftliche Position als solche bejahte - und sich hierin moralisch ("Einhaltung um der Einhaltung willen") festlegte.

Jedermann sah sich denn auch dazu aufgefordert, sich anhand der überlieferten Moralmaßstäbe selbst unter Zwang zu setzen und sich "selbst zu disziplinieren" (*keji*). Man könnte diese Einstellung auch als "politische Dimension privaten Verhaltens" bezeichnen: Nachlässigkeiten im kleinen hatten stets auch Auswirkungen im großen: daher die permanente Erziehung, daher auch die manchmal drastische - und fast immer "exemplarische" - Verfolgung von Einzelfällen. Nicht jedermann konnte jederzeit für Fehlverhalten zur Verantwortung gezogen werden. Um so schärfer pflegten dafür punktuelle - und als solche: exemplarische - Verfolgungsmaßnahmen auszufallen, mit denen eine Art "Generalprävention" ausgeübt werden sollte.

Ex-post-Reaktionen sollen nach allgemeiner Meinung allerdings auf Ausnahmefälle beschränkt bleiben. Gewünscht wurde statt dessen die "Vorbeugung" und die "richtige" innere Haltung *ex ante*.

Es gab in der konfuzianischen Tradition kein Recht auf Unvollkommenheit und auch keine "Fehlerfreundlichkeit". Der kategorische Imperativ war vielmehr die ständige "Richtigstellung" des "Selbst" und nach Möglichkeit die Selbstvervollkommnung, von deren Gelingen oder Scheitern das Gute oder Schlechte in der Welt abhing.

Logischerweise waren auch Moral und Politik nie scharf voneinander abgegrenzt; vielmehr kam es zu einer ständigen Moralisierung der Politik, wie umgekehrt auch eine permanente Politisierung der Moral stattfand: "Private" und "öffentliche", allgemeine und berufliche "Moral" hatten ineinander überzugehen und ständig miteinander zu korrespondieren. Diese "Engführung" und Furcht vor dem Entstehen moralischer Freiräume ist auch für die politische Kultur der VR China maßgebend geblieben, vor allem für die Maoisten, die jeder gruppenspezifischen "Sondermoral" von vornherein den Kampf angesagt hatten.²⁶

Erst die Reformer ließen nach und nach wieder Codices für partikuläre Sozial- und Berufsgruppen zu, so z.B. für Volksschüler, Mittelschüler, Hochschüler und für bestimmte Berufsgruppen. Allerdings gingen auch sie davon aus, daß all diese Sonderbestimmungen nichts anderes seien als eine "Konkretisierung der kommunistischen Moral".

Ebenso wie der Durchschnittschinese in ständiger Furcht vor *luan* und Destabilisierung lebt, ist auch dieser moralbezogene horror vacuum das Ergebnis ständiger Angst vor einem Wertechaos.

"Moralische Führung" wurde auch nach dem Untergang des konfuzianischen Staates (1911) von jedem neuen Regime erwartet. Selbst die Maoisten, die den Konfuzia-

nismus mit Stumpf und Stiel auszurotten versuchten und die ja u.a. 1974 sogar eine eigene Antikonfuziuskampagne vom Zaune brachen, waren ungewollt selbst Konfuzianer, da ihre Botschaft nicht nur einer kühlen Staatsraison folgte, sondern auf Schaffung eines neuen Menschen in einer neuen Gesellschaft hinauslief - und hierbei wiederum einer sittlichen Idee verpflichtet waren.

In Taiwan sind konfuzianische Vorstellungen ein Teil der offiziellen Staatsideologie - wenn auch vielfach nur in Worten.

Entschiedener noch als auf Taiwan wurde die Rückkehr des Konfuzianismus im Stadtstaat Singapur betrieben, und zwar von keinem Geringeren als dem ehemaligen Ministerpräsidenten Lee Kuan Yew, der, je näher der Zeitpunkt seines Rücktritts vom Ministerpräsidentenamt rückte (1990), um so entschiedener auf die Werte des Konfuzianismus zu pochen begann und der den Kontext zwischen Theorie und Praxis mit Begriffen wie "good government" oder "maximum government" zu beschwören suchte, wobei mit dem letzteren Ausdruck "denkbar beste Staatsführung" im konfuzianischen Sinn gemeint war. Vor allem in der zweiten Hälfte der 80er Jahre wurde der südostasiatische Stadtstaat, der bis dahin bereits zwei "Weltmeistertitel" für sich hatte verbuchen können, nämlich die wirtschaftlich schnellstwachsende und die hygienisch sauberste Gemeinde der Welt zu sein, dazu aufgefordert, auch noch ein drittes Ruhmeszeichen an seine Fahnen zu heften, nämlich Vorreiter zu sein beim Kampf "gegen zerstörerischen Individualismus, Materialismus ohne Moral und zersetzender Einflüsse von außen", an deren Stelle eine sinnstiftende neue "nationale Ideologie" treten müsse, die vor allem auf zwei Prinzipien beruhe, nämlich "Gemeinwohl vor Eigenwohl" und "Konsens statt Konfrontation".

Zahlreiche Kritiker Lees zweifelten zwar an der Tragfähigkeit dieser Grundwerte: Erstens sei Singapur eine vielrassige Gesellschaft, in der nicht nur Chinesen, sondern auch Malaien, Inder und "Eurasier" lebten, zweitens schließe das geforderte Harmonieprinzip streitbare parlamentarische Demokratie a priori aus, und drittens sei Lee Kuan Yew selbst eine "Banane" - außen gelb und innen weiß: erzogen im britischen Cambridge spreche er besser Englisch als Chinesisch und habe den Konfuzianismus lediglich zur Bemäntelung seiner technokratisch-autoritären Neigungen wiederbelebt.

Ungeachtet solcher Einwände lassen die Visionen Lees aber sehr wohl Grundelemente des Konfuzianismus zutage treten, die sich - stärker noch als in Singapur - auf längere Sicht vor allem in Taiwan und in der Volksrepublik wieder stärker abbilden dürften.

Mit moralisch angereicherten Ideologien ist der chinesische Normalbürger im Laufe der Jahrzehnte geradezu überfüttert worden: Zur Zeit der "Republik China" waren es die "Drei Lehren vom Volk" (*sanminzhuyi*), später der Marxismus-Leninismus und schließlich die "Mao-Zedong-Ideen", die ihrerseits in verschiedenen Versionen angeboten wurden, sei es nun in Form der von Lin Biao präsentierten *Worte des Vorsitzenden Mao Zedong* (das "Kleine Rote Buch" mußte da von jedermann studiert und auswendig gelernt werden!) oder aber in der eher gemäßigten Fassung des Bandes V der *Ausgewählten Werke*, der am Vorabend des Beginns der Reformjahre, nämlich 1987, herauskam.

Spätestens seit dem XIV. Parteitag kam eine "neue Lehre" ins Programm, nämlich die "Theorie des Genossen Deng Xiaoping über den Aufbau des Sozialismus chinesischer Prägung" (*Deng Xiaoping tongzhi jianshe Zhongguo tese shehuizhuyi lilun*) [14], die von jetzt an so gut wie gleichberechtigt neben den "Mao-Zedong-Ideen" stand.²⁷

Für den Durchschnittschinesen sind solche ideologischen Litaneien, mit denen jedes Regime versucht, moralisch noch besser dazustehen als seine Vorgänger, nichts Besonderes. Sie gehören zum politischen Alltag wie das Salz zur Suppe.

6.1.1.2.2

Der Sicherheitszweck des Staates

6.1.1.2.2.1

Stabilität, Stabilität und nochmals Stabilität

Noch wichtiger vielleicht als die Führungsrolle ist aus der Sicht des einfachen Mannes der *Sicherheitszweck* des Staates. In jedem Chinesen steckt ein Ordnungsfanatiker: man vergesse nicht, daß der Konfuzianismus, der Legalismus und die Mehrzahl der anderen großen "Schulen", die durchwegs in der Achsenzeit, also etwa 500 v.Chr. entstanden sind, Antworten auf vielhundertjährige Dauerkriege waren, die unter den Bezeichnungen *Chunqiu* (770-475 v.Chr.) und *Zhanguo* ("Streitende Reiche", 475-221 v.Chr.) in die Geschichte eingegangen sind.

Kein Wunder, daß die Furcht vor Destabilisierung und damit gleichzeitig die Sehnsucht nach Stabilität (*wending*) [15] zu den Grundanliegen aller chinesischen Gesellschaften gehört,²⁸ auch denjenigen Taiwans und Singapurs. In der jüngeren Geschichte gab es hiervon nur eine einzige Ausnahme, nämlich den volksrepublikanischen Geschichtsabschnitt Mao Zedongs, in dem, wie gleich noch näher auszuführen, nicht Ruhe und Ordnung, sondern Klassenkampf und Chaos als Grundbefindlichkeit einer "revolutionären" Gesellschaft angesagt war.

Doch schon unter den Reformern schwang das Pendel wieder zu den überkommenen Vorstellungen zurück. Stabilität und Einheit mußten dem Chefarchitekten und "Macher" (*gan zi pai*) [16] der Reform, vor allem im Anschluß an die Kulturrevolution, an die Tiananmen-Katastrophe vom 4.Juni 1989 und die Umbrüche in Osteuropa als A und O sowie als Rettungsanker aller nachmaoistischen Gesellschaftspolitik erscheinen.²⁹ Noch stärker als früher lautete sein Motto jetzt: Stabilität, Stabilität und nochmals Stabilität.³⁰

Typisch auch die Titelüberschrift der RMRB-Ausgabe vom 22.1.1991: "*Wending shi yiqie chengjiude jichu*" [17]:³¹ "Stabilität ist die Basis allen Erfolges".

Das Stabilitätsbedürfnis äußerte sich nicht zuletzt auch in der Grundparole des XIV. Parteitags von 1992: an dem damals beschlossenen Grundkurs müsse nämlich, wie es wörtlich hieß, "mindestens 100 Jahre lang ohne Wackeln" (*wuyao*) [18] festgehalten werden. Ohne Stabilität und Einheit laufe einfach nichts mehr in der VR China! Sogar in der Kronkolonie Hongkong, die 150 Jahre lang durch den Fleischwolf des westlichen Wertesystems gedreht worden ist, gilt "Stabilität" als Dreh- und Angelpunkt aller Gesellschaftspolitik: die überwiegende Mehrheit der dortigen Einwohner sah zwar den Protesten der Studenten und der politischen Aktivisten gegen das Tiananmen-

Massaker eine Zeitlang wohlwollend zu, forderte dann allerdings, als die Umzüge immer noch nicht aufhören wollten, energisch eine Beendigung der Demonstrationen, wobei man die öffentlichen Reaktionen in den Satz kleiden konnte: "Jetzt reicht's aber! Geht wieder an eure Arbeitsplätze zurück und bewahrt Ruhe!" Nichts ist dem Durchschnittschinesen verhaßter als *luan*, d.h. Chaos!

6.1.1.2.2.2

Zwischen Klassenkampfforderungen und Harmoniebedürfnis: Konflikt- und Konsensatheorien als Vorgaben für den politischen Alltag

Von dieser stabilitätsbesessenen Grundhaltung gab es, wie erwähnt, im 20.Jh. nur eine einzige Ausnahme, nämlich die sinokommunistischen Umbruchjahre, die im Zeichen des Maoismus standen, der seinerseits aus einer heiklen historischen Gemengelage entstanden war: Bis an die Schwelle des 20.Jh. hatten die Bewohner des Reichs der Mitte ja eine Welt erlebt, die immer schon so gewesen zu sein und die auch immer so zu bleiben schien, wie sie bis dahin war - nämlich *unveränderlich*. Diese Auffassung von der Unwandelbarkeit und von einer damit notwendigerweise verknüpften Hinnahmepflicht war eine der Hauptelemente des realkonfuzianischen Dogmas, an dem kaum jemand rütteln wollte, da Rebellionen ja, wie die Geschichte zahlreicher Bauernaufstände zu beweisen schien, am Ende doch nichts anderes bewirken würden, als schicksalhafte Rückkehr zum Status quo ante. Es bedurfte des Zusammenbruchs aller bisherigen Werte, wie er mit dem Untergang des Kaiserreichs von 1911 und mit dem ideologischen Scherbengericht vom 4.Mai 1919 einherging, um hier einen wirklichen Einstellungswandel in Gang zu setzen.

Reduziert man die Erfahrungen, die der Durchschnittschinese im Laufe des 20.Jh. gegenüber Staat und Gesellschaft hat gewinnen können, auf die Elemente der Veränderbarkeit (objektiv) und ihrer Akzeptanz (subjektiv), so hat sich innerhalb von nur drei Generationen ein dreifacher Kursruck vollzogen: Galt für die Zeit bis zum Ende des Kaiserreichs im wesentlichen das offizielle Motto: "Nichts verändern, alles akzeptieren!", so kam mit dem 4.Mai 1919, vor allem aber mit der maoistischen Bewegung ein in jeder Hinsicht gegenteiliger Leitspruch auf, der sich auf die Formel: "Alles verändern, nichts mehr hinnehmen" hätte bringen lassen.

Im reformerischen Zeitalter (1978 ff.) hat die Führung demgegenüber einen *zwischen* diesen beiden Extremen verlaufenden Kurs eingeschlagen, der sich auf die Formel bringen läßt: "Alles ist veränderlich, bis auf die KPCh-Führung, die als solche prinzipiell akzeptiert werden muß".

Diese wachsenden Einstellungen der "Massen" gegenüber der gesellschaftlichen und staatlichen Ordnung spiegeln in geradezu klassischer Weise Kontroversen wider, die in der westlichen Soziologie unter den Schlagworten "Voluntarismus contra Sozialdeterminismus" und "Konsensgegen Konflikttheorien" bekannt geworden sind: Die voluntaristischen Theorien gehen hierbei vom freien Willen und von freien Gestaltungsmöglichkeiten aus, während die deterministischen Ansätze gerade umgekehrt auf die Begrenztheit solcher Willensbekundungen hinauslaufen. Bestimmend für China waren von jeher deterministische Ansätze - allen voran die Ordnungslehre des Konfuzia-

nismus, die von der Prämisse ausging, daß der "richtige Weg" für die Gestaltung der Gesellschaft vom "Himmel" vorgezeichnet und deshalb als solcher unveränderlich sei. Geschichte wird als kreisförmiges Geschehen verstanden, in dessen Verlauf sich Richtig und Falsch zwar abwechseln, das *dao* aber mehr oder weniger perfekt umgesetzt wird.

Mit einer solchen "metaphysischen" Auffassung konnte und wollte sich vor allem der Maoismus nicht abfinden. Für Mao Zedong, dessen Karriere seit den 20er Jahren unter "revolutionärem" Vorzeichen gestanden hatte, galt die "große Unordnung unter dem Himmel" als wünschenswert und normal, die Ordnung dagegen als Ausnahme - wörtlich: "Die Einheit der Gegensätze ist bedingt, zeitweilig, vorübergehend und daher relativ, während der Kampf zwischen den Gegensätzen absolut ist".³²

Darüber hinaus definierte er die chinesische Gesellschaft als eine "Klassengesellschaft", die durch immanente Gegensätze zwischen dem Volk und den "Feinden des Volkes" polarisiert sei und deren "antagonistische Widersprüche" nur durch "permanente Klassenkämpfe" zu lösen seien und sonst durch gar nichts!

Während Mao hier immer wieder als Verfechter der "Konflikttheorie" hervortrat, profilierten sich seine Gegner um Liu Shaoqi und Deng Xiaoping gerade umgekehrt als Anhänger von Konsensstrategien und setzten sich zum "Vorsitzenden" überdies auch dadurch in Kontrast, daß sie die chinesische Gesellschaft grundsätzlich nicht für polarisiert, sondern eher für *nivelliert* hielten.

Mao Zedong glaubte also an die "Normalität" des Konflikts und der Klassen-Polarisierung, so daß für ihn der *Widerspruch*, der *Klassenkampf*, die *Kampagne* und die *Große Unordnung* im Vordergrund standen, während seine Gegner ganz im Gegensatz dazu das *Gleichgewicht*, den *Konsens*, die *Erziehung* (Sozialisation), das *Recht* und die *Stabilität* (wending) zum A und O erklärten.

Vor allem in den während der Kulturrevolution zum Alltag gewordenen Mao Zedong-Studienkursen war den "Volksmassen" jahrelang das Konfliktmodell ans Herz gelegt worden: tagtäglich hatten sie zu hören bekommen, daß der Kampf gegen die "Vierbande", gegen die "Vertreter des Revisionismus in den Parteigremien" und gegen das "eigene revisionistische 'Ich'" durch "Kritik und Selbstkritik" sowie durch "permanente Revolution" im Mittelpunkt allen wahrhaft politischen Verhaltens stehe (Parole: *dou si pi gai*) [19] und daß alles Gerede von *Harmonie*, *Gleichgewicht* und von *friedlicher Revolution* nichts anderes sei als revisionistische "Ablenkung". Statt dessen gelte es, immer wieder den "Deckel abzunehmen" (*jie gai*) [20], damit nichts im Verborgenen - und nichts unbekämpft bleibe. Haupttriebkraft gegen die überkommene Gesellschaft und ihren Überbau sei der Konflikt, der Konflikt und nochmals der Konflikt!

Im Konsensmodell, das seit Ende der 70er Jahre im Zeichen der Reformen Verbreitung gefunden hat, werden dagegen Gleichgewichte (zwischen Menschen, Wirtschaftssektoren, Regionen etc.) gefordert und zur gleichen Zeit Konflikte als Störquellen verurteilt. Veränderungen sollen nicht mehr durch Kampagnen und Klassenkämpfe, sondern durch Erziehung und Herstellung

von Gleichgewichten und durch "harmonischen" Ausgleich herbeigeführt werden. Die Aufteilung der Gesellschaft in Klassen, d.h. gesellschaftliche Gruppierungen, die sich auf der Grundlage verschiedener Wert- und Normensysteme gegenseitig bekämpfen, gilt als "linke" Entgleisungserscheinung und wird vor allem als Manipulation verurteilt, die stabilitätsgefährdend wirkt. Einzelpersonen und gesellschaftliche Gruppen werden heutzutage von der KPCh danach beurteilt, ob sie sich in den von der Partei vorgeschriebenen Kurs friedlich einordnen oder aber Widerstand leisten. Der Kurs hat seit 1989 einen festen Namen und lautet: "Ein Zentrum, zwei grundlegende Prinzipien" (*yige zhongxin, liangge jiben dian*) [21]. Danach soll im Zentrum aller gesellschaftlichen Bemühungen der Wirtschaftsaufbau stehen, wobei dieses Zentrum durch zwei miteinander schwer zu vereinbarende Prinzipien, nämlich das *gaige kaifang* (Strukturreform nach innen, Türöffnung nach außen) und die *si xiang jiben yuanze* [22] ("Vier grundlegende Prinzipien" = Führungsmonopol der KPCh) zu sichern sind.

Anders ausgedrückt: Alles soll sich, soweit es im Interesse des wirtschaftlichen Aufbaus nötig ist, ändern, nur nicht das Führungsmonopol der KPCh. Nach Überzeugung der Reformier führt ein solcher Konsens zum Gleichgewicht in der Gesellschaft - und ist deshalb durch Erziehung, Gesetze und soziale Kontrolle sicherzustellen; er sei mit evolutionären Mitteln realisierbar; eine revolutionäre Veränderung habe sich inzwischen erübrigt. Längst habe ja die Revolution politisch und wirtschaftlich gesiegt, so daß heutzutage nur noch Nachhutgefechte gegen "Überreste" der alten Ordnung nötig seien, die als solche keiner politischen Kampagne, sondern nur noch der Strenge bestehender Gesetze bedürften. Mao Zedong war demgegenüber davon ausgegangen, daß die Feinde um so gefährlicher würden, je weiter der revolutionäre Umgestaltungsprozeß fortgeschritten sei und je "friedlicher" er sich nach außen hin entfalte: Die Klassenfeinde könnten es sich nämlich jetzt in aller Ruhe sogar an der Spitze der Partei bequem machen und von dort in aller Ruhe ihre "konterrevolutionäre Sabotage" entfalten. Klassische persönliche Verkörperungen dieser Gegnerschaft waren aus der Sicht Maos Liu Shaoqi und Deng Xiaoping, klassische Gegenmittel aber die "Theorie von der permanenten Revolution" und die Forderung nach immer neuen Klassenkämpfen.

In der Bevölkerung haben die reformerischen "Harmonie"-Ansätze ein weitaus breiteres Echo gefunden als die maoistischen Konfliktforderungen - kein Wunder, daß für die meisten Chinesen Mao Zedong und seine Bewegung heute weitaus ferner und ablehnenswerter sind, als es die meisten offen zugeben wollen. Einer der Hauptgründe für den Erfolg der Reformier dürfte darin bestehen, daß sie mit ihrem permissiven Kurs eine "Renormalisierung" eingeleitet - d.h. wieder an Werte und Verhaltensformen angeknüpft haben, wie sie den meisten Bewohnern Chinas als "irgendwie vertraut" erscheinen.

Der Konfuzianismus war ja, ebenso wie die Mehrzahl der im 5. vorchristlichen Jahrhundert fast gleichzeitig entstandenen Philosophien, eine Ordnungslehre, die Antworten auf die Frage geben sollte, wie 500 Jahre Krieg endlich einmal beendet werden konnten. Die alte Lehre wiederum hat auf das Denken zurückgewirkt und den Chinesen eine tiefe Abneigung gegen Unordnung und Chaos zur zweiten Natur werden lassen.

Kein Wunder, daß viele die maoistische Umbruchphase, vor allem aber die zehnjährige Kulturrevolution als ein einziges Chaos empfanden - und es häufig auch als solches erlitten.

Angesichts solcher Erinnerungen ist es kein Wunder, daß der Maoismus gleichzeitig mit seinem Hauptrepräsentanten ins Grab gesunken ist. Längst galten Konsens und "Harmonie" inzwischen wieder (!) als Maß aller Dinge, auch wenn es sich hierbei eher um einen Wunsch als um eine Alltagsrealität handelt! Ganz gewiß aber gab es nur wenige, die die reformerischen Botschaften nicht gerne gehört hätten.

6.1.1.2.2.3

"Kontrolle und "Vollbremsung" durch Notstandsmaßnahmen Das im politischen Denken der Chinesen vorherrschende Sicherheits- und Stabilitätsbedürfnis, das bisweilen zu einem veritablen Ordnungsfanatismus auswächst, hat zu einer Reihe von Konsequenzen geführt, die hier unter zwei Stichworten - "Kontrolle" und "Vollbremsung" durch Notstandsmaßnahmen - abgehandelt seien:

Was zunächst einmal die *Kontrolle* anbelangt, so ist hier zwischen innerer und äußerer Überwachung zu unterscheiden.³³

- *Äußere Kontrolle* ist ein Überwachungssystem, das durch einen laufbahnmäßig organisierten und institutionell eigenständigen Apparat getragen wird - angefangen von der Polizei bis hin zu den Sonderdiensten (*tewu*) [23], d.h. zu den Spitzelapparaten.

Obwohl die *tewu* im Alltagsleben eine weitaus geringere Rolle spielen als beispielsweise der KGB in der früheren Sowjetunion oder aber die Stasi in der einstigen DDR, tauchen Spuren von ihnen immer wieder in Grenzsituation auf, so z.B. im Zusammenhang mit dem Tiananmen-Massaker von 1989. Vielen Studenten Beijings, die im Mai und Juni 1989 auf dem Tiananmenplatz demonstriert hatten, mußten hinterher erfahren, daß sie von Anfang an intensivster Observation ausgesetzt waren, sei es nun, daß sich die Organe der Staatsanwaltschaft und der Polizei an ihre Fersen geheftet oder daß verschiedene Geheimdienste sich gegen sie eingeschaltet, geheime Videoaufzeichnungen angefertigt, Lauschangriffe gestartet oder sich mit Spitzeln und agents provocateurs unter die Studenten gemischt hatten.

Im Zwielicht der geheimen Aufklärung bewegen sich vor allem vier Organe, darunter zwei Staats- und zwei Parteiinstitutionen, nämlich das Ministerium für Öffentliche Sicherheit (*gonganbu*, GAB), des weiteren das Ministerium für Staatssicherheit (*guojia anquanbu*, GJAQB), drittens das ZK-Ermittlungsbüro (*diaochabu*, DCB) und nicht zuletzt die ZK-Kommission für Politik und Recht (*zhengfa weiyuanhui*, ZFWYH). Die Vier ziehen zwar, vor allem in Gefahrenmomenten, am gemeinsamen Strang, sind in friedlicheren Zeiten hauptsächlich jedoch damit beschäftigt, sich gegenseitig in Schach zu halten: Das viele Jahre lang aufgelöste GJAQB war 1983 vermutlich einzig und allein deshalb wieder errichtet worden, um das (unter dem Nachfolger Mao Zedongs, Hua Guofeng, allzu mächtig gewordene) GAB in die Schranken zu weisen. Dem gleichen Zweck diente die Neugründung der ZFWYH-Kommission, die offensichtlich dem DCB Fesseln anlegen sollte.³⁴

Der aufmerksame Normalbürger erhält über all diese Hintergründe und Fallstricke zwar keine direkten Informationen, doch vermag er sehr wohl Rückschlüsse zu ziehen, die trotz aller bürokratischer Geheimnistuerei Licht ins Dunkel bringen. So weiß er beispielsweise, daß sich das GAB hauptsächlich mit gewöhnlicher Kriminalität beschäftigt, während das GJAQB für "Spionage" (*jiantie*) [25] und "Geheimdienstfälle" zuständig ist und im Rahmen dieser Aufgabenstellung vor allem die "Kontaktaufnahme" zwischen ausländischen Journalisten und Chinesen überwacht sowie bisweilen auch die Gespräche ausländischer Botschaften und ausländischer Vertretungen abhört. Das "Knacken in den Telefonleitungen" oder aber Rückkoppelungstöne, die auf versteckte Mikrophone schließen lassen, liefern hierzu den charakteristischen Hintergrund.

Dient das GJAQB eher der Defensive, so hat das dem ZK unmittelbar zugeordnete DCB überwiegend "Offensive" im Ausland zu betreiben. Es besorgt dort Informationen, verwaltet das Zentrale Datenarchiv des ZK, entsendet Agenten und überwacht die diplomatischen Vertretungen Chinas im Ausland. Das ZFWYH schließlich gilt als "Koordinations"-Instrument für das gesamte Sicherheits- und Geheimdienstwesen, versteht sich aber mehr noch als Gegenpol zum DCB, um zu verhindern, daß je wieder eine Geheimdienstkrake entsteht, wie sie sich unter dem früheren Politbüromitglied Kang Sheng hat entfalten können.

Lediglich beim Kampf gegen die demonstrierenden Studenten vom Mai/Juni 1989 waren all diese Organe des Geheimdienstes, die sich sonst gegenseitig belauern und bekämpfen, ausnahmsweise einmal ein Herz und eine Seele. Hätten doch die auf Demokratisierung und Öffnung gerichteten Forderungen der Studenten, wären sie erfolgreich gewesen, vermutlich Hunderten, wenn nicht Tausenden von Geheimdienstlern Kopf und Kragen, zumindest aber die berufliche Stellung gekostet. Kein Wunder also, daß der Geheimdienst in diesen kritischen April- und Maitagen solide, wenn auch höchst makabre Arbeit leistete und damit wieder einmal den Beweis erbrachte, zu welchen Leistungen er fähig ist: Kein ausländischer Fernsehfilm, der nicht ausgewertet, und auch kein nur halbwegs aktiv hervorgetretener Studenten- oder Arbeiterrepräsentant, der nicht auf Video festgehalten oder aber mindestens fotografiert worden wäre. Alles in allem wurden auf einer schwarzen Liste rund 30.000 "Verdächtige" festgehalten und sogleich nach dem 4. Juni von einer gewaltigen Armada von Greifern gejagt.³⁵

Kein Chinese, dem Spitzeldienste nicht ein Greuel wären: Geheimdienste vertragen sich erstens einmal nicht mit dem chinesischen *Danwei*-Denken; sind doch *Danweis* so sehr vom Geist gegenseitiger Sozialkontrolle durchdrungen, daß Geheimpolizisten sich eigentlich erübrigen sollten, zumindest aber als Fremdkörper empfunden werden. Spionage- und Geheimdienste sind deshalb, genau genommen, nur im *Transdanwei*-Bereich sinnvoll.

Zweitens gehört vor allem die Denunziation eines Familien- und eines *Danwei*-Angehörigen nach Meinung des Durchschnittschinesen mit zu den schändlichsten Delikten überhaupt. Schon Konfuzius hatte betont, daß Familien-solidarität weitaus wichtiger sei als die Aufdeckung

einer Straftat - und hat diesen feinen Unterschied geradezu als einen Markstein zwischen Zivilisation und Barbarei bezeichnet. Anlaß dafür war die Anzeige eines Sohnes gegen seinen Vater, der ein Schaf gestohlen hatte.³⁶ Der Meister ließ hierbei keinen Zweifel, daß die Familie wichtiger sei als die Gesellschaft oder gar der Staat. Trotz der schlimmen Erfahrungen im Zusammenhang mit dem 4. Juni weiß der chinesische Durchschnittsbürger spontan, daß Geheimdienste lediglich in Ausnahmesituationen wirklich durchschlagende Erfolge erzielen können. Im Alltag jedoch ist es die innere Kontrolle, die sowohl mit den *Danwei*-Strukturen als auch mit den pädagogischen Traditionen des chinesischen Volkes am besten harmoniert. Nicht zufällig taucht der Ausdruck *juewu* [26] ("Bewußtsein") in der politischen Diskussion an allen Ecken und Enden auf. Schon Konfuzius hatte betont, daß Gemeinschaftsförmigkeit letztlich darin besteht, sich immer wieder den überlieferten Normen zu unterwerfen und sich dadurch selbst zu bezwingen. Dieses *keji fuli* ist das Herzstück der konfuzianischen Gesellschaftsphilosophie.³⁷

- *Innere Kontrolle*: Drittens aber wollen Spionageorganisationen wegen des *Primats der inneren Kontrolle* nicht so recht in die chinesische Landschaft passen. Während die "äußere Kontrolle" durch einen laufbahnmäßig organisierten und institutionell verselbständigten Apparat getragen wird, verwirklicht sich *innere Kontrolle* durch ständige Indoktrination, durch Techniken der Massenkommunikation (Kongresse, *kaihui* und Studienkurse) und erfolgt eher informell, d.h. durch Beifall, Auszeichnungen, Wettbewerb und *Danwei*-Applaus als formell (d.h. durch Gesetz und Satzung), eher positiv (durch Überredung und Erziehung) als negativ (Drohungen, Zwangsmaßnahmen, Strafen) und läuft deshalb weniger auf Ex-post-Kontrolle (*jiancha*) als vielmehr auf laufende - oder besser: Ex-ante-Kontrolle (*jiandu*) [27] hinaus.

Auch heute noch besteht die Kontrolle deshalb hauptsächlich in vorbeugender Erziehung und Zeigefingerheben sowie in Selbstzügelung und gesellschaftlicher Einfügung, weniger jedoch in äußeren Überwachungs- oder gar in Zwangsmaßnahmen.

Der inneren Kontrolle war in maoistischer Zeit eine noch maßgebendere Rolle zugebracht als unter den Reformen. So hatten sich die Chinesen bis in die späten 70er Jahre hinein daran gewöhnen müssen, daß Dörfer und ganze städtische Nachbarschaftsviertel von früh bis spät mit Radiomeldungen, revolutionärer Musik und politischen Parolen ("Befreit Taiwan!", "Bekämpft den Sozialimperialismus!" etc.) beschallt wurden. Diese Geräuschkulisse ging am Ende jedoch sogar den an obrigkeitliche Belehren - und Zumutungen - durchaus gewohnten Chinesen auf die Nerven. Verschwunden freilich ist sie nicht, auch wenn die politischen Inhalte inzwischen einer auch nicht gerade subtileren "kommerziellen" Beschallung haben Platz machen müssen, die von "populärer Musik" aus der Volksrepublik oder Taiwan ebenso bestimmt wird wie von Pop aus den Vereinigten Staaten.

Auch in reformerischer Zeit ist der Stellenwert der inneren Kontrolle hochrangig geblieben und zeigt sich nicht nur in der pädagogischen Allgegenwart des Staates, sondern z.B. auch in der Ungeniertheit, mit der staatliche Stellen Verhaltensregeln ausgeben, sowie in der damit

korrespondierenden Selbstverständlichkeit, mit der solche "Handreichungen" von der Bevölkerung entgegengenommen werden.

Als Beispiel für dieses muntere Geben und Nehmen sei der Erlaß eines Katalogs von Verhaltensmaßregeln erwähnt, mit dem chinesische Auslandsreisende im Herbst 1993 von behördlicher Seite eine Art "Knigge" in die Hand gedrückt bekamen. Dort heißt es:

"Zeig nicht mit Fingern auf Leute. Mach keinen Krach. Lach nicht laut. Schrei nicht auf und ruf andere Leute nicht aus größerer Entfernung. Geh leichtfüßig... Weibliche Genossen sollten beim Sitzen nicht Beine und Knie auseinander strecken... Hock dich nicht hin, wenn du auf einen Bus oder auf eine Person wartest... Unterlaß das Spucken in der Öffentlichkeit. Halt beim Husten die Hand vor den Mund... Wenn du dich in der Öffentlichkeit bewegst, bohr nicht in deinen Zähnen herum, pöple nicht in der Nase, kratz nicht in deinen Ohren herum, reib nicht die Augen und rubble dir auch nicht den Schmutz von der Haut. Unterlaß Kratzbewegungen, zieh dir nicht die Schuhe aus, unterlaß das Rülpsen, räkle dich nicht und summ nicht vor dich hin. Wenn du gähnst, sollst du die Hand vor den Mund halten."

Auch politische Ratschläge werden mit auf den Weg gegeben: "Nimm dich vor den heimtückischen Versuchungen des korrupten kapitalistischen Denkens in acht. Besuch keine anrühigen oder pornographischen Orte. Schau dir keine schmutzigen Bücher, Zeitschriften und Videos an. Bring so etwas auch nie nach Hause mit."³⁸

- "Vollbremsung" durch Notstandsmaßnahmen:

Zu traurigem Ruhm hat es im neueren China auch der "Ausnahmezustand" gebracht, der bei den Studentendemonstrationen von 1989 zwar formell zum ersten Mal überhaupt in der VRCh-Geschichte angewandt wurde - dann aber auch gleich mit unsagbarer Brutalität. Der einzelne konnte damals erfahren, zu welchen Maßnahmen sich das Regime versteigen kann, wenn es seine Nerven verliert - und nun gar um sein Überleben fürchtet.

Dabei hatte alles so harmlos begonnen:

Im Dezember 1978 glaubten viele Bewohner des Reichs der Mitte, eine Zeitenwende miterlebt zu haben; hatten doch die Opfer der Kulturrevolution, an ihrer Spitze Deng Xiaoping, die Macht in Partei und Staat an sich reißen und eine ganz neue Politik verkünden können: An die Stelle des jahrzehntelangen Klassenkampfes sollte nun "Modernisierung" und anstelle der maoistischen Personenherrschaft die Rechtsherrschaft treten. Vor allem aber sollte das staatliche Handeln, das in den Jahren der Kulturrevolution unberechenbar geworden war und unzählige Opfer verursacht hatte, nunmehr den Prinzipien der Kalkulierbarkeit und vor allem der "Verantwortlichkeit" unterworfen werden. Institutionalisierung und rechtliche Ordnung sollten anstelle persönlicher Willkür und Beliebigkeit treten.

Die Reaktionen der Bevölkerung auf Ankündigungen dieser Art waren begeistert und führten zu jenem Befreiungsrausch, der unter der Bezeichnung "Beijinger Frühling" in die Geschichte eingegangen ist.

Die reformerische Führung freilich bekam schnell Angst vor der eigenen Courage und verkündete bereits am 30. März 1979 die "Vier Grundprinzipien", die das Festhalten an der KP-Führung, am Sozialismus, an der Diktatur des Proletariats und an den Mao Zedong-Ideen auch für die Zukunft festschrieben. Überdies wurde Art. 45 der Verfassung von 1978, in dem noch das Recht zu "Großen Meinungsäußerungen, Großen Aussprachen, Großen Debatten und Großen Wandzeitungen" ausgesprochen war, aufgehoben und überdies erneut der große Knüppel gegen Literaten und Filmregisseure geschwungen, welschletztere sich vor allem im Falle des viel diskutierten Spielfilms "Bittere Liebe" zu weit mit ihrer Kritik an der Partei hervorgewagt hatten. Gleichzeitig wurden schon damals sechs der prominentesten Bürgerrechtler, die Samisdat-Literatur herausgegeben hatten, verhaftet und zu teilweise jahrelangen Gefängnisstrafen verurteilt, so z.B. der Herausgeber der Zeitschrift *Tansuo*, Wei Jingsheng, der in den nachfolgenden Jahren zum Inbegriff des chinesischen Dissidententums, ja, zum Hauptmartyrer des chinesischen Obrigkeitsstaats werden sollte.

Auch in den Jahren danach ließen die Reformer nichts unversucht, dem Zustrom "bürgerlicher Ideen" einen Riegel vorzuschieben. Im Dezember 1980 beispielsweise erging eine Resolution über die Schaffung der sogenannten "Sozialistischen geistigen Zivilisation", und im November 1983 verkündete die KPCh den Kampf gegen "geistige Verschmutzung", obwohl noch wenige Monate vorher, nämlich im Dezember 1982, eine neue Verfassung erlassen worden war, in der der "Grundrechts"-Katalog (Art. 33-56) durchaus großzügig ausgefallen war. In Art. 35 heißt es z.B. wörtlich: "Die Bürger der VR China genießen die Freiheit der Rede, der Publikation, der Versammlung, der Vereinigung sowie der Durchführung von Straßenumzügen und Demonstrationen". Nirgends freilich findet sich ein Hinweis darauf, wie solche Rechte notfalls auch eingeklagt werden könnten.

Nicht zuletzt waren es Studentendemonstrationen von 1984, 1985, vom Dezember 1986 und vor allem vom Mai 1989, die das Regime immer wieder zu abgrundlosem Mißtrauen veranlaßten.

Im Dezember 1986 hatten Studenten mehrerer Hochschulen im zentralchinesischen Hefei für mehr Demokratie und für den Kampf gegen die "feudalistische Diktatur" demonstriert. Die Kunde davon verbreitete sich über Flugblätter und Telefonbotschaften wie ein Lauffeuer durch ganz China und löste ähnliche Umzüge auch in anderen Städten aus. Daraufhin erließ die Stadt Beijing vorsichtshalber, und zwar am 26.12.86, sogenannte "Provisorische Bestimmungen für Straßenumzüge und Demonstrationen",³⁹ die zum ABC des Demonstrationsgesetzes vom 31.10.1989 wurden.

Dieses Gesetz, das Versammlungen (*jihui*), "Straßenumzüge" (*youxing*) und "Demonstrationen" (*shiwai*) [28] einem strikten Kanon unterwerfen soll,⁴⁰ besteht aus 36 Paragraphen und regelt die "Genehmigung" (Kap. II), die Teilnahme (Kap. III), die gesetzlichen Verpflichtungen der Teilnehmer (Kap. IV) und sonstige Fragen, die einerseits die Demonstranten und ihr Recht "schützen", andererseits aber die "gesellschaftliche Stabilität und öffentliche Ordnung" sicherstellen sollen. Die Termini *shehui anding* ("gesellschaftliche Sicherheit") und *gonggong*

chengxu (Ordnung) [29] sind Schlüsselbegriffe des Gesetzes, das zwar bereits seit Beginn der Reformen, also zehn Jahre lang diskutiert, aber erst im Nachspiel zum Tiananmen-Massaker vom Juni 1989 erlassen worden und daher immer noch von der Furcht der Regierenden mitbestimmt war - einem schlechten Ratgeber, wie wohl auch viele "Adressaten" empfunden haben mochten.

Grundsätzlich wird zwar Demonstrationsfreiheit eingeräumt, doch hängt über dieser "Freiheit" das Damoklesschwert zahlloser Einschränkungen, sei es nun, daß die Umzüge fünf Tage vorher angekündigt sein müssen, sei es, daß nur Angehörige der im Antrag genau zu umschreibenden Gebiete, Danweis, Institutionen oder Berufssparten teilnehmen dürfen, sei es, daß Staatsangestellte oder aber Angehörige des Öffentlichen Dienstes und der Öffentlichen Daseinsvorsorge nicht demonstrationsbefugt sind, sei es, daß der allgemeine und öffentliche Verkehr durch die Demonstration nicht beeinträchtigt werden darf - was immer dies bedeuten mag -, oder sei es, daß in bestimmten Gegenden, z.B. in der Umgebung der Beijinger Volkskongreßhalle, des Zhongnanhai (also des Sitzes der Partei und Regierungsorgane), des Staatlichen Gästehauses und des Flughafens von Beijings keine Umzüge stattfinden können. Außerdem dürfen Umzüge und Demonstrationen nicht gegen die "soziale Moral" verstoßen, nicht "exzessiv laut" sein, nicht das "normale Leben der Bewohner beeinträchtigen, keinesfalls partei- oder regierungsfeindliche Parolen verwenden und auch sonst niemanden beleidigen oder anschwärzen".

Kurzum: Es gibt in dem Gesetz so viele Einschränkungen, daß keine Sicherheitsbehörde Schwierigkeiten haben dürfte, den Umzug zu verbieten und - da die Anmeldung ja schon fünf Tage im voraus erfolgen muß - bis dahin auch die nötigen Polizeikräfte bereitzustellen.

Letztlich wird das gesamte Grundrecht auf Demonstrationsfreiheit aber vor allem dadurch wieder hinfällig, daß ein Demo-Vorhaben nicht gegen die Vier Prinzipien verstoßen darf - und daher im Grunde genommen a priori bereits politisch keimfrei zu stellen ist. Kein Wunder, daß es den Studenten lange Zeit gar nicht in den Sinn gekommen war, über eine Genehmigung für ihre Umzüge überhaupt erst nachzudenken. Vielmehr bevorzugten sie das Überraschungsmoment und konnten gleich zweimal, nämlich im Januar 1987 und im Mai 1989 die Behörden regelrecht überfahren.

Als besonders peinlich erwies sich eine Demonstration, die am 1. Januar 1987 um 13.00 Uhr auf dem Tiananmen-Platz begann und bei der Hunderte von Studenten für Demonstrationsfreiheit sowie gegen die "Diktatur" und die "Zehn Bestimmungen" der damals gerade verkündeten Beijinger Demonstrationsverordnungen auftraten - und dies vor den Fernsehkameras mehrerer Länder. Die Behörden ließen daraufhin das Tiananmen-Gelände mit Wasser bespritzen, so daß sich der Aufmarschplatz augenblicklich in eine spiegelnde Eisfläche verwandelte, auf der allerdings nicht nur die Demonstranten, sondern auch die Sicherheitskräfte ausrutschten.

Nachträglich hieß es, daß die Protestkundgebung von einer "Handvoll" von Unruhestiftern ausgelöst worden sei, jedoch durch den entschlossenen Kampf der Behörden gegen die "bürgerliche Liberalisierung" wieder habe

korrigiert werden können.⁴¹ "Bürgerliche Liberalisierung" wurde hierbei mit einer Verneinung des sozialistischen und mit Befürwortung des kapitalistischen Systems gleichgesetzt - wieder einmal eine jener typischen Übertreibungen, mit denen die Behörden ihre Glaubwürdigkeit nicht gerade zu erhöhen pflegen!

Außerdem erließ der Nationale Volkskongreß einen "Beschluß über die Verstärkung der Rechtserziehung und über die Aufrechterhaltung von Stabilität und Einheit", in dem erneut die "Vier Grundprinzipien" angemahnt wurden.⁴²

Kein Wunder, daß bei den damals immer noch andauernden Beratungen zum Demonstrationsgesetz die Fesseln noch stärker angezurrten wurden. In einem Demo-Antrag sollten, hieß es jetzt, Ziel, Art, Losungen und Parolen, Teilnehmerzahl, Zeit, Ort, Durchzugsrouten und Namen sowie Beruf und Wohnort der Organisatoren exakt angegeben werden. Hatte die KPCh jahrzehntelang jede Gelegenheit genutzt, um die "Volksmassen" gegen die Behörden der damaligen Republik China aufzuhetzen ("zu mobilisieren"), so wollte sie nun, da sie selbst an der Macht war, jegliche regimekritische Äußerung unterbinden.

Immerhin waren bei den Studentendemonstrationen von 1987 keine kriegsrechtlichen Maßnahmen angewandt worden. Dies änderte sich erst beim "konterrevolutionären *baoluan*" [30] (wörtlich: gewaltsamen Chaos) von 1989.⁴³

Der Staatsnotstand war in der Verfassung von 1982 nur an einer Stelle gleichsam "nebenbei" geregelt worden, nämlich in Art.89, Ziff.16, wo es heißt, daß der Staatsrat für die Entscheidung über die Verhängung des "Ausnahmerechts" (*jieyan*) [31] zuständig ist.

Der Terminus für Ausnahmerecht setzt sich aus den beiden Begriffen *jie* und *yan* zusammen. *Jie* heißt soviel wie "die Lehre aus einem Mißerfolg ziehen, sich einen früheren Fall als Warnung dienen lassen, auf der Hut sein", *yan* heißt "streng, ernst majestätisch, würdevoll". Im Falle eines Staatsnotstandes sollte also mit "gefahrenbewußter Strenge" vorgegangen werden können. Leider gab es kein Gesetz, in dem die Voraussetzungen für die Verfahrensweisen des Ausnahmerechts näher ausdefiniert worden wären - ein Anlaß, das Gesetzesvakuum durch Maßnahmen aller möglichen Art auszufüllen.

Kein Wunder, daß die Reaktionen der Sicherheitsbehörden höchst unberechenbar ausfielen: Bei den Studentenunruhen von 1984 und 1985 beschränkte sich die Polizei auf Warnungen und auf die Kooperation mit den Danweis der betreffenden Kommilitonen. Genauso zurückhaltend gab sich die Polizei bei den Studentenunruhen vom Dezember 1986 und Januar 1987, indem sie sich darauf beschränkte, Warnungen auszustoßen und, wie erwähnt, das Pflaster des Tiananmen-Platzes zu vereisen.

Auch bei den Studentenunruhen von 1988 und 1989 begnügte sich die Polizei zunächst mit weichen Maßnahmen und mit einer Politik des Samthandschuhs. Sogar im Mai, als die Studenten zu Tausenden offen auf dem Platz vor dem Tor des Himmlischen Friedens demonstrierten,

tauchte die Regierung einfach weg, und die Polizei verblieb im Hintergrund, so daß die Studenten vielfach sogar die Verkehrsregelung mit übernehmen mußten. Das Leben der Hauptstadt schlitterte damals in einen gleichsam "regierungslosen Zustand" hinein. In den Abendstunden des 19. Mai 1989 wurden sogar über 100 Militärfahrzeuge, die jeweils mit etwa 30 Soldaten besetzt waren, von der Bevölkerung am Verkehrsknotenpunkt in Gongzhufen - etwa 7 km vor dem Tiananmen-Platz - aufgehalten, wo seit einem Monat etwa 100.000 Studenten einen Sitzstreik abhielten.

Die Bevölkerung, die größtenteils auf Seiten der Studenten stand, war zu diesem Zeitpunkt noch zuversichtlich über einen konstruktiven Ausgang, da seit Ausrufung der VR China, also seit genau 40 Jahren, kaum noch größere Militärverbände in die Stadt eingezogen waren, und da seit dieser Zeit im Stadtbereich vor allem kein einziger Schuß mehr gefallen war.

Doch dann begann sich die Stimmung mit einem Male zu ändern: Am 20. Mai, als schon viele Studenten sich mit dem Gedanken trugen, die Demonstration abubrechen, wieder in ihre Universitäten zurückzukehren, fanden sie sich plötzlich mit der Ankündigung des Ausnahmezustands (des "Kriegsrechts") konfrontiert. Sie zeigten sich vor allem deshalb empört, weil es bisher in der Stadt weder zu Plünderungen, noch zu Brandstiftungen, noch zu irgendwelchen Gewalttätigkeiten gekommen war. Die Regierung solle doch bitte nicht mit Kanonen auf Spatzen schießen, hieß es.

Die Demonstranten konnten nicht ahnen, daß in der Zwischenzeit "sechs alte Genossen", die offiziell längst keine Partei- und Regierungspositionen mehr innehatten, ihre *guanxi* ausgespielt und Truppen der 25. Armee aus der Provinz Shanxi hatten heranschaffen lassen.

Wenige Tage später, nämlich in der Nacht vom 4. zum 5. Juni 1989, fielen dann die aus dem Süden herangekarrten Soldaten mit ihren Panzern und ihren Maschinengewehren über die Studenten her und erstickten die Demonstration in einem Meer von Blut: Etwa 1.000 Studenten wurden erschossen oder von Panzern überrollt, weitere Tausende wanderten in Gefängnisse oder wurden von der Polizei durch das Land gejagt: Die Führung hatte das Tiananmen-Massaker exekutieren und die Volksbefreiungsarmee auf das eigene Volk schießen lassen!

Zumindest aus drei Gründen war die Verhängung und die Exekution des Kriegsrechts unrechtmäßig gewesen:

- Erstens nämlich hatte die Führung viel zu wenig getan, um sich mit den Studenten ins Benehmen zu setzen und um die Lage durch "Dialoge und Konsultationen" - also durch das altbekannte *xie* zu entschärfen. Am 6. Mai hatten die Vertreter von 24 Beijinger Hochschulen der Regierung eine Bittschrift überreicht, in der die Unterzeichner Gespräche mit der Regierung und außerdem die Zurücknahme des Leitartikels der *Renmin Ribao* vom 26. April forderten, in dem die studentische Bewegung als "konterrevolutionär" bezeichnet worden war. Als Zhongnanhai nicht reagierte und direkte Gespräche verweigerte, traten die Studenten am 13. Mai in einen Hungerstreik, wobei sie immer wieder betonten, daß sie lediglich die Wünsche der Bevölkerung erfüllten, die auf einen

Kampf gegen korrupte Beamte und auf eine Beschleunigung der politischen Reformen hinausliefen. Zwar kam Ministerpräsident Li Peng zweimal zu den Demonstranten, doch kam es dabei zu keinerlei Einigung. Statt dessen verhängte der Staatsrat, wie gesagt, am 20. Mai das Ausnahmerecht über Beijing.

- Zweitens setzte die Regierung "unverhältnismäßige" Mittel ein, obwohl der Grundsatz der "Verhältnismäßigkeit" längst fest etabliert war (z.B. in den Staatsratsregeln vom 5.7.80 über den Gebrauch von Schußwaffen sowie deren Androhung).⁴⁴ Kein Zweifel, daß zehntausend kräftige und wohlausgebildete Soldaten, die in der Nacht zum 4. Juni den Tiananmen-Platz umstellten hatten, auch mit Knüppeln und Tränengas den Platz hätten räumen können. Mehr als die Räumung und die Festnahme sowie die Verfolgung von Straftätern konnte unter einigermaßen rechtsstaatlichen Gesichtspunkten ja auch gar nicht zur Debatte stehen.

Die Demonstranten mit Panzern zu überrollen und sie systematisch niederzukartätschen, hatte mit bloßen Räumungszwecken und polizeilicher "Gefahrenabwehr" nicht mehr das geringste zu tun! Hier wurde offensichtlich atavistische Rache für die Anmaßung der Studenten geübt, die es gewagt hatten, der Führung die Maske abzureißen und sie Gesicht verlieren zu lassen. Der Einsatz des 27. Armeecorps erfolgte nicht zuletzt aber auch zu einer Zeit, da die Demonstrationen der Studenten bereits im Abklingen waren.

Alles in allem hatte die Führung offensichtlich nur zwei Alternativen erwogen, nämlich entweder überhaupt nichts zu tun oder aber zur physischen Vernichtung ihrer Gegner zu schreiten. Ein Weg zwischen diesen Extremen war offensichtlich nicht mehr diskutabel gewesen!

- Drittens aber hätten die Notstandsmaßnahmen von Polizeikräften durchgezogen werden müssen, nicht aber von Infanterie- und Panzereinheiten, die dazu ausgebildet sind, gegen einen hochgerüsteten Gegner vorzugehen, jedoch nicht gegen unbewaffnete Mitglieder der eigenen Bevölkerung.

Tatsächlich drangen in den 30 Stunden zwischen dem 4. und dem 5. Juni 1989 rund 100.000 Soldaten des 27., des 38. und des 65. Armeecorps in das Weichbild der Stadt vor, wobei sie rd. 60 Panzer und 120 Schützenpanzer mit sich führten. Noch nie seit 1949 hat die Beijinger Bevölkerung auf einen Schlag so viele Soldaten in ihre Stadt einrücken sehen. Sogar Mitte der 40er Jahre, mitten im Bürgerkrieg, war innerhalb von Beijing kein einziger Schuß gefallen. Nun aber glich das Stadttinnere plötzlich einem Heerlager. Mit "Volkswillen" hatte dieses Vorgehen nichts mehr zu tun. Hier ging es offensichtlich nur noch um die Rettung einer steuerlos gewordenen politischen Führung.

An der Niedermetzlung der Bevölkerung beteiligten sich zwar auch Einheiten der allgemeinen Polizei sowie der "Bewaffneten Volkspolizei", doch wurde die "harte Arbeit" (wie Li Peng das Vorgehen nannte) hauptsächlich von Militärs geleistet.

Unter juristischen Gesichtspunkten war die Niedermetzlung der Bevölkerung in der Nacht vom 4. auf den 5. Juni 1989 ein Tötungsverbrechen nach § 132 des erst

1979 erlassenen Strafgesetzbuches. Rechtfertigungsgründe im Sinne eines Staatsnotstandes hätte die Führung nie und nimmer in Anspruch nehmen können.

Entsetzt über dieses Vorgehen war nicht nur die Außenwelt, sondern vor allem die Studentenschaft, deren Repräsentanten sich seit der (auch von den Kommunisten in den Himmel gehobenen) "Bewegung vom 4.Mai" (1919) stets als eine Art Mundstück der breiten Bevölkerung begriffen haben. Einige ihrer Protagonisten formulierten das studentische Anliegen folgendermaßen: "Wenn Arbeiter und Bauern nicht demonstrieren, so hängt dies damit zusammen, daß es eine Politik der Volksverdummung in China gibt und daß ungebildete Leute nur an ihr wirtschaftliches Auskommen denken. ... Demokratie verlangt Opfer; wenn niemand sein Blut vergießt, wird das Volk nicht aufwachen. Studenten standen bei jeder historischen Bewegung in den ersten Reihen. Nicht, daß sie vor nichts Angst hätten, aber sie sind unabhängig, haben in der Gesellschaft noch keinen festen Platz und befolgen ihre Ideen aus Prinzip... Sie sind selbstlos. Wie es im Sprichwort heißt: Ein gerade geborenes Kalb fürchtet den Tiger nicht. ... Leider steht China auch in den 80er Jahren noch in der Tradition des Feudalismus. Nach 1949 war dem Ganzen nur der sozialistische Hut übergestülpt worden. Vom Feudalismus direkt zum Sozialismus - das war eine gesellschaftliche Frühgeburt. Heutzutage bestimmt die Partei - und damit basta. An ein Mehrparteiensystem ist jedenfalls in den nächsten Jahren nicht zu denken... Die Vier Prinzipien sind das größte Hindernis. Würden sie abgeschafft, könnte sich unser Land viel schneller entwickeln... Ich freue mich immer, wenn einer von den Alten stirbt. Damit wird jedes Mal auch ein Stück verfaulter Tradition beerdigt..."⁴⁵

Die Ereignisse von 1989 haben vor allem aus studentischer Sicht den Schein der Rechtsstaatlichkeit zerrissen: Recht ist ja kein Schönwetterphänomen, sondern sollte gerade in kritischen Situationen berechenbare Regelelemente schaffen.

Betrachtete der aufmerksame Durchschnittsbürger den Militäreinsatz vom Juni 1989 und die sich nahtlos anschließenden, an Hexenverfolgungen erinnernden Massenverhaftungen, so mußte er den Eindruck gewinnen, als tauchten die Gespenster der vorreformerischen Vergangenheit wieder auf. Frivol genug, daß die alten Revolutionäre, die dem Tod so nahestanden, nach Jahren friedlicher Neuerungsbestrebungen wieder in ihre Jugendsünden zurückverfallen waren und allein schon durch ihr wenig vorbildhaftes Verhalten dem Kaderwachstum ein denkbar schlechtes Vorbild geliefert hatten!

Wie die nachfolgenden Jahre zeigen sollten, wirkte sich der Mißgriff vom Juni 1989 für die Führung selbst nachträglich doch noch als Schock aus, der einen Selbstläuterungsprozeß ohnegleichen auslöste und der die politische Elite zu einer Beschleunigung der wirtschaftlichen Reformen sowie zu einer konstruktiven Außenpolitik veranlaßte.

6.1.1.2.3

Der Rechtszweck des Staates

Seit der reformerischen Wende gehört die Devise, daß "Personenherrschaft" (*renquan*) durch "Gesetzesherrschaft" (*faquan*) [32] abzulösen sei, zu den Hauptparolen der Beijinger Propaganda.

Instinktiv weiß der "Mann auf der Straße" jedoch, daß es hierbei eher um die Bekämpfung des vor allem unter Mao Zedong hypertrophierten Personenkults, als um die Herstellung wirklich "gesetzes"-freundlicher Strukturen geht. Gehört doch zum Grundhaushalt jedes "unverbildeten" Chinesen ein mehr oder weniger von jedermann geteilter Zweifel am Recht, an der Jurisprudenz, am Juristentum und an der Gerechtigkeit:

Seit den Zeiten des Konfuzius und der damaligen Auseinandersetzungen zwischen *nujia* und *fajia*, d.h. konfuzianischer und legalistischer Schule, gilt es in China als ausgemacht, daß das Volk nicht durch Gesetze, sondern durch Sittlichkeit zu "regieren" sei - genauer gesagt, durch das sittliche Vorbild des "Himmels" gegenüber der Welt, des Kaisers gegenüber dem Reich, des einzelnen Mandarins gegenüber seiner Provinz oder seinem Kreis, des Clanvorstands gegenüber der Sippe und des Vaters gegenüber der Familie. Wer durch *li* (Sittlichkeit) oder - wie es manchmal auch heißt - durch "Tugend" (*de*) regiert, gleicht nach den Worten des Konfuzius dem Polarstern, dem sich alle anderen Planeten zuwenden.⁴⁶ "Regiert man das Volk (dagegen) mit Recht (genauer mit "Strafen": *xing*), dann wird es versuchen, den Strafen auszuweichen und keine Scham kennen. Regiert man es aber mit Tugend und lenkt man es mit *li*, dann wird es Scham empfinden und Charakter zeigen."⁴⁷

Ein schöner Staatsmann, der es nötig hat, das Volk mit "Gesetzen" und Strafen zu lenken! Schon damals galt der (als solcher unausgesprochene) Grundsatz: "Nicht juristisch, sondern anständig (Zivilrecht!) - exemplarisch (Strafrecht!) - praktisch (Öffentliches Recht)". Recht galt niemals um seiner selbst willen, sondern war stets nur ein (verhältnismäßig nachrangiger) Beweis für die Existenz der wahren Rechtlichkeit, nämlich der Moral! Recht war deshalb auch nie autonom, sondern alle Male heteronom und es gab keine eigenständige "Geltung" des Rechts. Undenkbar auch, daß sich der römische Grundsatz des "fiat iustitia perat mundus" in der chinesischen Welt hätte durchsetzen können!

Grundauffassungen dieser Art gehören auch am Ende des 20.Jh. keineswegs zum alten Eisen, sondern bestehen trotz der seit 1979 daherwogenden Gesetzesflut beinahe ungebrochen weiter.

Die Spurenelemente der Tradition zeigen sich vor allem in einer dreifachen Berührungsscheu gegenüber Recht und Gesetz, nämlich (1) der Neigung, rechtlichen Lösungen möglichst aus dem Weg zu gehen, (2) der Distanz zur Jurisprudenz und (3) der - allen reformerischen Bekundungen widersprechenden - Priorität personen- statt sachbezogener Lösungen:

- Was den ersteren Punkt anbelangt, die Flucht vor dem Recht, so geht sie mit einer bemerkenswerten Vorliebe für prä- und außerrechtliche Lösungen einher: Schon beim *Erlaß* von Normen sucht der "Gesetzgeber" möglichst "gesetzes"ferne Lösungen. Dies zeigt sich zunächst einmal darin, daß Gesetzgebung in der Praxis weitgehend eine Angelegenheit der Exekutive und nicht etwa des dafür eigentlich zuständigen NVK ist. Ein Blick in das "Amtsblatt des Staatsrats" von 1985, in dem auch die formellen Gesetze mitaufgeführt sind, zeigt bei der Autorenschaft des legislativen Prozesses ein Verhältnis Staatsrat : NVK : ZK von 95 : 2,3 : 2,7%!

Es ist aber nicht nur die legislative Präponderanz der Exekutive, sondern auch die chinesische *Gesetzessprache*, die Fluchtcharakter zu assoziieren scheint. Während westliches Recht zumeist dem altrömischen "Iubeat non disputet" folgt, nimmt der chinesische Gesetzgeber häufig das Wort "weil" in den Mund und scheint überhaupt eher erzieherisch und persuasiv als befehlend wirken zu wollen. Rechtsverordnungen werden m.a.W. nach der Art eines pädagogischen Zeigefingers gebraucht, und viele Anweisungen nehmen sich eher als Belehrung denn als barscher Befehl aus. Ganz auf dieser Linie auch gibt es beim Gesetzgeber eine Scheu vor frühzeitigen Zementierungen, weshalb die Neigung zu "provisorischen" Rechtsnormen, ja zu "Wegwerfnormen" besonders ausgeprägt ist. Bezeichnend in diesem Zusammenhang auch die diffuse Nomenklatur der einzelnen Normen, die "Mitteilungen", "Bekanntmachungen", "Methoden" oder "Regelungen" genannt werden - um hier nur einige (ganz wenige!) Beispiele zu nennen.⁴⁸

Auch bei der *Umsetzung* der Rechtsnormen versuchen die Beteiligten mehr oder weniger spontan, rechtlichen Regelungen aus dem Wege zu gehen, wobei sie sich fast immer vertraglicher Abmachungen bedienen und zur Abgleichung endlose Versammlungen abhalten - Folge einer notorischen *kaihui*-Mentalität! (*kaihui* heißt "Versammlungen einberufen".) Manche Gesetze werden übrigens in der Praxis a priori "links liegengelassen", so z.B. das 1986 erlassene Konkursgesetz, vor dem man einfach die Augen schließt, weshalb nicht selten auch von "Rechtsblindheit" (*famang*) [33] die Rede ist.

Hand in Hand damit sucht die chinesische Rechtspraxis *streitigen Entscheidungen* auszuweichen, wo immer möglich, in "freundschaftliche Verhandlungen" einzutreten oder aber wenigstens eine "Schlichtung" herbeizuführen. Nicht die Gerechtigkeit, sondern die Billigkeit steht im Visier. Ein "anständiger" Mensch geht nicht vor Gericht, und er bedient sich auch keines Rechtsanwalts, sondern strebt "harmonische" Lösungen an und folgt im übrigen der Devise: "Wenn du einen Juristen siehst, dann lauf, was du kannst".

Nichts ist dem chinesischen Mann auf der Straße und dem Politiker fremder als der deutsche "Gang nach Karlsruhe".

Bei "Streitigkeiten in der Bevölkerung" (*min jian jiu fen*) [34] sind auf Dorfebene die "Volksausschüsse" und im städtischen Bereich die "Straßenkomitees" zuständig. Beide sind damit beauftragt, "Volksschlichtung" (*renmin tiaojie*) [35] durchzuführen.

- Flucht findet zweitens nicht nur vor dem Recht, sondern auch vor der Jurisprudenz und vor juristischem Formalismus statt.

Ganz besonders wenig hält der Durchschnittschinese von abstrakten Rechtsfiguren, wie sie in der westlichen Jurisprudenz so beliebt und weitverbreitet sind - man denke etwa an die zahlreichen Fiktionen oder aber an die "formelle Wahrheit", die sich strafrechtlich im Grundsatz des "in dubio pro reo", zivilprozessual aber in der "Beweislast" ausdrückt, wobei bekanntlich auf die *formale* - und nicht etwa auf die reale Wahrheit abgestellt wird.

Statt dessen drängt die chinesische Rechtspraxis, wie schon in der Tradition, möglichst auf Geständnisse und auf zerknirschte Reue, sowie, im Zivilprozeß, auf die *reale* Wahrheit und auf "freundschaftliche Arrangements".

Ferner herrscht eine tiefe Abneigung gegen *dingliche* Regelungen, die ja z.B. im deutschen Recht ziemlich starr auszufallen pflegen. Hier weicht man lieber auf *schuldrechtliche* Vereinbarungen aus und schneidert im Bedarfsfall vertragsrechtliche Maßanzüge.

- Die Abneigung gegen juristischen Formalismus zeigt sich drittens in einer Vorliebe für außerjuristische Enklaven - und "Baoganisierungs"-Lösungen. *Baogan* [36] läßt sich in einer Nominativ-Akkusativfolge mit "übernehmen: etwas zu tun" übersetzen und umfaßt in diesem Zusammenhang sowohl werk- als auch dienstvertragliche Vereinbarungen.⁴⁹

In geradezu klassischer Art und Weise wurde die Baoganisierung im Rahmenwerk des Shoudu-Konzerns umgesetzt - dessen organisatorische Eigenarten im vorangegangenen Kapitel 5.2.1.2.3 dargestellt wurde. Das *baogan* dient aber nicht nur der filigranhaften Zuweisung von Verantwortungsbereichen innerhalb eines Industriebetriebs, sondern leistet seine nützlichen Dienste auch bei der Durchführung von Raumordnungs-, Regional- und Infrastrukturvorhaben, bei der Steuereinzahlung (durch Abschluß von Steuerablieferungsverträgen zwischen Zentrale und untergeordneten Einheiten) und sogar bei der Festlegung lokaler Polizeiaufgaben in bestimmten Sicherheitsbereichen.

Häufig werden hier Regelungstatbestände, die eigentlich bereits *gesetzlich* vorgeschrieben sind, auf *vertraglichem* Wege *noch einmal* nachgestaltet - gemäß dem Grundsatz, daß "doppelt genäht besser hält".

Die Baoganisierung des Rechts hängt mit sozio-kulturellen Vorgaben zusammen: Sie entspricht zwei der chinesischen Gesellschaftsstruktur inhärenten Mustern, nämlich dem Vertikalismus (Hierarchie-Verliebtheit!) und dem Partikularismus (Danwei!), paßt sich ferner dem "pyramidalen Analogismus" an, kommt dem chinesischen Harmoniebedürfnis entgegen und verträgt sich vor allem aufs prächtigste mit dem Ressortegoismus und dem Parzellierungsdenken der chinesischen Bürokratie.

Darüber hinaus aber werden viele Regelungstatbestände durch Flucht in den Personalismus gelöst. An der Wiege der im Oktober 1949 ausgerufenen Volksrepublik stand die damals alles überragende Einzelperson des "Vorsitzenden Mao", dem viele Zeitgenossen einst alles zutrauten und dem auch unkonventionelle Methoden zugestanden wurden, da sich Recht und Gesetz als Prokrustesbett für die damals noch schäumende Revolution hätten auswirken können.

Statt rechtlicher Rahmenvorgaben bediente sich die KPCh zur Durchführung ihrer "revolutionären" Zielvorstellungen jahrzehntelang lieber der Kampagne (*yundong*) [37], die von einflußreichen KP-Mitgliedern initiiert und gesteuert, nach einem Viertaktschema angelegt und zeitlich präzise eingegrenzt zu werden pflegte: Eine Kampagne dauerte also beispielsweise vom 10. bis 28. Mai

- und keinen Tag länger! Die Ergebnisse, die bei solchen *yundong* herauskamen, lagen weitab von Rechts- oder Rechtsbindungsüberlegungen: Verstöße gegen die "revolutionäre Ordnung", die in "normalen Zeiten" vielleicht lediglich mit einem Verweis geahndet worden wären, konnten jetzt beispielsweise zur Todesstrafe führen! Letztlich waren es immer Parteiausschüsse und ihre jeweiligen Führer - also *Personen!* -, die den Verlauf solcher Kampagnen entscheidend beeinflussten, und die darauf achteten, daß niemand gegen die elementare Gewalt der Kampagnen intervenierte - und zwar weder aus politischen, noch gar aus rechtlichen Gründen!

Obwohl bereits 1954 die erste "Verrechtlichung" einsetzte, waren die Wunden, die diese Kampagnen der Gesellschaft schlugen, so tief, daß sogleich nach dem Tode des "Vorsitzenden" (1976) die Forderung nach einer kalkulierbaren "Rechtsherrschaft" laut wurde, die anstelle der bisherigen "Personenherrschaft" treten sollte.

In der Tat begann nach 1979 eine beispiellose Gesetzgebungstätigkeit, die das Regime aber keineswegs daran hinderte, beim ersten Auftauchen einer neuen Gefahr, nämlich im Frühjahr 1989, sogleich wieder in "personalistische" Willkür zurückzuerfallen und rd. 100.000 Soldaten der 27., der 38. und der 65. Armee mit ihren 60 Panzern und etwa 120 Schützenpanzern gegen ein paar hundert demonstrierende Studenten einzusetzen - und dies wohlgerne aufgrund eines Beschlusses, der von sechs Senioren gefaßt wurde, die sich offiziell längst aufs Altenteil zurückgezogen, also eigentlich gar keine Anordnungsbefugnisse mehr besessen hatten!

Mit ihrem Vorgehen vom Juni 1989 bewiesen die Machthaber jedoch erneut, daß es mit der so häufig beschworenen Rechtskultur am Ende doch nicht so weit her war!

Bei der subalternen Bürokratie führte dieses ungute Beispiel dazu, daß sie, statt einfach Entscheidungen nach *Gesetz* zu treffen, sich lieber von der vorgesetzten Behörde eine Weisung erteilen oder aber daß sie ihre *guanxi* spielen läßt, um rechtssubstitutive Lösungen zu finden. Es besteht m.a.W. auch weiterhin ein Hang zur zwischenpersönlichen Abgleichung statt zur rechtlichen Lösung, zur Laien- statt zur Experten-Jurisprudenz, zur Schlichtung statt zum Prozeß und zum "harmonischen" Ausgleich statt zum "Kampf ums Recht".

Mit "Recht" identifiziert der Normalbürger am Ende - wie schon in kaiserlicher Zeit, nicht etwa das zivil- oder das öffentliche, sondern hauptsächlich das *Strafrecht*, also das *xingfa*. Hier allerdings ist dann sogleich viel Phantasie - und Rigorosität im Spiel. Zwar verhalten sich Staat und Justiz normalerweise recht zurückhaltend und überlassen es den Behörden und den Parteiorganisationen, "pädagogische" Ermahnungen auszusprechen und die Bevölkerung aufzufordern, am Kampf gegen Verstöße und Abweichungen mitzuwirken, z.B. wie im November 1989 gegen die "Sechs Übel", nämlich Prostitution, Vertrieb von Pornographie, "Verkauf" von Frauen und Kindern, Drogenhandel, Spielsucht und Ausübung abergläubischer Praktiken zu Gewinnzwecken.⁵⁰

Verhalten solche Aufrufe und Ermahnungen allerdings unerhört, so beginnen Polizei, Staatsanwaltschaft und Justiz feuerwehrartig einzugreifen und dabei - zumindest

für den westlichen Geschmack - überzureagieren, weil nun nämlich die "Köpfe zu rollen" beginnen. So wurden beispielsweise 1990 980, 1991 1890 und zwischen dem 15.8. und dem 25.9.1993 2.950 Todesurteile registriert.⁵¹ Auf diese Welle von Todesurteilen und Hinrichtungen pflegt die Bevölkerung übrigens meist durchaus nicht ablehnend zu reagieren.⁵² Auch hat die öffentliche Meinung wenig dagegen einzuwenden, daß die Verurteilten vor ihrer Hinrichtung auf offenen Lastwagen durch die Straßen gekarrt werden, mit Schildern um den Hals als "Plakatsäulen" für ihr eigenes Unrechtsverhalten vorgeführt und schließlich unter Teilnahme Tausender von Zuschauern exekutiert werden.⁵³ Die chinesische Hinrichtungspraxis ist - und war - nie etwas für schwache Nerven und hat wohl auch nie eine Chance, von ausländischen Menschenrechtsverfechtern akzeptiert zu werden.

Was Gefängnisstrafen anbelangt, so spielen sie im Alltagsleben kaum eine Rolle, da nur ganz wenige Angehörige des Einmilliardenvolks je ein Gefängnis von innen kennenlernen. So gab es beispielsweise im Oktober 1993 in ganz China lediglich 1,2 Millionen Gefängnishäftlinge⁵⁴ - gemessen an der Gesamtbevölkerung ist dies wohl die weltweit niedrigste Quote.

Nicht mitgerechnet sind hier allerdings solche Personen, die auf administrativem (und keineswegs justitiellem!) Wege in "Lager der Umerziehung durch Arbeit" (*laojiao chang*) [38] eingewiesen werden und deren (jährliche Einweisungs-)Zahl sich auf rd. 50.000 Personen beläuft - 1991 unterlagen insgesamt 160.000 Personen der "Laojiao".⁵⁵

Wegen "konterrevolutionärer" Straftaten, also wegen Verstößen, die auf eine grundlegende Änderung des geltenden politischen Systems hinauslaufen, waren im Herbst 1993 gemäß offiziellen Angaben nur 0,3% aller Gefängnisinsassen belangt worden. Sie würden, wie es heißt,⁵⁶ wie normale Straftäter behandelt. 1993 machte die Zahl dieser politischen Häftlinge nur noch etwa 1% jener Insassen aus, die im Todesjahr Maos (1976) aus politischen Gründen einsitzen mußten.⁵⁷

6.1.1.2.4

Soziale, kulturelle und andere Aufgaben des Staates

Allgemeiner Auffassung zufolge sind die Aufgaben des Staates auf "moralische Führung", Stabilitätssicherung und Rechtsgarantien keineswegs beschränkt, sondern erstrecken sich auch auf andere Zwecke, wie z.B. die Sozialpolitik, die bereits behandelt worden ist (5.1, 5.2), oder die Kulturpolitik, die noch anzusprechen ist.

6.1.2

Der Bürger und seine Bürokratien

6.1.2.1

Was hält der "Mann auf der Straße" von den politischen Organen seines Landes?

6.1.2.1.1

Blinder Vertrauensvorschuß oder Skepsis?

Trotz des offiziell weitergepflegten Identitätsmythos erfährt der einzelne Staatsbürger bis auf den heutigen Tag "Partei und Regierung" als ihm unendlich fernstehende Instanzen, auf die er nie und nimmer wirklich einwirken kann, sei es, daß ihm dazu die nötigen Informa-

tionen fehlen oder sei es, daß weit und breit keine Repräsentationsorgane auszumachen sind, bei denen er seine Interessen wirklich aufgehoben sähe: kaum jemand wäre ja so naiv zu glauben, daß die lokalen oder zentralen Volkskongresse wirklich *parlamentarische* Funktionen ausüben könnten. Ganz gewiß war dies in maoistischer Zeit nicht der Fall. Vielmehr konnte jeder, der es ernsthaft erproben wollte, schnell erfahren, daß diese Kongresse gerade umgekehrt als Augen, Ohren und Mäuler gerade der Führung gegenüber den "Volksmassen" dienten. Schon der Ausdruck "Massen" (*qunzhong*) [39], der in maoistischer Zeit die Betrachtungen und Analysen der Bürokratie wie ein roter Faden durchzog, verrät etwas von der Grundeinstellung des Führungsapparats gegenüber dem Volk.

Auch von machthemmenden Antinomien zwischen Regierung, NVK und Provinz- sowie Justizorganen, die lediglich durch den Einfluß der KPCh ausgeglichen worden wären, konnte - zumindest in maoistischer Zeit - nirgends die Rede sein.

Von wenigen Ausnahmen abgesehen, kennt der Mann auf der Straße die meisten Institutionen nicht einmal dem Namen nach; *eines* aber weiß er mit Gewißheit, daß es nämlich im Grunde genommen nur die KPCh (und *innerhalb* ihrer Reihen wiederum nur eine Minorität von Spitzengremien und Ausnahmepolitikern) ist, die im Reich der Mitte wirklich das Steuer in der Hand hält.

Neben der Partei gibt es zwar noch sieben *Staatsorgane* (den NVK, den Staatspräsidenten, den Staatsrat, die Zentrale Militärkommission, die lokalen Volksorgane, die Selbstverwaltungsorgane der Minderheiten und die Justizorgane) sowie eine nahezu unüberschaubare Flut von *Massenorganisationen*, die jedoch allesamt nur wenig Eigengewicht besitzen, weil sie ja gerade als "Transmissionsriemen" der Partei dienen sollen - zumindest war dies ihre ursprüngliche Zweckbestimmung.

Darüber hinaus konnten lange Zeit auch *Interessenverbände* kaum zum Zuge kommen, da es erstens keine wirkliche Koalitionsfreiheit für die Vertretung von Partikularinteressen gab (Wirtschaft oder Religion wären nie und nimmer als eigenständige Gruppierungen anerkannt worden!), und da die eigentlich als "Interessenvertretungen" gegründeten Massenorganisationen nicht als eigenständige Kräfte wirken durften - und zwar weder die Gewerkschaften, noch die Frauen-, Studenten- oder Jugendverbände.

Vor allem aber gab es außerhalb der von der KPCh kontrollierten - und zensurierten - Einflußsphäre keine *öffentliche Meinung*, die als eigenständiges Kraftfeld hätte wirken können - von "vielen Öffentlichkeiten" (z.B. in den Massenmedien oder in den verbands- und organisations-internen Öffentlichkeiten) ganz zu schweigen!

Und die VBA (Volksbefreiungsarmee), deren Garnisonen sich überall am Rande der Städte befinden? Eine *eigenständige* Rolle hat sie in der Volksrepublik kaum spielen können, obwohl sie 1950 bis 1954, 1967 und 1989 immer wieder ins innenpolitische Geschehen eingriff, wobei sie allerdings nicht aus eigenem Antrieb, sondern als Werkzeug bestimmter KPCh-Fraktionen tätig - und manchmal auch mißbraucht - wurde. So z.B. am 4.Juni 1989 im Auftrag des Yang-Clans.

Das Politbüro der KPCh sowie die eine oder andere Fraktion innerhalb dieses Führungsgremiums haben es in der Tat immer wieder verstanden, die VBA dem "Führungsmonopol der Partei" zu unterwerfen und vor allem dafür zu sorgen, daß die Garnisonen mit ihren Elitetruppen, die in den 30 Provinzhauptstädten angesiedelt sind, von politisch "zuverlässigen" Kommandeuren befehligt werden.

Chinas VBA besteht aus Wehrpflichtigen, die aufgrund des Militärdienstgesetzes vom 1.Oktober 1984 drei Jahre zu dienen haben (bei Luftwaffe und Marine sogar vier Jahre). Die Eingezogenen können sich zu einem um ein oder zwei Jahre verlängerten Wehrdienst verpflichten oder sich unter die "freiwillig länger Dienenden" auf acht bis 17 Jahre einreihen. Der Wehrdienst gilt für Männer und Frauen gleichermaßen (Art.55 des Militärdienstgesetzes). Kein Wunder, daß es viele Frauen in Uniform gibt, die allerdings keine kämpferischen Funktionen ausüben. Wohl aber haben die Frauen genauso wie die Männer in der Volksmiliz zu dienen - und notfalls auch zu kämpfen. Seit 1984 ist die Miliz allerdings keine eigenständige Organisation mehr, sondern nur noch ein Anhängsel der Streitkräfte.

Vor 1949 waren der Armee fast automatisch drei Pflichten zugefallen, nämlich die Aufgaben eines Militärverbands, einer Selbstversorgungseinheit und einer "politischen Sämaschine". Nach der "Befreiung" begannen sich die Soldaten weitgehend aus dem Zivilleben zurückzuziehen, um dann allerdings, mit der Weisung Mao Zedongs vom 23.Januar 1967, erneut als Ordnungsmacht in das Chaos der Kulturrevolution einzugreifen. Zwei Jahre vor diesem Zeitpunkt war die Armee bereits offiziell zum "Vorbild für das ganze Volk" ausgerufen - und damit erneut in ihre alte Ehrenrolle zurückberufen worden.

Aufgrund der Januar-Direktive von 1967 begann die Armee schnell ins zivile Geschehen zu intervenieren, und zwar mit dem Auftrag, "die drei revolutionären Kräfte der Arbeiter, der Bauern und der Linken zu unterstützen" und die "zwei Aufgaben der Militärausbildung und der Militärkontrolle" zu übernehmen (*san zhi liang jun*) [40]. Mit dieser "Drei-Zwei-Initiative" war es allerdings spätestens 1978 zu Ende, als die Reformen einsetzten. Stück für Stück begann das Militär jetzt an politischem Einfluß, nicht zuletzt aber auch an finanziellen Mitteln einzubüßen, bis es dann - im Gefolge des Tiananmen-Massakers vom Juni 1989 - schlagartig wieder an Gewicht zulegen konnte.

Populärer geworden ist die Armee durch die "Zwischenfälle vom 4.Juni" allerdings ganz gewiß nicht. Kein Wunder, daß die alte chinesische Spruchweisheit, derzufolge "ein guter Mann kein Soldat wird" (*hao nan bu dang bing*) [41] inzwischen wieder überall zustimmendes Kopfnicken - und Belustigung - auslöst. Soldaten gelten zwar als unentbehrlich für den Verteidigungsfall, haben im übrigen aber weit hinter die Zivilgewalt zurückzutreten.⁵⁸

Bezeichnend hierfür ist das Schlüsselzeichen für "Militärwesen", nämlich der Terminus *wu*, der aus zwei Teilen besteht, nämlich aus einer Hellebarde und dem Zeichen für "Stillestehen" (*zhi*) [42]. Modern übersetzt hat das Militär also "Gewehr bei Fuß zu stehen", darf sich keines-

falls in den Vordergrund drängen und schon gar nicht verselbständigen. Stets sollte es sich als dienender Bestandteil der Politik und Diplomatie verstehen.⁵⁹

Soweit also die wichtigsten Polit- und Bürokratiegliederungen der VR China.

Wie wenig der Durchschnittsbürger von ihnen allen - ausgenommen vom KPCh-Apparat und vielleicht auch noch vom Staatsrat und der VBA - hält, geht allein schon aus den abfälligen Bezeichnungen hervor, mit denen die "Volkskongresse" oder aber die Massenorganisationen apostrophiert werden - nämlich als "Abstimmungsmaschinen" (*biaojue jiqi*), als "Gummistempel" (*xiangpi tu-zhang*) oder aber als "politische Blumenvasen" (*zhengzhi huaping*) [43].⁶⁰ Als "Blumenvasen" waren in der Vorkriegszeit noch jene jungen Damen bezeichnet worden, die in den Kaufhäusern der Küstenstädte die Kunden willkommen hießen und die es verstanden, ihren Charme in den Dienst der Kaufhausumsätze zu stellen. Auf die Politik übertragen, ist dieser Ausdruck ganz gewiß nicht schmeichelhafter als etwa die Bezeichnung "Blockflöten", wie sie die frühere DDR-Bevölkerung für die Parteien der Nationalen Front bereitgehalten hatte.

Vor allem das Abstimmungs- oder besser: peinliche Zustimmungsverhalten, das viele "Parlamente" (auf zentraler und lokaler Ebene) jahrzehntelang an den Tag gelegt haben, und auch die Tatsache, daß der NVK (Nationaler Volkskongreß) von 1965 bis 1975, also ein ganzes Jahrzehnt lang, wie durch eine Falltür aus dem politischen Leben der VR China verschwunden war, hat zum Ansehen dieser sog. *Volks-Vertretungen* nicht gerade beigetragen!

Angesichts der durch viele Jahrzehnte hindurch nach außen hin verhältnismäßig geschlossen auftretenden "Front" von Partei, Staat, Massenorganisationen und kontrollierter öffentlicher Meinung konnte in maoistischer Zeit sehr wohl noch von einem *Eigenbereich des Politischen* die Rede sein, der als solcher gerade von Mao Zedong auch immer wieder gefordert worden war, und den die "Volksmassen" nolens volens zu akzeptieren hatten. Politik, "politische Arbeit" und Eigenleben der Politik galten als "Lebensnerv" und "Seele".

Diesem politischen Führungsblock hatte die Basis wenig an eigenen Möglichkeiten entgegenzusetzen.

Zwar gab es schon damals eine Reihe von Dissidenten, die sich fundamentalkritisch mit der Korruption der Nomenklatura auseinandersetzte, wie z.B. die "Proletarische Allianz" (*sheng wu lian*) [44], die Anfang 1968 drei Manifeste publizierte, oder aber die Gruppe *LiYiZhe*, die am 10. November 1974 in Guangzhou mitten auf einer riesigen Wandzeitung mit dem sogenannten "Lin Biao-Syndrom" ins Gericht ging und das vorherrschende Privilegiensystem, den Personenkult und die "Neue Bourgeoisie" angriff.

Doch alle diese Kritiker endeten schnell im Gefängnis oder im Arbeitslager - zum Alltagsbild gehörten sie ganz gewiß nicht!

6.1.2.1.2

Reformerische Gegenkräfte

Erst im Zeichen der Reformen erfuhr das "politische Zentrum" seine ersten Erschütterungen. Mitglieder des

Parteiapparats beispielsweise mußten nun immer häufiger Selbstkritik üben und sich öffentlich korrigieren, so z.B. durch eine Fundamentalkritik an dem ehemals so unbestrittenen maoistischen Klassenkampfkurs oder aber durch Verkündung der "Theorie vom Anfangsstadium des Sozialismus" im Jahre 1987.

Angesichts der überall ausbrechenden "dreifachen Glaubenskrisen" (gegenüber der Partei, der Zukunft und dem Sozialismus) begann die KPCh nach jedem rettenden Strohalm zu greifen, und vor allem Legitimationsanstrengungen zu unternehmen, die - wie schon Ende des 19. Jh. - beim *fuqiang* ansetzten, d.h. bei dem Versuch, Wohlstand zu schaffen und den Staat stark sowie den Bürger gleichzeitig stolz auf seine Nation zu machen. Damit aber wurde die rein politische Haltung immer mehr aufgeweicht und der Eigenbereich des Politischen durch den Wirkungszusammenhang vieler gesellschaftlicher Erscheinungen und Kräfte ersetzt. Staat und Partei waren jetzt keine gleichsam autonomen Wirkungseinheiten mehr, sondern wurden immer mehr zu Bestandteilen einer allumfassenden Sozialstruktur, in deren Kräftefeld vor allem die Wirtschaft eine Art Lokomotivenrolle übernahm.

Auch der Staatsapparat begann an Einfluß zu verlieren, sei es nun angesichts des wachsenden Regionalismus der einzelnen Provinzen, sei es im Zeichen zunehmender Autonomie der staatlichen sowie der neugegründeten privaten Betriebe, die für eine zusätzliche Dezentralisierung und Deregulierung sowie gleichzeitig für eine Verselbständigung von Entwicklungen sorgten, welche mit parteilichen und staatlichen Mitteln nur noch schwer zu kontrollieren waren.

Erstmals in den 80er Jahren begann sich auch der NVK auf die Hinterbeine zu stellen und der Regierung notfalls auch Schwierigkeiten zu bereiten - oder anders ausgedrückt: "parlamentarische Kontrolle" auszuüben. Besonders deutlich wurde dies 1992, als immerhin ein Drittel der NVK-Abgeordneten nach heftigen Kontroversen gegen das vor allem aus ökologischen Gründen umstrittene Mammutprojekt des Drei-Schluchten-Staudamms am Yangzi zu stimmen wagte.⁶¹ Vor allem wenn es um regionale Sonderinteressen geht, haben sich die insgesamt 32 NVK-Delegationen (aus den 30 Provinzen sowie aus Taiwan und der Armee) noch allemal mit kräftigen Ellenbogen einzusetzen gewußt und insofern längst ein gewisses Gegengewicht zur Zentralregierung herstellen können. Auch bei der Gesetzgebung, bei der Haushaltskontrolle und bei der kritischen Behandlung von Tätigkeitsberichten der Regierung (nicht zuletzt des in der Bevölkerung wenig beliebten Ministerpräsidenten Li Peng) hat der NVK Eigenprofil entwickelt. Ihren Ruf, eine "Armee von Händehabern" (*jushou dajun* [45]) zu sein,⁶² haben die NVK-Delegierten allerdings bis heute nicht ganz loswerden können. Trotz ihrer Proteste wird z.B. das "Drei-Schluchten-Projekt" nun doch durchgeführt, und auch die zahlreichen Gesetze nützen wenig, wenn ihr Vollzug von den NVK-Delegierten nicht energisch genug überwacht wird - ganz abgesehen davon, daß auch die meisten "parlamentarischen" Kritiken an der Regierungspolitik im Endeffekt wirkungslos verhallen, auch wenn sich die Bürokratie bei besonders hartnäckigen Protesten manchmal zum Einlenken veranlaßt sieht oder sich zu einem etwas schnelleren Schrittempo be-

quemt. Im großen und ganzen aber halten Bürokratie und Partei wenig von den Volksvertretungen, die als "Clubs von Kadern" gelten, welche "ins zweite Glied zurückgetreten sind" (*exian ganbu julebu*) - oder die, noch respektloser, als Pensionärsversammlung (*tuiren da*) [46] belächelt werden.⁶³

Befragte man den "Mann auf der Straße" danach, wann er wohl glaube, daß der NVK sich zu einem (neben Partei und Staatsrat) wirklich gleichberechtigten Kontroll- und Entscheidungsorgan, also zu einem echten Machtzentrum entwickeln könne, so würde die Antwort vermutlich skeptisch, wenn nicht ironisch, ausfallen. Ist es ihm doch keineswegs verborgen geblieben, daß die Delegierten vor ihrer Wahl nahezu ausnahmslos von Parteigremien empfohlen und damit sowohl handverlesen als letztlich auch manipulierbar sind; bekannt ist ferner, daß sich angesichts der extrem kurzen Tagungsperioden (einmal p.a. im Frühjahr) und der riesigen Zahl von Delegierten (1993: 2.978!) kaum Eigenakzente herausbilden können,⁶⁴ auch wenn von seiten der Abgeordneten gerade in den 90er Jahren immer mehr Anträge (*ti'an*) und Vorlagen (*yi'an*) eingebracht werden. [47]

Drittens kann jeder politisch sensible und aktive Staatsbürger inzwischen merken, wie die schwerfälligen Massenorganisationen von neuen *Quasi-Verbänden* überrundet werden, die sich keineswegs als bloß passive "Treibriemen" der KPCh mehr benutzen lassen, sondern die sich vielmehr umgekehrt darauf verstehen, Partikularinteressen wahrzunehmen. Dabei stützen sie sich weniger auf die (in der Verfassung von 1982 verankerte) Koalitionsfreiheit als vielmehr auf die Möglichkeit des "Aushandelns, Moderierens und permanenten Kuhhandels", wie er im Zeichen des 1987 zum Parteiprogramm erhobenen *xie* [48] ermöglicht worden ist. Die Parteiführung muß diesen Erwartungen nolens volens nachgeben und sich auf das neue Spiel zähneknirschend einlassen. Vor allem Betriebe, Wirtschaftssonderzonen und ganze Regionen (man denke an die Provinzen Südostchinas!) verstehen es immer souveräner, Beijing zu zwingen, auf seinen bisherigen "Kommandismus" zu verzichten und sich statt dessen auf *do ut des*-Spielregeln einzulassen.

Auch beginnen sich neue Interessengruppierungen herauszubilden, die von ferne an die traditionellen Zünfte und Gilden der Handwerker und Kaufleute erinnern und die den Einfluß der KPCh sowie der Staatsmaschinerie ein weiteres Mal schmälern.

Was, viertens, die öffentliche Meinung anbelangt, so hatte sich hier im Zuge der Reformen eine gewisse Entspannung eingestellt (Näheres dazu unten 6.2).

6.1.2.2

Was hält der Bürger von seiner politischen Führung und von seinen Bürokraten? Der lange Schatten des Generationenwechsels

Blickt ein noch vor der "Befreiung" geborener volksrepublikanischer Zeitzeuge hinauf zu den hohen Firnen der Macht, kann er zwischen den einzelnen Führungsgenerationen ganze Lichtjahre von Unterschieden entdecken.

Die *erste Führungsgeneration* und vor allem der "Vorsitzende Mao" hatten noch gewaltige Macht verkörpert, sei es, daß sie die Bürgerkriegsarmeen zum Siege geführt,

daß sie den neuen Staat gegründet oder daß sie sich im Besitze atemberaubender Visionen und einer (damals noch scheinbar unanfechtbaren) Ideologie gewußt hatten, die ihnen Durchsetzungsvermögen, ja Charisma sicherte. Vor allem hatten die Mitglieder dieser Gründergeneration, die mit dem Namen Mao Zedongs aufs engste verbunden ist, schon in früher Jugend Machtpositionen besetzt und sich nie mit partizipatorischen Forderungen konfrontiert gesehen. Kein Wunder, daß der "Vorsitzende" eine politische Kampagne nach der anderen starten, seine Gegner beliebig als Klassenfeinde aussortieren und diese "Feinde des Volkes" notfalls auch durch Säuberungsmanöver im Stile der "Großen Proletarischen Kulturrevolution" liquidieren konnte. Wenn Mao hustete, bekam ganz China eine Lungenentzündung.

Die *zweite Generation* unter der Führung Deng Xiaopings, die nach 1978 das Heft übernahm, wirkte demgegenüber schon weit weniger jupitergleich. Deng hatte zwar in der Führungsriege der "ersten Generation" ebenfalls schon beträchtlichen Einfluß ausüben und dort eine Zeitlang sogar die Position eines KP-Generalsekretärs besetzen können. Freilich war er von Mao Zedong immer wieder gebremst und schließlich "hinausgesäubert" worden.

Sein Aufstieg an die Spitze erfolgte erst im verhältnismäßig hohen Alter von 74 Jahren (Deng ist 1904 geboren). Er mußte seine "Worte", auf die das Volk "hinzuhören" hat (*tinghua* [49], "hören auf die Sprache" heißt auf chinesisches "gehören"), erst jetzt mühsam formulieren. Er konnte vor allem nur dadurch zur Macht kommen, daß er Koalitionen mit anderen Angehörigen des ehemaligen "Zweiten Armeesystems" schloß. In keiner Weise konnte sich Dengs Charisma mit demjenigen Mao Zedongs vergleichen, und auch seine ideologischen Beiträge lassen sich mit denen des "Vorsitzenden" nicht messen. Allerdings hat er es fertiggebracht, ebenfalls eine Vision zu präsentieren, nämlich den Plan einer Vervierfachung des BSP bis zum Jahr 2000 und des Aufstiegs Chinas zu einer mächtigen Nation bis zum Jahre 2049, d.h. dem 100.Geburtstag der VRCh-Gründung.

Deng war zwar nicht Gründer der VRCh, der KPCh oder der VBA, wohl aber hatte er am Aufbau und der Stärkung dieser drei Säulen sinokommunistischer Macht immerhin noch wesentlichen Anteil.

Ganz anders die Nachfolger der *dritten Generation*, zu denen die heutzutage überall in China bekannten Politiker Jiang Zemin, Li Peng, Li Ruihuan, Qiao Shi, Zhu Rongji oder Hu Jintao gehören, um hier nur einige repräsentative Namen zu nennen.

Ganz im Gegensatz zu den Führern der ersten und zweiten Generation haben sie keine "Gründungs"-Verdienste zu verzeichnen, besitzen auch nur wenig Kontakt mit dem Militär, haben kaum autoritative "Worte" vorzuweisen und sind meist ohne Charisma.

Andererseits haben sie gegenüber der zweiten Generation zwei große Vorzüge, insofern sie nämlich erstens formal und technisch wesentlich besser ausgebildet sind, und indem sie zweitens wesentlich früher an die Hebel der Macht gekommen sind als Deng Xiaoping und seine Mitkämpfer.

Ganz im Gegensatz zu den Führern der ersten zwei Generationen sind sie jedoch in einem bürokratischen System aufgestiegen, das sie von allen Seiten eher einbindet, ja sich auf ihr Verhalten wie ein Prokrustesbett auswirkt. Anders als der prometheische Mao Zedong und seine Mitkämpfer finden sie nirgends mehr ein "weißes Blatt Papier" vor, auf das sich die schönsten Schriftzeichen pinseln ließen, und außerdem sind die großen Entscheidungen längst gefallen, die Optionen also auf lange Zeit festgelegt. Anstelle einer einstmals wahrhaft revolutionären Führung hat sich mit der dritten Generation längst das Technokratentum etabliert.

Der (oder die) Nachfolger Deng Xiaopings muß (müssen) daher ganz andere Eigenschaften hervorheben als ihre Vorgänger: Vor allem haben sie der Erkenntnis Tribut zu zollen, daß es nicht mehr die Ideologie, sondern die Wirtschaft ist, die im Mittelpunkt steht und die von jedermann pragmatisches Herangehen verlangt. Darüber hinaus muß der Nachfolger es verstehen, Koalitionen aufzubauen und sich ein für allemal in seinem Führungsverhalten an ein *do ut des* zu gewöhnen.

Es ist lange her, daß ein Parteiführer wie Mao Zedong einem Wirbelwind gleich über die politische Landschaft hinwegziehen und in den Reihen seiner Gegner Schneisen hinterlassen konnte. Die heutigen KP-Repräsentanten wissen sich demgegenüber gut beraten, wenn sie sich "warm anziehen", ihre Positionen nach allen Seiten hin vorsichtig absichern und dabei ihre Klientel eher zu bestechen als zu bekämpfen versuchen, sei es nun mit materiellen oder aber mit Mitwirkungs-Anreizen. Stets müssen sie darauf bedacht sein, sich möglichst wenig Feinde zu machen, da sie sich einer potentiellen Gegnerschaft auch nicht ansatzweise mehr so schnell entledigen können wie der fast vergöttlichte und im Zeichen eines hypertrophen Personenkults über alle Wolken emporgehobene Mao Zedong.

Schon aus diesem Grunde wird es sich kaum ein "Nachfolger" erlauben können, das Militärbudget so weit herunterzufahren, daß die VBA Protest anmeldet und spontan auf Gegenkurs geht. Kein Nachfolger wird es sich ferner leisten können, widerspenstige Provinzen wie Guangdong, Shanghai oder Fujian mit harten Mitteln zur "Rückkehr" zu zwingen oder aber korrupte Funktionäre mir-nichts-dir-nichts an den Pranger zu stellen.

Die Nachfolger Deng Xiaopings können also nicht mehr einsam "in der Gegend herumkommandieren", nicht mehr, wie es noch der "große Steuermann und Vorsitzende Mao" getan hatte, alle paar Jahre das Steuer herumwerfen und vor allem wirtschaftliche Kalküle und materielle Anreize nicht mehr einfach als Manifestationen des "Revisionismus" beiseiteschieben. Vielmehr haben sie hier überall Behutsamkeiten und Vorsicht walten zu lassen, auf extreme Neuerungen zu verzichten, ihre Positionen nach allen Seiten kommunikativ abzusichern und außerdem darauf zu achten, daß keine gesellschaftliche Gruppe sich mit ihnen in machtgefährdender Weise anlegt.

China sieht einer verhältnismäßig ruhigen, weil überall mit Vorsicht und Samthandschuhen angegangenen Zukunft entgegen.

Sollte überdies das hohe Wachstumstempo weiter anhalten, so wäre in den wohlhabend gewordenen Regionen auf absehbare Zeit außerdem mit der Herausbildung breiterer Mittelschichten zu rechnen, die wiederum als soziale Basis für Mitbestimmung und Demokratie hervorträten und den Gestaltungsraum der KPCh ein weiteres Mal einschränkten.

6.2 Bürger und Öffentlichkeit

6.2.1

Gongkaixing: "Öffentlichkeit"

6.2.1.1

Der Begriff im chinesischen Kontext?

"Öffentlichkeit" (*gongkaixing*) [50] ist ein europäischer Begriff, der sich im Kampf des Bürgertums gegen die beiden alten "Stände" Adel und Geistlichkeit im Verlauf des 18. und 19. Jh. herausentwickelt hat - und zwar hauptsächlich in Form einer "öffentlichen Meinung", die dem Verlangen nach Emanzipation, Partizipation und "Einmischung" Ausdruck gab. Der "dritte Stand" schuf sich auf diese Weise eine Art "dritter Sphäre", die zwischen dem privaten und dem staatlichen Bereich entstand und die ihren Ausdruck u.a. in den Pariser Salons, den Londoner Coffeehouses, den "gelehrten deutschen Tischgesellschaften", vor allem aber in einer immer breiteren Tages- und Zeitschriftenpresse fand, die nicht mehr bloß als Nachrichtenmedium, sondern als Kampfinstrument dienen sollte.

Mit der Herausbildung einer eigenen, über bloße Privatizirkel hinausgehenden "öffentlichen Meinung" gaben die Träger dieser neuen "Öffentlichkeit" zu verstehen, daß sie sich mit der passiven Rolle des Untertanen nicht mehr begnügen, sondern sich an der Ausformulierung sowie der Durchführung von Politik aktiv zu beteiligen wünschten.

Während diese Art von "Öffentlichkeit" in Europa also bereits während des 19. Jh. zu einem festen Bestandteil des politischen Systems hatte werden können, stehen analoge Entwicklungen in China auch eineinhalb Jahrzehnte nach Beginn des Reformzeitalters noch auf des Messers Schneide.

Vier gesellschaftstypische Merkmale sind es vor allem, die einer *gongkaihua* [51] ("Öffentlich-Werdung") im Wege stehen, nämlich das Führungsmonopol der KPCh, die Identitätsdoktrin, die Danwei-Ubiquität und die Starrheit der chinesischen Terminologie, die bei "Prinzipien" und Schlüsselbegriffen Flexibilität so gut wie ausschließt.

- Das Führungsmonopol der KPCh wurde durch die "Vier Grundprinzipien" von 1979 nochmals untermauert und gilt als eines der politischen Tabuthemen der Volksrepublik, deren Grundwahrheiten bei Strafe nicht in Zweifel gezogen werden dürfen - nicht gerade eine Ermütigung für "Öffentlichkeit" und abweichende "öffentliche Meinungen".

- Die oben erläuterte Identitätsdoktrin geht davon aus, daß es keine Zweiteilung zwischen Staat und Gesellschaft gibt, oder genauer: daß es sie nicht geben soll. Kein Wunder war es unter diesen Umständen, daß Öffentlichkeit immer nur ein Ad-hoc-Phänomen war, dessen Um-

risse in dem Augenblick wieder zu verblassen begannen, in dem auch der öffentlichkeitswirksame Anlaß - z.B. eine bestimmte Notlage - wieder verschwand. Öffentlichkeit war also augenblicksverhaftet, konnte in solch einem "kritischen" Augenblick freilich erhebliche Intensität entfalten - und viele Kristallisationspunkte entstehen lassen, angefangen von "gelehrten Diskussionszirkeln" über Landsmannschaftsversammlungen (*tongxianghui*) und zu Teehauskonventen bis hin zu Gilde- und Parkforen sowie zu lokalen Versammlungen, die sich häufig um populäre lokale Führer gruppierten.

- Ein weiteres Erschwernis für die Herausbildung einer breiten Öffentlichkeit sind ferner die Größenverhältnisse des Subkontinents China und gleichzeitig die - daraus resultierenden - Bedürfnisse nach kleineren und überschaubaren Gliederungen, vor allem nach Danweis, die als solche dafür sorgen, daß überall soziale Zellen entstehen, die sich nach außen hin tendenziell abschotten und damit einer Transdanwei-Diskussion das Wasser abgraben. Öffentlichkeit kann in einer bäuerlich-überschaubaren Atmosphäre schlecht gedeihen, ihr Humus sind vielmehr zunehmende Anonymität, soziale Distanz und Polarisierung von privater und öffentlicher Sphäre - also Phänomene, die im "zellular gebauten" China noch lange nicht so verbreitet sind wie in den meisten westlichen Gesellschaften. Angesichts dieser organischen Abkapselung aber verlaufen die Schnittlinien in China meist nicht zwischen Individuum und Gesellschaft, sondern zwischen Danwei- und Transdanwei-Bereich, also immer aus der Sicht des einzelnen zwischen geschlossenen sozialen Oasen einerseits und der umliegenden anonymen "Wüstenregion" andererseits.

Damit aber entsteht die Gefahr, daß viele - zellular voneinander abgeschottete - "Öffentlichkeiten" entstehen, die in ihrer Qualität weit von jener verhältnismäßig geschlossenen "Öffentlichkeit" entfernt sind, die dem europäischen Bürgertum im 19. Jh. so viel Einmischungsmöglichkeiten und Gewicht geliefert hat.

Öffentlichkeiten dieser Art bilden sich nicht nur im Wege sog. Danwei-interner Gäßchennachrichten" (*xiaodao xiaoxi*) [52] heraus, sondern auch durch Vernetzungen zwischen Gruppierungen mit gleichgelagerten Interessen: Erstaunlich beispielsweise, wie schnell 1987 die Universitätsstudenten ganz Chinas von den Umzügen und Demonstrationen ihrer Kommilitonen an der Universität von Hefei (Provinz Anhui) Wind bekamen - und sie teilweise schon wenige Tage später an ihren eigenen Universitäten nachvollzogen.⁶⁵ Gleichwohl handelt es sich hier nur um "Teil-Öffentlichkeiten"!

- Nicht zuletzt aber steht die archaische Starrheit der Führung in der Handhabung von "Prinzipien" und politischen Begriffen einem "öffentlichen" Einlenken und einer freimütigen Diskussion im Wege. Worte sind konstitutiv, nicht nur deklaratorisch. Dies war schon bei Konfuzius so, der verlangte, daß ein Sohn sich auch wirklich wie ein "Sohn" verhält, ein Vater wie ein "Vater" und ein Kaiser wie ein "Kaiser". Geht diese Deckung von Begriff und Inhalt verloren, verliert der Betreffende auch den entsprechenden sozialen Rang und wird dann zum "Niemand", der als solcher auch gestürzt werden kann, selbst wenn es sich um einen König oder Kaiser handelt. Nichtübereinstimmung von Worten und Taten ist mit anderen

Worten ein "Revolutionsgrund", da der Betreffende ein "Himmelsmandat aufgegeben hat" (*geming*) [53]. "Geming" hat heutzutage die Bedeutung von "Revolution"!

Verständlich, daß die KPCh das Wort "Sozialismus" auch nicht einen Augenblick lang in Frage stellen (lassen) kann, weil sie sich dann den eigenen Legitimationstep-pich unter den Füßen wegzüge, daß sie angesichts der Winddrehung in China aber auch nicht mehr richtig "sozialistisch" im ursprünglichen Sinne des Wortes zu handeln vermag, woraus ihr ebenfalls ein Strick gedreht werden könnte. In ihrer Not ist die reformerische Führung dazu übergegangen, den Begriff äußerlich zwar beizubehalten, ihn aber dreifach neuzuformulieren, nämlich als "sozialistische Marktwirtschaft", ferner als Sozialismus, der sich noch im *Anfangsstadium* befindet und deshalb überhaupt erst einmal "aufgebaut" werden muß und drittens als ein Sozialismus, dessen Wahrheitsgehalt sich aus seinen (Wirtschafts-)Erfolgen erschließen läßt: Nach dem Verständnis der Reformier "liegt die Wahrheit in den Tatsachen" - oder anders ausgedrückt: Was Erfolg hat, ist "richtig", was scheitert, dagegen "falsch".

Während die Chinesen bei "Worten" und Grundsatzdiskussionen kaum Flexibilitätsreserven besitzen, sind sie andererseits bei der praktischen Umsetzung von kaum noch zu übertreffender Flexibilität: so wurden äußerlich zwar die marxistischen Formeln und die "Mao Zedong-Ideen" beibehalten, doch hinter dieser Fassade ist von den einstigen Inhalten kaum noch etwas übriggeblieben.

Das Bestehen bestimmter Formeln und "Worte" führt also keineswegs zu Tatsachenblindheit und zu Handlungslähmung, sondern lediglich zur Diskussionsverweigerung - und damit zu einer Behinderung von "Öffentlichkeit".

Trotz dieser vier gesellschaftsimmanenten Hindernisse sind die Forderungen nach mehr Öffentlichkeit, die ja ihrerseits bereits ein Stück politischer Modernisierung sind, seit Beginn der Reformpolitik immer drängender - und stilbildender - geworden. Dafür gibt es mehrere Gründe:

- Da war zunächst einmal die anfängliche parteioffizielle Kritik der Reformier an den "Mißständen" des politischen Systems der vorangegangenen maoistischen Ära - vor allem während der Kulturrevolution. Überall habe es damals "Machtüberkonzentration", "mangelnde Trennung der Zuständigkeiten von Regierung und KPCh", "Ausübung von Regierungsfunktionen durch die Partei", "patriarchalische Praktiken" und "Amtsausübung der Führungskader auf Lebenszeit" gegeben. Auch die damalige "Selbstherrlichkeit der Partei" wurde gegeißelt: "Sogar eine große Persönlichkeit wie Genosse Mao Zedong" sei "ernsthaft von unangemessenen Vorstellungen beeinflusst worden, wodurch für die Partei, den Staat und ihn persönlich großes Unglück entstanden ist", hieß es zurückhaltend-salomonisch.⁶⁶ Auch Stalin habe sich "Fehler zuschulden kommen lassen, die in westlichen Ländern wie Großbritannien, Frankreich oder den USA nie und nimmer hätten geschehen können. Obwohl Genosse Mao Zedong sich dieses Zustands bewußt gewesen war, versäumte er es, die Praxis des Führungssystems abzuändern" und leistete damit einen verhängnisvollen Beitrag zu den "zehn Jahren des Unheils der Kulturrevolution".⁶⁷

Beim XIII. Parteitag (1987) beschloß die KPCh denn auch, ein "Konsultations- und Dialogsystem zwischen Staat, Partei und Bürgern einzuführen", also eine partizipative Sonderform à la China, die dem altvertrauten *xie* ("Abstimmen, Moderieren, Sich-aufeinander-zu-bewegen") entsprach und aus der man auch eine Art Zulassung von "Öffentlichkeit" herauslesen konnte.

Ganz auf dieser Linie ergingen am 28. Januar 1989 einschlägige Regelungen der Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes.⁶⁸ In den 15 Paragraphen dieser Regeln präsentiert sich die Konsultativkonferenz als eine Art nationaler Ombudsmann und bietet ihre Dienste für die Vermittlung bei Auseinandersetzungen zwischen staatlichen Stellen, zwischen politischen Parteien sowie zwischen Privatleuten und Staat oder Partei an.

Im Gefolge des Tiananmen-Massakers war es eine Zeitlang allerdings ruhig um die Xie-Institution geworden, doch tauchten schon bald wieder zahlreiche soziale Mißstände auf, die erneut eine öffentliche - und von der KPCh nicht mehr "orchestrierbare" - Diskussion entfachten, seien es nun die Inflationsschübe oder die Einkommensverzerrungen, Korruptionsskandale (dazu unten 6.3) oder aber besonders krasse Fälle von Umweltverschmutzung. Gerade das Umweltschutzchaos wurde zum Kristallisationspunkt immer neuer Ärgernisse - und zum Auslöser heillosiger Kritik an den Behörden. Gerade in den wirtschaftlich so stürmischen 90er Jahren setzten sich immer mehr einzelne Haushalte, ja ganze Nachbarschaften und Gemeinden gegen rücksichtslose Industriebetriebe zur Wehr, so z.B. zahlreiche Bürger der Millionenstadt Tianjin, die 1992 gegen eine Glasfabrik demonstrierten, deren Staub- und Lärmemissionen sowie Bodenerschütterungen die Lebensqualität der Nachbarn beeinträchtigten und die zu allem Überfluß mit ihren verschmutzten Abwässern auch noch das Grundwasser verseuchten.⁶⁹

Lärmbelästigungen und rücksichtsloser Umgang mit Luft und Wasser sowie die kaltschnäuzige Ablagerung von Festmüll sorgen auch in anderen Wachstumsregionen immer häufiger für Proteste und öffentliche Diskussionen. Besonders nachdrücklich pflegen die Betroffenen hierbei auch auf die Diskrepanzen zwischen den sorgfältigen Bestimmungen zum Umweltschutz (*huanjing bao-hu*) [54] und der schlampigen Überwachung durch die Behörden hinzuweisen.⁷⁰

Für die Behörden sind solche Protestaktionen zwar beklemmend, doch können sie den Beschwerdeführern nicht einfach den Mund verbieten, da die Argumente entwaffnend wirken.

Darüber hinaus gibt es seit 1989 ein Verwaltungsprozeßgesetz (*xingzheng susongfa*) [55], das es Bürgern, juristischen Personen und Organisationen erlaubt, gegen Verwaltungsakte, die ihre legalen Rechte und Interessen verletzen, "beim Volksgericht Klage zu erheben".⁷¹

In der gerichts- und rechtsanwalts-feindlichen Umgebung der chinesischen Gesellschaft neigen allerdings nur wenige Opfer behördlicher Willkür dazu, den Gerichtsweg zu beschreiten. Da gleichzeitig auch die betreffenden Behörden froh sein dürfen, wenn solche formalen Klagen - und damit möglicherweise auch "Gesichtsverluste" - un-

terbleiben, ergeben sich schnell Anlässe zu "Dialogen und Konsultationen" zwischen Bürgern und Behörden, die ihrerseits Rückenwind für die Herausbildung einer neuen Öffentlichkeit liefern.

Ein vierter Anlaß (neben Reformforderungen, öffentlichen Ärgernissen und Flucht vor Prozessen) ist der neue Informationsbedarf, der im Bereich der "sozialistischen Marktwirtschaft" entsteht.

In reformerischer Zeit nahm die Öffentlichkeit vor allem im Bereich des Wirtschaftssektors zu: Wer A sagt und Marktwirtschaft fordert, muß - damit die Marktgesetze auch wirklich funktionieren können - auch B, nämlich ein wirtschaftliches Informationsnetz, zulassen und den freien Austausch von Wirtschaftsdaten und -kenntnissen fördern. So beschloß das Postministerium im April 1994, die inzwischen neu entstandenen technischen Telekom-Möglichkeiten auch politisch verstärkt zu nutzen und sie in den Dienst der Wirtschaft zu stellen, nämlich erstens durch Schaffung von Datenbanken und zweitens durch Verknüpfung dieser Datenbanken mit Hilfe des staatlichen Telekommunikationsnetzes - also durch eine moderne Vernetzung. Bis Ende 1994 soll ein digitales Übertragungsnetz entstehen, das alle Provinzhauptstädte miteinander verbindet. Während des 9. Fünfjahresplans (1995-2000) soll die Kapazität dieses Netzes weiter ausgedehnt und vor allem durch Glasfasertechnologien auf den modernsten Stand gebracht werden.⁷²

Es liegt auf der Hand, daß dieses Netz keineswegs auf wirtschaftliche Daten beschränkt bleibt, sondern schon bald auch andere Bereiche mit abdecken und für eine immer breitere Teilnehmerschaft, für eine wachsende Zahl von "Öffentlichkeiten" und damit Hand in Hand auch für eine weitere Einschränkung des Machtmonopols der KPCh sowie der Staatsbürokratie sorgen dürfte. Die öffentliche Meinung ist m.a.W. auf dem bestem Wege, im chinesischen Alltag der 90er Jahre neben Partei, Staat und "Verbänden" zu einer vierten Machtsäule zu werden. Öffentliche Meinung bleibt zwar nach wie vor manipulierbar, doch ist die KPCh in Gefahr, ihr viele Jahrzehnte hindurch ausgeübtes Manipulationsmonopol Stück für Stück an ein immer breiter werdendes konkurrierendes Kräftefeld zu verlieren. Wenn die Macht der Kritik in der Wahrheit liegt, so könnten damit die Anfänge einer konstruktiven Mitwirkung der Öffentlichkeit - und vielleicht auch der Medien! - entstehen. Viele politisch wache Chinesen beginnen sich längst zu fragen, warum sich zahlreiche Parteiführer immer noch mit Händen und Füßen dagegen wehren, daß die Medien und die "parlamentarische Kontrolle" echte Zähne bekommen; denn nur mit ihrer Hilfe könnte auf die Dauer die wachsende Korruption zahlreicher Parteichargen wirksam bekämpft werden. Freilich ginge mit einer freier werdenden Presse zugleich auch der Einfluß der KPCh um ein weiteres Stück zurück.

6.2.2

Wer sind die Träger der neuen Öffentlichkeit?

Im traditionellen China hatte es drei Machtträger gegeben, die manchmal gegeneinander, in aller Regel aber einvernehmlich miteinander politische Entscheidungen trafen und die darüber hinaus auch als wirtschaftliche und kulturelle Elite zutage traten, nämlich Kaisertum, Mandarinat und *Shenshi* - letzteres ein Begriff, der in

westlichen Abhandlungen häufig mit dem ähnlich klingenden englischen Terminus "gentry" wiedergegeben wird.

Der Kaiser hatte im wesentlichen drei Aufgaben zu erfüllen, nämlich als "Himmelsohn" einem repräsentativ-religiösen Auftrag nachzukommen, zweitens durch sein persönliches Vorbild und durch sein Ritualverhalten die Permanenz der konfuzianischen Lehren sicherzustellen und drittens oberster Reichsverweser zu sein.

Das Mandarinat andererseits stellte mit seinen 20.000 Zivil- und Militärbeamten den bürokratischen Apparat, der sich organisatorisch in drei Stufen (Zentrale mit sechs Ministerien - Provinzen - Kreise) gliederte und dessen durch Staatsprüfungen gesiebte und handverlesene Repräsentanten personalpolitisch neun Ränge umfaßten. Während die Dynastien im Laufe der Kaisergeschichte häufig wechselten, hat sich das Mandarinat bis zum Untergang des Kaisertums i.J. 1911, also rund 2.000 Jahre lang halten können - ein Weltrekord an Kontinuität und Überlebenstüchtigkeit. Kein Wunder, daß die Spuren des Mandarinats auch heute noch überall sichtbar, ja z.T. mit Händen greifbar sind!⁷³

Dritter im Bunde dieser Herrschaftstrias waren die *Shen-shi* - eine gesellschaftliche Klasse, die sich aus den *shen*, d.h. allen (noch aktiven oder bereits im Ruhestand befindlichen) Beamten zusammensetzte, und den *shi*, also den "Gelehrten" oder Prüfungstitelhaltern, die zwar keine mandarinäre Funktionen hatten, wohl aber in ihrem Habitus und ihrer Gesinnung dem Mandarinat nahestanden.⁷⁴

Die Gentry, die ursprünglich auf dem Dorf, später aber zunehmend auch in den Städten lebte, verstand es, sich gleich dreifach zu profilieren, und zwar als eine politische, wirtschaftliche und Werte-Elite. Darüber hinaus wurde sie zum Träger einer auf ihre Gesellschaftskreise beschränkten "öffentlichen Meinung". Meist gingen die drei Eliten zwar miteinander konform, doch konnte es in Krisenzeiten auch zu einer Gegnerschaft zwischen Staat und Gentry kommen: eine Konstellation, die sich ohne einen zumindest lockeren Konsens zwischen den Angehörigen der Gentry auf die Dauer wohl kaum hätte durchhalten lassen!

Im modernen China sind die alten Muster teilweise unter neuem Vorzeichen wieder aufgelebt: An die Stelle der alten Kaiser beispielsweise haben sich inzwischen "neue Kaiser" setzen können (Mao Zedong, Deng Xiaoping) und anstelle des alten ist ein neues - "rotes" - Mandarinat entstanden, d.h. die neue Nomenklatura der Parteikader.

Wer aber tritt in die Spuren der untergegangenen *Shen-shi*? Der Partisanenadel der 40er und der frühen 50er Jahre kommt hierfür wohl kaum in Betracht, nachdem Arbeiter und vor allem Bauern, die das Gros der "Befreier" gestellt hatten, spätestens in den 80er Jahren wie durch eine Falltür aus den Zentren der Macht verschwunden sind. Ihre Reste im ZK oder im Politbüro muß man heutzutage schon fast mit der Lupe suchen.⁷⁵

Aus welchen anderen gesellschaftlichen Schichten aber können die künftigen Eliten - und Verfechter alternativer Konzepte - kommen?

Nach Lage der Dinge lassen sich als Rekrutierungsreservoir hier eigentlich nur zwei städtisch geprägte Gruppierungen ausmachen, die in der Terminologie der "Neuen Demokratie" neben Arbeitern und Bauern schon in den 40er Jahren als eigene "Klassen" geführt worden waren und die als solche bis heute überlebt haben, nämlich die "kleinbürgerlich" genannte "Intelligenz" und die "Nationale Bourgeoisie". Daß beide nach den Jahren und Jahrzehnten der maoistischen Verfolgung nun wie ein Phönix aus der Asche aufzusteigen beginnen, ist wahrhaft eine Ironie der Geschichte.

Einzelheiten zu "Intelligenzija" und zur "Nationalen Bourgeoisie" finden sich im Abschnitt 1.2.2.4 der vorliegenden Serie.⁷⁶

Im Hinblick auf die öffentliche Meinung spielen vor allem die Intellektuellen wieder eine unüberhörbare - und wachsende - Rolle: 30 Jahre lang von der Machtteilhabe weitgehend ausgeschlossen, hatten sie vor allem zwei andere klassische Rollen der geistigen Elite verstärkt ausgefüllt, nämlich, wo sie sich anpaßten, ihr *Expertentum* entfaltet und wo sie unangepaßt blieben, die Rolle des *Kritikers* übernommen - manchmal auch beides in einem.

Soweit sie als Experten ins Rennen gingen, hatten sie schnell mit der Kaderschaft gleichziehen können, die sich schon nach wenigen Jahren Volksrepublik "zurückgelehnt" und von vielen ihrer früheren Tugenden Abschied genommen hatte. Wo es aber nicht mehr auf politische Meriten, sondern auf Fachkönnen ankam, gab es für die Intellektuellen schon bald kein Halten mehr. Ihre Zeit begann vor allem mit dem Anbruch der Reformen. Hatte die Kandidaten mit "Abitur" im kulturevolutionären IX.ZK (1969) noch kaum 15% der Positionen besetzen können, so stieg ihr Anteil beim XII.ZK (1982) auf 24% und beim XIII.ZK sogar auf 31% - mit schnell wachsender Tendenz.

So unentbehrlich die Intellektuellen für die Reformer wegen ihres fachlichen Könnens waren, so unangenehm fielen sie gleichzeitig auch als Querdenker, ja als Querulanten auf, nicht zuletzt im Umfeld des 4.Juni 1989 - allen voran der vor allem unter der Studentenschaft so populäre Astrophysiker Fang Lizhi, der die Beijinger Führung mit konkreten Demokratieforderungen konfrontierte und dafür von Studenten und zahllosen Journalisten stürmischen Beifall erhielt.

"Die Fang Lizhis" haben dafür im Gegenzug immer wieder hohes Lehrgeld zahlen müssen, wie ihre Geschichte zwischen 1949 und 1978 sowie erneut nach dem 4.Juni 1989 zeigt!

Solange die KPCh bei ihrer Pluralismusfeindschaft bleibt, dürften die ebenso scharfsinnigen wie unangenehmen Grundsatzkritiken an ihrer offiziellen Politik fort dauern, selbst wenn sich der Ton etwas entschärft. Sollte es freilich eines Tages - und zwar möglicherweise im Zeichen wirtschaftlicher Prosperität - doch noch zur "Pluralisierung" kommen, ließe eine Versöhnung zwischen politischer und geistiger Elite vermutlich nicht lange auf sich warten. Chinesische Intellektuelle haben Gesellschaftskritik ja selten als *l'art pour l'art* betrieben und sind auch heute noch weit davon entfernt, Kritik bloß als Alltags-

droge zu benutzen. Meist ist es ihnen um eine "bessere Gesellschaft" gegangen. Die Interessen der Führung und der Intelligenz sind also keineswegs auf Dauerkonfrontation angelegt, sondern lassen Konvergenz zu. Wie die schnell wachsenden Anteile der Intelligenzija an den politischen Führungspositionen vor allem während der 80er Jahre zeigen, spricht vieles dafür, daß die jahrhundertalte Tradition der Einheit zwischen geistiger und politischer Elite, die nach 1911, vor allem aber nach 1949 eine Zeitlang in Vergessenheit geraten zu sein schien, inzwischen vorsichtig wieder Einzug hält.

Im Zeichen zunehmender Bedeutung der Nationalen Intelligenz könnte sich dieses gesellschaftliche Reservoir von 20-30 Millionen schnell auch zum Träger einer nationalen oder wenigstens regionalen Öffentlichkeit entwickeln. Auch die "Nationale Bourgeoisie" könnte hierfür einen wichtigen Resonanzboden abgeben.⁷⁷

Das Entstehen einer umfassenden "Zivilgesellschaft" (civil society) (*gongmin shehui*) und einer umfassenden Öffentlichkeit (*gongkaixing shehui*) [56]⁷⁸ ist mehr Zukunftsmusik als Gegenwartsrealität.

6.2.3

Demoskopie als Ersatzöffentlichkeit

Im Zuge rasender Veränderungen, wachsender Unruhen in der chinesischen Gesellschaft und zunehmender Distanz zwischen Führung und "Massen" hat sowohl bei der politischen Führung als auch bei der Bevölkerung selbst das Interesse am Meinungsprofil - oder wohl besser: an den Meinungsbildern - in der Bevölkerung zugenommen: Erste Anzeichen hierfür regten sich bereits Anfang der 80er Jahre und erreichten dann solche Intensität, daß beispielsweise 1987 zum "Jahr der Meinungsforschung" erklärt wurde.

Die demoskopische Neugier hat mehrere Gründe, nämlich (1) die jahrelange Vernachlässigung der wirklichen Volksmeinung im Zeitalter Mao Zedongs, dessen Funktionäre offensichtlich davon überzeugt waren, daß ihnen die Interessen der "Massen" ohnehin vertraut waren. Ferner (2) wollten die Reformpolitiker besser als ihre Vorgänger über die Stimmungen und Überzeugungen in der Gesellschaft auf dem laufenden sein. Schließlich aber (3) wurde die Demoskopie zu einem Instrument, durch das offensichtlich eine Art Demokratieersatz - oder eben eine neue Öffentlichkeit - geschaffen werden sollte.

Bereits in den späten 80er Jahren hatten sich an den Hochschulen, an der Akademie für Sozialwissenschaften und in verschiedenen Ministerien mehrere Dutzend Institute herausentwickelt, die sich, mit dem Segen der Parteiführung, der Meinungsforschung verschrieben. 1986 auch war in Beijing ein privat betriebenes "Chinesisches Institut für Sozialforschung" entstanden, das sich durch seine Arbeit selbst finanzierte. Zu Kunden des Instituts entwickelten sich paradoxerweise Regierungsbehörden und staatliche Wirtschaftsunternehmen, die doch eigentlich auf die Rundfrageergebnisse der staatlichen Stellen hätten zurückgreifen können, die jedoch, wie es den Anschein hatte, dem regierungsoffiziellen "Braten" nicht so recht trauen wollten.

In ihrer Methodik ließen sich die chinesischen Meinungsforschungsinstitute a priori weitgehend von nordamerikanischen und westeuropäischen Vorbildern leiten, woll-

ten aber auch Verfahrensweisen aus Osteuropa nicht ganz verschmähen: U.a. wurde beispielsweise vom (noch sozialistischen) Polen eine Art Optimismusindex übernommen. Im Gegensatz zu früher sollte nunmehr auch Schwarzseherei nicht mehr von vornherein als Form der Sabotage gelten - und dies trotz Fortbestehens des für chinesische Führungsmaximen so typischen "optimistischen Imperativs": Viele Politiker, die sich weigerten, Kassandrarufer zu Kenntnis zu nehmen, mußten sich vorhalten lassen, daß "die Glocken auch dann läuten, wenn man sich die Ohren zuhält".

Offensichtlich sind die chinesischen Meinungsforschungsinstitute bemüht, ihre Ergebnisse verhältnismäßig "unpolitisch" auszuwerten. Politische Akzentsetzungen sollten demgegenüber offiziellen Propagandainstitutionen überlassen werden.

Befragungsergebnisse, die düstere Aspekte zutage förderten, werden im allgemeinen nicht publiziert, sondern wandern in den Stahlschrank. Manchmal tauchen sie, wenn üppige Honorare winken, auch in Hongkonger Zeitschriften auf, z.B. in der *Zhengming*, die auf Wiedergabe höchst persönlicher Politikerlebensläufe, auf politische Skandale und auf Demoskopie-gestützte tiefe Einblicke in die volksrepublikanische Gesellschaft geradezu geeicht zu sein scheint.

Bezeichnend für die demoskopische Praxis ist erstens die Tatsache, daß bislang selten gesamt-nationale Belange, dafür aber um so gründlicher sektorale Aspekte ausgeleuchtet worden sind, wobei sich das Interesse wiederum vorwiegend auf das städtische Leben richtet. Zweitens pflegen die Befragten mit bemerkenswerter Offenheit zu antworten, weil sie offensichtlich glauben, mit unzweideutigen Antworten einen Beitrag zum Wandel leisten zu können.⁷⁹

Nach den dringendsten politischen Aufgaben befragt, sprach sich die Bevölkerung Beijings 1993 unter 20 politischen Aufgaben für folgende Prioritäten aus: Verwaltungsreform - Kampf gegen die Korruption - Bewerbung Beijings um die Olympischen Spiele d.J. 2000 (inzwischen vom IOK abgelehnt) - Entwicklung von Wissenschaft und Technik - Aufnahme Chinas ins GATT. Erst ganz am Ende der Skala kamen die Preisreform, die Verbesserung der Investitionsbedingungen sowie die Öffnungspolitik - also Anliegen, die nun gerade umgekehrt wiederum der politischen Führung besonders am Herzen lagen. Offensichtlich verbirgt sich hinter dem Mißtrauen gegen die Preisreform die Angst vor weiteren Inflationsschüben, hinter dem geringen Interesse an Investitionen der nicht konkretisierbare Nutzeffekt für den einzelnen und hinter dem geringfügigen Öffnungsinteresse die mißtrauische Vermutung, daß zahlreiche "neue" Probleme wie Drogensucht oder Pornographie zu den Hauptimporten gehören könnten.⁸⁰

6.2.4

Medien

6.2.4.1

Das Tauziehen zwischen Zensur und "Pressefreiheit"

Jeder Zeitungsleser, Rundfunkhörer oder Fernsehteilnehmer weiß, daß es offiziell zwar eine "Publikationsfreiheit" gibt - sie ist in Artikel 35 der Verfassung von

1982 verankert -, daß die Medien im Reich der Mitte allerdings gleichwohl alles andere als frei sind. Allerdings haben es KP und Staat immer schwerer, die Kontrollfäden in der Hand zu behalten: Was unter Mao Zedong noch ganz selbstverständlich war, wird im Zeitalter der Reformen längst "hinterfragt". Besonders typisch für die kritische Einstellung "des" chinesischen Journalisten waren drei Forderungen, die von einer Reihe von Medienvertretern am 4. Mai 1989, also am Rande der damaligen Studentendemonstrationen auf dem Tiananmenplatz, erhoben wurden:

Die KP solle sich erstens auf pauschale Richtlinienvorgaben beschränken und sich nicht in Einzelheiten der journalistischen Arbeit einmischen. Zweitens möge sie nie mehr der Versuchung erliegen, sich aus reinem Zweckdenken über die Grundgesetze des Journalismus, nämlich über wahrheitsgetreue, objektive und faire Berichterstattungen hinwegzusetzen, und drittens solle sie alles dafür tun, um die sozialistischen Massenmedien zu einer wirklich scharfen Waffe werden zu lassen, mit der das Volk gegen Bürokratismus, Korruption und andere Fehlpraktiken von Partei- und Regierungsvertretern ankämpfen könne. Leider sei diese Art der Kontrolle durch die Medien in der Vergangenheit allzu sträflich vernachlässigt worden.⁸¹

Die protestierenden Journalisten wußten, wovon sie redeten, da die Medien bis dahin niemals mehr hatten sein dürfen als ein Mundstück der KP-Führung. Nur selten war beispielsweise über Fehler der Obrigkeit, d.h. über Behördenschlamperei, Korruption und "Hintertür-Mißbräuche", dafür um so lautstarker über die "Errungenschaften des Sozialismus" berichtet worden. Häufig auch waren Meldungen erst dann erfolgt, wenn das Ereignis längst der Vergangenheit angehörte, so daß eine "Kontrolle von unten" schon aus diesem Grunde unmöglich war.

Die Leser der Zeitungen und Zeitschriften reagierten entsprechend: Sie nahmen die eigenen Massenkommunikationsmittel nämlich entweder überhaupt nicht mehr zur Kenntnis oder aber griffen, wo immer möglich, auf ausländische Informationen zurück.

Nach dem Tiananmen-Massaker am 5. Juni bekamen die widerspenstigen Journalisten, die sich noch am Vortag zu weit hervorgewagt hatten, die Ungnade der Partei zu spüren. Sie verschwanden in der Versenkung - nicht jedoch ihre Forderungen, die nach wie vor aktuell bleiben, auch wenn sie durch verschämte Zensurmaßnahmen in Schranken gehalten werden.

Wichtigstes Organ für diese Überwachung ist ein staatliches Presseamt, nämlich die direkt dem Staatsrat unterstellte "Behörde für Presse und Verlagswesen" (*xinwen chuban shu*) [57], die im Januar 1987 als Nachfolgerin anderer "medienbeauftragter" Organe eingerichtet wurde und deren Aufgabe es sein sollte, den "Vier Grundprinzipien" im Medienbereich zur Geltung zu verhelfen.⁸² Vorgängerin war das "Staatliche Amt für Publikationswesen", *guojia chubanjū* [58]. Das neue Amt verwahrte sich a limine gegen den Begriff "Zensur" und sprach statt dessen immer nur von "Erziehung". Vor allem im Gefolge des "4. Juni" kam es aber dann doch zu haarsträubenden Nachzensurmaßnahmen, sei es nun, daß Dutzende von

"bürgerlichen" Journalisten entlassen wurden, sei es, daß ganze Zeitungen dichtmachen mußten. Sogar bis nach Hongkong reichte der lange Arm der Beijinger Zensur: Dort nämlich wurde Mitte Juli 1989 der Chefredakteur der in der Kronkolonie erscheinenden KP-Zeitung *Wen Wei Po* (*Wenhui bao*) wegen seiner Berichterstattung zu den Juni-Ereignissen aus dem Amt entlassen.⁸³

Im Nachhall zu den Tiananmen-Ereignissen erging Ende November 1989 der Aufruf Li Ruihuans, des für Propagandaangelegenheiten zuständigen Mitglieds des Ständigen Ausschusses des Politbüros, daß in Zukunft die Pflicht zu positiver Propaganda wieder stärker beachtet werden müsse. Neun Zehntel eines Berichts müßten den hellen, und nur ein Zehntel dürfe den düsteren Aspekten gewidmet sein. "Positiv" seien, wie es in dem Dokument hieß, all diejenigen Dinge, die den Menschen dazu ermutigen, für den Wohlstand und die Stärke der Nation sowie für das Glück des Volkes und für den sozialen Fortschritt zu kämpfen".

Die Wunde von 1989 schwärte noch lange Zeit weiter und veranlaßte die Überwachungsbehörden zu Mißtrauen und Übervorsicht, auch wenn jetzt die politischen Begründungen für Verbote und Sanktionen immer mehr moralischen Argumenten Platz machten. So wurde beispielsweise im Jahre 1992 ein Verleger, der zwischen November 1988 und Juli 1989 angeblich 1,8 Mio. illegale Schriften gedruckt und vertrieben hatte, zu einer "Todesstrafe, jedoch mit zweijährigem Bewährungsaufschub" verurteilt. Der Hauptvorwurf lautete nun nicht mehr, wie es bei dieser Strafe zu erwarten gewesen wäre, auf Verletzung von Staatsgeheimnissen oder auf "Staatsgefährdung", sondern etwas vage auf "Pornographie". Letztlich freilich ließ sich die Schwere der Strafe nur damit erklären, das offensichtlich ein publikationspolitisches Exempel statuiert werden sollte.⁸⁴

Zu den besonders unerwünschten Publikationen, die angeblich nicht selten auch ins "Pornographische" hinüberspielen, gehören inzwischen auch die immer zahlreicheren Biographien über KP-Größen, von denen allein 1992 nicht weniger als 37 erschienen sind und die nach Meinung der Behörden das Ansehen der zumeist als Negativ-Helden Portraitierten sowie das Prestige von Partei und Staat schädigten.⁸⁵ Zwar waren bereits 1990 Bestimmungen gegen Enthüllungs-"Machwerke" dieser Art erlassen worden - genützt haben sie jedoch offensichtlich wenig. 1993 wurden deshalb Ergänzende Vorschriften herausgegeben, die nicht nur die Verbreitung von Gerüchten und "erfundenen Anekdoten" unter Strafe stellen, sondern die Veröffentlichungen über Leben und Werk wichtiger Führer von Partei und Staat, sei es nun in Buchform, als Film oder als Fernsehspiel, von vornherein zu unterbinden suchen. Veröffentlichungen dieser Art seien nur zulässig, wenn sie vorher genehmigt wurden, heißt es.

Besonderes Aufsehen erregte ein Fernsehbericht über das versteckte Liebesleben Mao Zedongs, den die BBC anlässlich des 100. Geburtstags des "Vorsitzenden" am 20. Dezember 1993 ausstrahlte und gegen dessen Sendung die chinesische Botschaft in London schon vorher Protest eingelegt hatte.

"Pornographie" und ähnliche diffuse Vorwürfe sorgen nach wie vor für beträchtliche Unberechenbarkeit der Zensur. Mit Imponderabilien haben übrigens nicht nur

Buch- und Zeitungsverleger, sondern auch die Hersteller von Filmen zu rechnen, die stets unter vollem Risiko arbeiten. Kein Wunder, daß vor allem die Filmemacher der vielzitierten "fünften Generation", allen voran Chen Kai-ge und Zhang Yimou, immer wieder Beschwerde führen: Auf der einen Seite würden ihre Filme international mit Preisen überschüttet, auf der anderen Seite aber versperre man ihnen in China den Zugang zu den Lichtspielhäusern, zum Fernsehen und nicht zuletzt auch zu den I. Internationalen Filmfestspielen in Shanghai.⁸⁶

Da die Zensurbehörden offensichtlich "unbelehrbar" bleiben, hat der Medienalltag sich auf diverse Mittel und Wege besonnen, um ihre lästigen Einmischungsversuche loszuwerden - oder sie wenigstens zu entschärfen:

Da ist erstens die Samisdat-Literatur, die "unter der Hand" hergestellt und vertrieben wird. Zweitens ist es mittlerweile zu zahlreichen Vernunftfehen zwischen Privatverlegern und - man höre und staune! - Partei- sowie Staatsverlagen gekommen. Dabei stehen beiderseits höchst handfeste Überlegungen im Vordergrund: Während die privaten Herausgeber sich häufig mit "Sex and Crime" sowie mit Klatschgeschichten über Prominente eine goldene Nase verdienen, dafür aber im Gegenzug mit Publikationslizenzen kurzgehalten werden, leiden die offiziellen Verlage gerade umgekehrt unter chronischen Absatzproblemen, da sie keine "prickelnden Stoffe" bieten und deshalb häufig "auf Halbe produzieren" sowie auf dem Bücher-, Zeitungs- und Zeitschriftenmarkt immer wieder einbrechen. Dafür verfügen sie aber über um so mehr freie ISBN-Lizenznummern, mit denen sich, falls die Fraternisierung mit der Privatkonkurrenz gelingt, beträchtliche Einnahmen erzielen lassen. Kein Wunder, daß die staatlichen Funktionäre der Versuchung zu solchen "Tauschgeschäften" allzu schnell erliegen - und sich damit den Vorwurf einhandeln, dem Vordringen der "Pornographie" und anderer "geistiger Opiate" Vorschub zu leisten.

Da sich der Handel mit ISBN-Buchnummern freilich als sprudelnde Einkommensquelle erweist, pflegen solche Verbote und moralischen Mißbilligungen des Staatsrats und des ZK⁸⁷ schnell zu verpuffen.

Das Dilemma, das hier auftaucht, ist symptomatisch für Chinas Presseorgane und Buchverlage, die sich insgesamt auf einer schwierigen Gratwanderung befinden: Einerseits sollen sie sich - ganz im Gegensatz zur guten alten Zeit - selbst finanzieren, doch andererseits wird ihnen durch die Weisung, auf Parteilinie zu bleiben, viel von ihrer Publikationswirksamkeit - und Lesbarkeit! - geraubt.

Ob die Kontrollorgane allerdings auf Dauer die überschäumende Fülle von neuen Zeitungen und Zeitschriften im Blick behalten können, ist eine andere Frage. Gelingen könnte es ihnen nur, wenn entweder die Zahl der Publikationen wieder eingeschränkt oder aber der Zensurapparat vergrößert würde - ein langfristig offensichtlich hoffnungsloser Kampf gegen die Auswirkungen der "Türöffnung", der vor allem im umtriebigen Südostchina schon heute auf verlorenem Posten zu stehen scheint.

6.2.4.2

Die Machart der Medien

30 Jahre lang, von 1949 bis 1979, waren die chinesischen Medien ein Aufmarschgelände für Jubelberichte gewor-

den. Gesellschaftskritik durfte nur am ausländischen Kapitalismus, am "Imperialismus" und an feudalistischen sowie "revisionistischen" Übeltaten der Gegner Mao Zedongs geübt werden, wobei grelle Schwarz-Weiß-Malerei vorgeschrieben und abgewogene Beurteilungen der "Feinde des Volkes" verpönt wurden. Als hätte man den Leser noch vollends vergraulen wollen, waren die Artikel meist auch noch "lang und stinkend wie die Fußlappen einer Schlampe" (*lan poniangde lijiao, you chang you chou*) [59], so ein ungnädiger Kommentar des "Vorsitzenden", der freilich selbst an der Herauentwicklung dieses Stils keineswegs unschuldig war!

Da der Leser so wenig Interesse zeigte, versuchte die Parteipresse, ihm das Interesse wenigstens einzureden und unterstellte ihm bisweilen ein veritables Polit- oder aber "Kulturfieber".⁸⁸

Auch die reformerische Pressepolitik zeigte sich wenig großzügig. Als Presse, Rundfunk und Verlage nach Ausrufung des neuen Kurses "loslegten" und die vermeintlich günstige Strömung des "Beijinger Frühlings" nutzen wollten, sahen sie sich bereits im März 1979 mit den "Vier Grundprinzipien" konfrontiert, in denen die VRCh auf den Fortbestand des Führungsmonopols pochte. Auch in den 90er Jahren gehören die Vier Grundprinzipien nach wie vor mit zum Kanon der reformerischen Führung.

Wer sich im Unterholz der Kritik verrennt und die "hellen Seiten des Sozialismus" zu wenig nach außen kehrt, sieht sich schnell mit Sanktionen, wenn nicht mit Berufsverbot konfrontiert - sowie mit dem bereits zitierten kategorischen Imperativ, daß neun Zehntel eines Berichts den hellen und nur ein Zehntel den düsteren Seiten des Lebens in der VR China gewidmet sein müßten.

Da die meisten Presseorgane heutzutage ins kalte Wasser der "Wirtschaftlichkeit" geworfen worden sind, stehen ihre Herausgeber schnell vor der Frage, wie "politische Parteilichkeit" und empirisches Leserinteresse miteinander zu versöhnen seien. Längst hat sich hier ein gangbarer Mittelweg herausgestellt, der von den Zensurbehörden freilich keineswegs goutiert zu werden scheint: Wofür sich der chinesische Leser, Hörer und Fernsehkonsument am meisten interessiert, sind nach Meinung der "Macher" nicht geschichtliche Daten, sondern "Geschichten", nicht Historia, sondern Gesta, nicht Realien, sondern Personalien und nicht harte Sachberichte, sondern eher weiche Klatschgeschichten.

Kein Wunder, daß vom verstorbenen Vorsitzenden Mao Zedong weniger die historischen Großtaten, als vielmehr die kleinen Skandale des maoistischen Lebensabends Interesse auf sich ziehen und daß Mao heutzutage hauptsächlich als greiser Tanzbeinschwinger oder aber als "lüsterner Kaiser" (*fengliu huangdi*) ins Gerede gekommen ist, dem sein Wachbataillon 8.341 häufig junge Mädchen zuführte, während seine Ehefrau Jiang Qing sich ihre eigenen Liebhaber hielt, u.a. auch jenen jungen gutaushenden Aufsteiger Wang Hongwen, der den "Januar-Aufstand" von 1967 in Shanghai inszeniert hatte, und der später, 1973, zur Nr.2 in der chinesischen Führungsriege - gleich hinter Mao Zedong - aufgerückt war. Auch der Tod des später als Mitglied der "Viererbande" bis zuletzt eingekerkerten Wang i.J. 1992 erregte allgemeine Aufmerksamkeit.⁸⁹

Bücher von ehemaligen Konkubinen des Vorsitzenden erreichen Bestsellerwerte. Zahlreiche Chinesen können sich gar nicht genug damit tun, die "moralisch einwandfreien" Parteispitzenführer Zhou Enlai und Zhu De mit dem Vorsitzenden in Kontrast zu setzen.

Auch an Deng Xiaoping scheinen vor allem die Kleinigkeiten Interesse zu wecken, sei es nun, daß seine Verbannungsjahre 1977/78 oder aber die Mitglieder und die Eigenheiten seiner Familientourage bis in die Einzelheiten nachgezeichnet werden. Besondere Neugierde erweckte längere Zeit seine berühmt gewordene "Reise nach dem Süden" im Frühjahr 1992, bei der er von seiner Ehefrau Zhuo Lin und seinen beiden Töchtern Deng Nan (45) und Deng Rong (42) (familiärer Kosenamen: Mao Mao) sowie vom Privatsekretär Wang Ruilin (63) begleitet wurde: Der "Sekretär" ist nicht nur, wie jedermann in China weiß, ZK-Mitglied, sondern auch Stellvertretender Direktor des ZK-Hauptbüros und Sekretär der Disziplinarkontrollkommission im ZK-Militärausschuß - also eine Art "politischer Wachhund" sowohl in der Parteizentrale als auch in der zentralen Militärführung. Seit 1949 steht er in Dings Diensten, erscheint als eine Art alter ego des "Kaisers" und scheint sich nie weiter als drei Meter von ihm wegzubewegen - eine Art Genrefigur!

Die beiden Töchter dagegen wechseln sich bei der Begleitung ihres Vaters meistens ab. Fast immer zum linken Ohr des fast 90jährigen gewendet, dienen sie als eine Art Sprachvermittler, da Deng nicht nur schwerhörig ist, sondern auch einen guttural-schwer verständlichen Sichuan-Dialekt spricht.

Tagesgespräch in der chinesischen Öffentlichkeit ist auch, wie gut Deng für seine Töchter gesorgt hat: Deng Nan ist verheiratet mit He Ping, dem Präsidenten der Firma Poly Technologies Inc., einem der Hauptwaffenexporteure Chinas und Direktor der CITIC, dem Hauptinstrument für die Genehmigung von chinesisch-ausländischen Joint Ventures, also eines höchst "profitablen" Postens. Formell leitet sie stellvertretend die Zentrale Kommission für Wissenschaft und Technik. Ihrem Vater dient sie als eine Art Stenografin, Protokollantin und Interpretin. Deng Rong bekleidet zwar keine offizielle Position, schwimmt aber auf einer Woge des Wohlwollens der Partei und kann sicher sein, daß ihr, der verwöhnten "Mao Mao", jedermann die Wünsche von den Augen abliest. Kein Wunder, daß sie bei der PR-Arbeit für ihren Vater besonders nützlich ist.

Die anderen drei Kinder Dings gehören zwar nicht zur ständigen Begleitung ihres Vaters, üben aber, als "Prinzen" (*taizi*) und Prinzessinnen tragende Funktionen aus, so z.B. Deng Pufang (59), der von Rotgardisten während der Kulturrevolution aus dem Fenster gestürzt wurde und seitdem an einer Querschnittslähmung leidet; seit Jahren nimmt er die Rolle eines Vorsitzenden des Chinesischen Behindertenverbands wahr und wurde 1989 von den demonstrierenden Studenten übrigens beschuldigt, in dieser Eigenschaft an großdimensionierten Schiebergeschäften beteiligt gewesen zu sein. Sein Bruder Deng Chifang hat in den USA Physik studiert und arbeitet in der CITIC, der ja sein Schwager He Ping vorsteht und die wiederum im gleichen Gebäude angesiedelt ist wie die erwähnte "Poly Technologies Inc.". Dings dritte Tochter, Deng Lin (52), ist Malerin.⁹⁰

Längst haben die "Macher" auch die Erfahrung verinnerlicht, daß nicht unbeträchtliche Leseanreize von Andeutungen und Vermutungen ausgehen, also von diffusen Anspielungen, an deren Zustandekommen die Geheimnistuerei der Führung und ihrer Behörden nicht ganz unschuldig sind. Ein Beispiel dafür waren die Meldungen über eine angeblich schwere Erkrankung des chinesischen Ministerpräsidenten Li Peng im Frühjahr 1993, die sich⁹¹ folgendermaßen zusammenfassen lassen, wobei die Zusammenfassung unter der Hand zur Kolportage wird:

"Li Peng bekommt einen Schnupfen, weil er im Regen spazierengegangen ist. Aufgrund von Arbeitsüberlastung verschleppt er seine Erkältung und fängt sich so eine fiebrige Lungenentzündung ein. Da Li gleichzeitig auf einer parteiinternen Sitzung von einigen Revolutionsveteranen kritisiert wird, erleidet er einen ersten Herzinfarkt. Während er sich anschließend gerade erholt, wird ihm zugetragen, daß sein Gegenspieler, Zhu Rongji, ihn wirklich gut vertritt. Li regt sich darüber derart auf, daß er einen zweiten Herzinfarkt erleidet. Dies erfordert eine Bypass-Operation. Bei den ärztlichen Untersuchungen wird nebenbei festgestellt, daß Li auch noch an Leberkrebs im Frühstadium leidet." Fast die gesamte Krankengeschichte erwies sich ex post als aus der Luft gegriffen und wurde von den chinesischen Medien auch dadurch konterkariert, daß sie Fotos mit einem Li Peng präsentierten, der sich, nur mit Badehose angetan, offensichtlich bei bester Gesundheit am Meeresstrand tummelt. Letztlich erweisen sich Medienausrutscher dieser Art als Eigentore einer schwerfälligen Zensurpraxis.

6.2.4.3

Sparten

Aus welchen Quellen informiert sich der chinesische Durchschnittsbürger - und wie kann er sich eine eigene Meinung bilden?

Im vorliegenden Zusammenhang ist vor allem auf Zeitungen und Zeitschriften sowie auf Rundfunk und Fernsehen einzugehen. Bücher sollen nur am Rand, Filme in einem späteren Kontext behandelt werden.

6.2.4.3.1

Printmedien

Jeder kulturstolze Chinese weiß, daß China das Land mit der weitaus ältesten Zeitungstradition ist. Die ersten Zeitungen erschienen im Reich der Mitte bereits zu Beginn des 12.Jh., und zwar in der damaligen Song-Hauptstadt Kaifeng: Dabei handelte es sich um die sog. *xiao bao* [60] (Kleine Zeitungen), die noch mit Holzdruckstöcken hergestellt wurden.

Auch in der Volksrepublik haben Zeitungen und Zeitschriften von Anfang an einen überragenden Stellenwert bei der Information und "Ausrichtung" (*zhengfeng*) [61] der "Volksmassen" angenommen.

1990 belief sich die Zahl der Zeitungen in der Volksrepublik auf 773⁹² und die der Zeitschriften auf 5.751.⁹³ Noch Anfang 1989 hatten diese Zahlen weitaus höher gelegen, doch mußten sich die einzelnen Publikationsorgane nach der Niederschlagung der Studentenbewegung vom 5.Juni einer Neuregistrierung durch das staatliche "Presse- und Publikationsamt" unterziehen, wobei 169 Zeitungen auf der Strecke blieben, und zwar mit der

Begründung, daß sie die Führungsrolle der KPCh in Zweifel gezogen und damit ihren Unwillen bekundet hätten, der Partei weiterhin als Sprachrohr zu dienen.

Eine politische Überprüfung der Presseorgane hatte es übrigens auch schon nach den Studentendemonstrationen von 1986 gegeben.⁹⁴

Gerade in solchen Krisensituationen kann die Führung immer wieder mit Befriedigung feststellen, welche überragende Bedeutung den zentral gelenkten - und damit wirklich zuverlässigen - "Sieben Zeitungen und Zeitschriften" zukommt. Zu diesen sieben Schwestern gehören die *Volkszeitung (Renmin Ribao)*, die *Zeitung der Befreiungsarmee (Jiefangjun bao)*, die *Arbeiterzeitung (Gongren Ribao)*, die *Chinesische Jugendzeitung (Zhongguo Qingnian bao)*, die *Hintergrundinformationen (Cankao xiaoxi)* sowie die erst im Juli 1990 neu gegründete Zeitschrift *Wahrheitssuche (Zhenli de zhuiqiu)*. [62]

Während der letzten zehn Jahre der Mao-Ära hatte es demgegenüber lediglich "Zwei Zeitungen und eine Zeitschrift" (*liangbao yikan*) [63] gegeben, die direkt der ZK-Zentrale unterstanden, nämlich die RMRB, die GMRB und die *Rote Fahne*, die mit dem Beginn der Reformzeit durch die *Wahrheitssuche* ersetzt wurde.

6.2.4.3.1.1

Allen voran: Die RMRB und ihre sechs Schwestern

Das mit Abstand wichtigste Presseorgan, aus dem Behördenangestellte, VEB-Arbeiter und Massenorganisationen den Honig ihres politischen Wissens und ihrer "politischen Meinungen" saugen, ist die *Renmin Ribao (Volkstageszeitung)*, offizielles Sprachorgan des ZK der KPCh, die täglich in einer Auflage von rd. 6 Mio. Exemplaren erscheint, und zwar zumeist achtseitig, manchmal auch zwölfseitig. Noch in den frühen 80er Jahren umfaßte die Sonntagsausgabe lediglich vier Seiten, sie ist in der Zwischenzeit aber ebenfalls auf acht Seiten angewachsen.

Auf Seite 1 finden sich die aktuellen Hauptthemen aus dem In- und Ausland sowie der eine oder andere Kommentar, der häufig "kursiv" gesetzt und im Kasten präsentiert wird. Seite 2 ist in einer schwarzen Balkenüberschrift mit "Wirtschaft" überschrieben und enthält Berichte sowie Gesetzesbestimmungen zum Bereich der Ökonomie. Seite 3 gehört, wie es wiederum im Balken expressis verbis heißt, der "Politik, dem Recht und der Gesellschaft", Seite 4 dem *yao wen* (wörtlich: "wichtige Nachrichten" oder "was man so hört"), Seite 5 der "Theorie" (*lilun*), Seiten 6 und 7 der internationalen Politik und Seite 8 dem *wenyi pinglun* [64] - wörtlich: der "Diskussion über Literatur und Kunst".

Freilich handelt es sich hier nur um ein Grundschema. Variationen sind möglich. Auf Seite 3 heißt die Überschrift beispielsweise manchmal "Erziehung, Wissenschaft, Kultur" oder auf Seite 8 "Vermischtes" (*fukan*) [65]. Im großen und ganzen aber wird das Grundschema durchgehalten.

Bei den zwölfseitigen Ausgaben erscheinen auf Seite 9 meist Regionalberichte, auf Seite 10 Angelegenheiten der Minderheiten (wörtlich: *minzu da jiating*) [66] ("die große Familie der Nationalitäten"), auf Seite 11 Sportberichte und auf Seite 12 wiederum "Vermischte" (Mitteilungen).

Die Zeitung wird in Beijing, darüber hinaus aber auch noch in zwei Dutzend anderen Städten gedruckt, die die Vorlagen entweder auf dem Funkweg oder in Form von Druckplatten per Flugzeug erhalten. Außerdem wird die RMRB in Hongkong sowie in Tokyo gedruckt.

Seit Mitte der 80er Jahre gibt es auch eine spezielle Auslandsausgabe, die vor allem für Auslandschinesen gedacht ist.

Die *Volkszeitung* hat in etwa das gleiche Format wie die deutsche FAZ oder *Die WELT*, sie ist aber etwas unpraktisch in der Handhabung, da sie nicht fortlaufend paginiert ist, sondern Seite 5 bereits unmittelbar auf Seite 2 folgt: Zuerst werden die ersten vier Seiten gedruckt, dann die letzten vier Seiten - und die letzteren sodann in die ersteren eingeschlagen.

Andererseits sind die Leseleisten "griffig" gestaltet: Große plakative Überschriften, kleinere Zwischentitel und sodann Texte, die sich mit einer Spaltenbreite von 4 bis 5 cm begnügen. Außerdem variiert die Anordnung der Texte: Wichtige Kommentare sind, wie bereits erwähnt, kursiv gedruckt und heben sich so deutlich von den anderen Texten in "Normalschrift" ab. Manchmal werden Kommentare und besonders wichtige Mitteilungen waagrecht (von links nach rechts), manchmal in der traditionellen Art und Weise aber auch senkrecht, d.h. von rechts oben nach links unten, abgesetzt. Diese Anordnung mag dem Ausländer zwar prima facie etwas verwirrend erscheinen, bereitet aber dem chinesischen Leser nicht die geringsten Schwierigkeiten, ja, wird von ihm sogar begrüßt, weil sie "auflockern". Als angenehm gelten auch die vielen Bilder, die zumeist allerdings einem etwas strengen Schema folgen und deshalb ritualisiert - sowie auswechselbar - wirken.

Der Zeitungsschriftzug *Renmin Ribao* am Kopf jeder Ausgabe erscheint nach wie vor in der Kalligraphie Mao Zedongs.

Berichte in der RMRB sind nicht immer das, was sich ein westlicher Leser unter realitätsnaher Zeitungsberichterstattung vorstellt. Immer ist hier irgendwo ein Schematismus im Spiel, z.B. wenn es über "die" Ausländer geht. Im großen und ganzen lassen sich hierbei vier Typen unterscheiden, nämlich der Revolutionär, der Wissenschaftler, der Geschäftsmann und der Feind. Der "Revolutionär" (Karl Marx, Friedrich Engels, Lenin, Stalin oder aber der kanadische Arzt Norman Bethune, die noch zu maoistischer Zeit so häufig als Vorbilder herausgestrichen wurden) wird als Typ des internationalen Kämpfers schlechthin präsentiert. Ein "Revolutionär" dieses Zuschnitts gibt seinen Parteigenossen, was der konfuzianisch treue Sohn seinem Vater schuldet. Er opfert sich im Dienste der anderen auf, gönnt sich keinen Augenblick Ruhe und reißt andere mit seinem Charisma und seinem unermüdlichen Einsatz mit sich fort.

"Der" Wissenschaftler andererseits soll mit zwei Eigenschaften für sich einnehmen, nämlich durch Fleiß und Bescheidenheit. Als Beispiele tauchen hier immer wieder Marie Curie, Thomas A. Edison und Albert Einstein auf.

Weniger liebenswürdig tritt andererseits "der" ausländische Kaufmann oder Unternehmer zutage, der zwar wegen seiner Effizienz bestaunt wird, gleichzeitig aber im Verdacht steht, Charakterdefizite aufzuweisen.

In vollends grotesker Weise aber findet sich der ausländische "Feind" portraitiert - sei es nun als Ausbeuter, als Rassist oder als Spekulant oder aber all dies auf einmal - als Ausbund eben alles Negativen und Verabscheuenswerten! Die reformerische Presse hat sich hier zwar, verglichen mit den Verteufelungen der Mao-Zeit, inzwischen Zügel angelegt, doch ist die Schwarz-Weiß-Malerei, die übrigens auch in der chinesischen Tradition schon zu Hause gewesen war, noch lange nicht verschwunden.

Neu andererseits sind in der Zwischenzeit Reklameanzeigen in der RMRB, dem Allerheiligsten des ZK - eine noch vor wenigen Jahren undenkbare Profanierung! Nicht, daß die acht Standardzeitungen mit Reklame geradezu übersät wären, doch fordert das Anzeigenwesen inzwischen auch hier seinen Tribut - und seinen Platz! In der Ausgabe vom 22. April 1994 beispielsweise beanspruchten Reklamekästen von den insgesamt acht immerhin fast eine ganze Seite. Dabei handelte es sich um Werbeanzeigen für chinesische Maschinenbau- und Elektroprodukte oder auch um Hinweise auf ausländische Produkte, z.B. um eine Anzeige für die Schreibmaschine Optima der deutschen Firma Olympia.

Die RMRB erscheint als Organ der Zentralen Führung. Anders als in der ehemaligen Sowjetunion hat es die Unterscheidung zwischen KP-Organ (*Prawda*) und Regierungsorgan (*Iswestija*) nie gegeben.

Neben dem Zentralorgan bringen die Parteikomitees der 30 Provinzeinheiten noch ihre eigenen Lokalpresseorgane heraus, die hauptsächlich auf Regionalbelange zugeschnitten sind.

Die RMRB wird, genauso wie ihre regionalen Varianten, nicht im Straßenhandel angeboten, sondern geht den Behörden, Staatsbetrieben und Massenorganisationen direkt auf dem Dienstweg zu.

6.2.4.3.1.2

Schichtenspezifische Organe und Fachzeitungen

Während die RMRB und ihre lokalen Ableger sich theoretisch an jedermann wenden, gibt es daneben "schichtenspezifische" Organe, nämlich die *Gongren Ribao* ("Arbeiterzeitung"), die *Jiefangjun bao*, ("Zeitung der Befreiungsarmee"), die *Guangming Ribao* ("Zeitung des weiten Glanzes", das Organ für die Intellektuellen), die *Zhongguo nongmin bao* ("Chinesische Bauernzeitung"), die *Zhongguo qingnian bao* ("Chinesische Jugendzeitung"), die *Zhongguo shaonian bao* ("Chinesische Kinderzeitung") und viele andere. [67]

Eine dritte Kategorie bilden die Fachzeitungen, z.B. die *Tiyu bao* ("Sportzeitung"), die *Jiankang bao* ("Gesundheitszeitung"), die *Zhongguo fazhi bao* ("Zeitung für das chinesische Rechtssystem"), die *Lüyou tongxun* ("Tourismussachrichten"), die *Beijing yinyue bao*, ("Beijinger Musikzeitung"), die *Shichang bao*, ("Markt-Zeitung") u.dgl. [68]

In politisch hochbrisanten Zeiten, wie beispielsweise der Kulturrevolution, hatten viele dieser Zeitungen für eine besondere Leserschicht ihr Erscheinen einstellen oder aber sich mit dem "Einheitsbrei" der allgemeinen Berichterstattung und Kommentierung arrangieren müssen.

Seit Beginn der Reformen jedoch haben sie ihr Sonderprofil zurückgewonnen und beim Leser neu Anklang finden können, allen voran beispielsweise die obenerwähnte "Marktzeitung".

6.2.4.3.1.3

Cankao - Mitteilungen als Instrument der Informations-Hierarchisierung

Als vierte Nachrichtenategorie sind noch die eher "informellen" Organe zu erwähnen, die nicht der breiten Öffentlichkeit, sondern nur handverlesenen Organisationen oder aber bestimmten Rängen in der Behördenhierarchie zugänglich gemacht werden, nämlich das zweimal täglich erscheinende interne Informationsblatt mit Übersetzungen aus der Weltpresse namens *Cankao ziliao* [69] ("Informationsmaterialien"), das lediglich Spitzenkadern in Partei und Regierung zugänglich ist, sowie die *Cankao xiaoxi* [70] ("Informationsnachrichten"), die (seit 1957) für Subalternbeamte sowie Mitglieder in Massenorganisationen bereitstehen.

Die unterschiedliche Tiefenschärfe, auf die diese Organe eingestellt sind, läßt eine weitere Eigenart der offiziellen Nachrichtenpolitik deutlich werden, nämlich eine exakten Hierarchievorstellungen gehorchende Informationsdosierung und -parzellierung, die zur Entstehung scharf abgestufter "Wissenseliten" führt. Einen wirklich umfassenden Überblick konnten lange Zeit nur Spitzenpolitiker gewinnen, denen damit de facto auch das Entscheidungsmonopol in den Schoß fiel. Je tiefer ein Funktionär auf der Machtleiter stand, um so sektoral-begrenzter und bruchstückhafter auch sein Durchblick. Wer gar an der Basis angesiedelt war - die vielzitierten "Massen" - blieb auf die Informationsbrosamen angewiesen, die der Zensurapparat für ihn übrigließ. Wenn Wissen Macht ist, mußten die Partizipationschancen schon aus diesem Dosierungsgrund bescheiden bleiben. Erst im Zeichen der Reformen zeigen sich auch hier Aufweichungserscheinungen.

Hier ein Beispiel für Wissensparzellierung der eben geschilderten Art:

1983 erschien in der amerikanischen Zeitschrift *Christian Science Monitor* ein positiv-kritischer Bericht über Taiwan, der in der Volksrepublik aufgenommen und auf drei Ebenen "weiterverarbeitet" wurde: In den *Cankao ziliao*, die ja für Spitzenkader bestimmt sind, erschien der Artikel ungekürzt. In den *Cankao xiaoxi*, also den Mitteilungen für Subalternbeamte, waren die allzu positiven Stellen durch entsprechende Streichungen retuschiert worden, und in der Fassung, wie sie schließlich "ganz unten", nämlich in der allgemeinen Tagespresse erschien, kamen überhaupt nur noch die kritischen Anmerkungen "herüber".

Das *Cankao*-Material sorgte übrigens auch in medienpolitischen Abmagerungsperioden wie der Kulturrevolution dafür, daß zumindest die mittleren Chargen nicht gänzlich uninformiert blieben. So wurde über die seinerzeit sensationelle Mondlandung der US-Raumfahrt zwar nicht in der allgemeinen Tagespresse berichtet - dies wäre einer Akklamation gleichgekommen -, wohl aber erschienen einschlägige Abdrucke in den *Cankao xiaoxi*.

6.2.4.3.1.4

Zwei Agenturen; Verlagswesen

Zwei Nachrichtenagenturen gibt es in China, nämlich die *Xinhuashe*, also die offizielle staatliche Agentur, die Zei-

tungen und Rundfunkstationen im Inland mit Nachrichten und Fotos versorgt, die in fünf Sprachen fürs Ausland sendet und täglich ein Nachrichtenbulletin in chinesischer, arabischer, englischer, französischer, russischer und spanischer Sprache herausbringt, das mit "XNA" zitiert wird, sowie den "China Nachrichtendienst" (*Zhongguoxinshe*), der sich hauptsächlich an die Auslandschinesen wendet. Die Agentur *Xinhua* unterhält auch die *Xinhua shudian* [71] ("Xinhua-Buchhandlung"), die 1987 ihr 50jähriges Bestehen feiern konnte. Gegründet am 24. April 1937 in Yan'an hatte sie bereits 1945 in sämtlichen "Befreiten Stützpunktgebieten" ein Vertriebsnetz aufgebaut und sich dann im Anschluß an die "Befreiung" über die ganze Volksrepublik verbreitet. Seit 1950 gab es drei Zweige des ursprünglichen Verlags, die als selbständige Einheiten auftraten, nämlich die bereits erwähnte *Xinhua-Buchhandlung*, ferner den "Volksverlag" (*renmin chubanshe*) und die *Xinhua-Druckerei*.

Noch Ende der 80er Jahre wurden etwa 90% aller in China publizierten Bücher über *Xinhua*-Buchläden vertrieben, die vor allem in den Städten mit rd. 9.000 Filialen vertreten waren.

Zum Kummer der Regierung tauchten dann allerdings seit den 80er Jahren zahlreiche nichtlizenzierte Verlage auf, die von geschäftstüchtigen Kleinunternehmern und von Privatdruckereien gegründet worden waren und die sich von Anfang an Verfolgungen ausgesetzt sahen, weil sie, wie es hieß, fast nur Pornographie, Aberglauben, Kriminal- und Sensationsromane sowie andere Schundliteratur in Verkehr brächten. Ärgerlich noch: Diese "Literatur"-Richtung ist zwar (wie ja überhaupt jede private Verlagstätigkeit) offiziell verboten, doch fanden die Produkte dieser Untergrundverlage bei der Bevölkerung reißenden Absatz, obwohl die Behörden alles andere als untätig blieben: so wurden beispielsweise allein 1986 über 10 Mio. Exemplare von rd. 1.000 unzensierten Buch- und Zeitschriftentiteln konfisziert und vernichtet.⁹⁵

6.2.4.3.1.5

Die Printmedienkonjunktur im Spiegel der Zahl

Was die Publikationstätigkeit anbelangt, lohnt sich ein Vergleich Chinas mit Deutschland, wobei hier vorrangig drei Printmedien miteinander verglichen seien, nämlich Bücher, Zeitschriften und Zeitungen. Zu bedenken ist hierbei, daß die deutsche Bevölkerung nur etwa ein Zwölftel der chinesischen ausmacht.

An Büchern brachte die Volksrepublik 1990 80.224 Titel heraus,⁹⁶ das wiedervereinigte Deutschland 67.890 (alte Länder: 61.015),⁹⁷ wobei in der deutschen Statistik lediglich die Neuerscheinungen aufgeführt sind, während unter der chinesischen Titelproduktion auch Nachdrucke enthalten sein können.

Die Zahl der Zeitschriften betrug in China i.J. 1990 5.751,⁹⁸ in Deutschland 8.106⁹⁹ und die der Zeitungen in China 773,¹⁰⁰ in Deutschland 352, wenn man nur die Hauptausgaben - jedoch zusätzliche 881, wenn man auch die Nebenausgaben mitrechnet.¹⁰¹

Hat also Deutschland, nach Titeln bemessen, bei den Printmedien in allen drei Bereichen (auch bei der Neuproduktion von Büchern) die Nase vorn, so übertrifft China die deutsche Produktion bei weitem an Auflagen-

höhe. So lag z.B. die Zahl der 1990 in China gedruckten Zeitschriften bei 1,79 Mrd. Stück,¹⁰² die der deutschen Zeitschriften im selben Jahr aber nur bei 328 Mio.¹⁰³

Obwohl Deutschland als hochindustrialisierte (und z.T. postindustrielle) Gesellschaft den erwartungsgemäßen Vorsprung besitzt, wird bei einem solchen Vergleich doch auch deutlich, daß China längst kein Durchschnittsland der Dritten Welt mehr ist, sondern daß es sich hier um eine Gesellschaft mit literarischer Tradition handelt, deren Kommunikationsmethoden nur vorübergehend aus dem Tritt gekommen sind und die sich im Augenblick darum bemüht, verlorengegangenes Terrain wiedergutzumachen.

Hierbei befindet sich die Entwicklung in einem heftigen Auf und Ab. Vor allem die als langatmig empfundenen hochhoffiziellen Zeitungen erleiden seit Beginn der Reformen stark sinkende Auflagen. Hatte das ZK-Organ RMRB 1978 noch 4,8 Mio. verkaufen können, so war der Absatz 1987 auf 3,5 und 1991 sogar auf 2,7 Mio. gesunken. Vom ZK-Theorieorgan *Wahrheitssuche* waren 1989 noch 950.000, 1991 aber nur noch 620.000 abgesetzt worden.

Da der Verkauf dieser Presseorgane durchaus auch ein Gradmesser für das Ansehen der Parteiführung ist, offenbart sich in dem hier durch Zahlen angedeuteten Sinkflug zugleich auch eine drastisch dahinschwindende Popularität der KPCh - und dies sogar unter Parteimitgliedern, die ja zu den Hauptabonnenten gehören!¹⁰⁴

6.2.4.3.2

Rundfunk

Während in den Jahren der Republik zumeist nur die Stadtbewohner Rundfunksendungen empfangen konnten, wurde das Funkwesen sogleich nach der "Befreiung" auch auf den Dörfern so zügig ausgebaut, daß Anfang der 90er Jahre immerhin 76% der Gesamtbevölkerung durch die staatlichen Programme erreicht werden konnten.

1990 gab es in der Volksrepublik 635 Rundfunkstationen und darüber hinaus noch 2.466 Drahtfunkstationen in Kreisen und Städten mit einem Gesamtpersonal von rund 360.000 Mitarbeitern.¹⁰⁵

Bezeichnenderweise gehörten Anweisungen des Staatsrats über die Errichtung von Drahtfunkstationen (*shouyinzhan*) [72] zu den frühesten "Gesetzesmaterien" der VR China.¹⁰⁶

Das 1982 gegründete "Ministerium für Rundfunk, Film und Fernsehen", in dem das frühere Zentrale Amt für Rundfunkwesen aufging, unterhält auf Provinz- sowie Stadt- und Kreisebene Rundfunkämter, die die lokalen Rundfunkstationen überwachen.¹⁰⁷

Dem Ministerium unterstehen neben dem Rundfunk auch noch die Fernseh- und Filminstitutionen sowie zahlreiche weitere Gliederungen, wie etwa die Gramphongesellschaft, die für die Herstellung von Tonträgern zuständig ist, das Ensemble des Chinesischen Rundfunks (westliche und traditionelle Klangkörper), das Rundfunkforschungsinstitut und das Institut für die Ausbildung von Radiojournalisten.

Aufgabe des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen ist es demgegenüber, die *technischen* Einrichtungen zu betreuen.

Rundfunk und Fernsehen unterliegen in der VR China dem staatlichen - und damit letztlich von der KPCh kontrollierten - Funkmonopol. Der Begriff "Privatsendeanstalt" ist in China nach wie vor ein Fremdwort. Auch eine Organisation im Sinne der (deutschen) "Anstalten des Öffentlichen Rechts", deren Aufgabe es ist, der pluralistischen Mitbestimmung über den von verschiedenen gesellschaftlichen Kräften besetzten Rundfunkrat Mitwirkung zu verschaffen, ist in China unbekannt, wie ja überhaupt "Pluralismus" als geschworener Feind der 1979 verkündeten Vier Grundprinzipien gilt.

Das Ministerium für Rundfunk, Film und Fernsehen hat sein Kontrollmonopol über die Herstellung und über den Vertrieb von Ton- und Bildträgern auch in den 90er Jahren noch aufrechterhalten können.¹⁰⁸ Angesichts der Agitprop-Funktion des Rundfunks brauchen chinesische Hörer keine Gebühren zu entrichten - im Gegenteil: Die Vorstellung, daß ein Hörer bloß aus Sparsamkeitserwägungen dem Rundfunkprogramm den Rücken zukehren könnte, ist für einen Parteipropagandisten kaum nachvollziehbar!

Gebühren sind lediglich für die Teilnahme an regulären Funk- und Fernsehuniversitätskursen oder -schulen zu entrichten.

Die mit Abstand wichtigste Sendeanstalt ist der "Zentrale Volksrundfunk", der sämtliche Provinzen versorgt und der unter der Bezeichnung "Radio Beijing" auch internationale - und fremdsprachige - Programme ausstrahlt.

Die tägliche Gesamtseendezeit des Zentralen Volksrundfunks beträgt an die 100 Stunden und wird über fünf Kanäle betrieben. Zwei Kanäle senden in *Putonghua*, also in der modernen Hochsprache, Kanal III wendet sich, und zwar sowohl in *Putonghua* wie auch im Süd-Fujian- und im Hakka-Dialekt, an die Bewohner Taiwans, Kanal IV richtet sich (in mongolischer, tibetischer, uigurischer, kasachischer und koreanischer Sprache) an nationale Minderheiten, und Kanal V versorgt (in *Putonghua*, Cantonesisch, Hakka und *Chaozhou*) verschiedene Auslandschinesengemeinden.

Etwa 15% der Sendezeit besteht aus Nachrichten, 20% aus Fachprogrammen (Sport, Gesundheitswesen, Wissenschaft, Jugendfragen etc.), 60% aus Unterhaltung und die restlichen 5% aus Ansagen, Rundfunkgymnastik etc.

Die Auslandswelle "Radio Beijing" sendet in drei Dutzend Fremdsprachen, in *Putonghua* und in einer Reihe von chinesischen Lokaldialekten.

Lange Zeit waren die Hörfunkprogramme ideologisch überfrachtet und hatten deshalb immer mehr Hörer verloren. Zu neuem Leben konnten sie erst wieder erwachen, als sie, mit Beginn der 90er Jahre, verstärkt auf Hörerwünsche eingingen. Besonders beliebt sind Sendungen, in denen live telefonische Anfragen beantwortet werden oder an denen die Hörer in anderer Weise partizipieren können.

Vier Kategorien von Schnittmustern werden bei diesem Mitmacher-Programm neuerdings unterschieden, nämlich (1) Musikbeiträge, die Hörerwünsche erfüllen; (2) Sendungen, die "Lebensberatung" im weitesten Sinne bieten, angefangen von Rechts- und Gesundheitsfragen bis hin zu Verhaltenstips in psychischen Notlagen; (3) aktuelle Reportagen, die direkt vom Ort des Geschehens übertragen werden - angefangen von Sportveranstaltungen bis hin zu Berichten über Katastropheneinsätze. Hinzu kommen neuerdings noch (4) Beschwerdeprogramme, in deren Rahmen sich die Hörer manchmal sogar mit den zuständigen Öffentlichen Behörden kurzschalten können.

Live-Sendungen dieser Art sind nicht zuletzt deshalb so beliebt, weil die Informationen und Meinungen hier viel spontaner und ungefilterter "herüberkommen" als in den jahrzehntelang von Zensurbehörden ad usum Delphini zurechtgestutzten Sendemanuskripten.

Der Einfluß von Hörfunksendungen ist nicht zuletzt auch deshalb von so überragender Bedeutung, weil in der Volksrepublik etwa 15% der Hörer Analphabeten sind, denen der Zugang zu Printmedien verschlossen ist, und die sich häufig genug auch noch kein Fernsehgerät leisten können.¹⁰⁹

6.2.4.3.3

Fernsehen

Rundfunkhören ist populär und verbreitet in den 90er Jahren; doch wurde der Rundfunk in der Zwischenzeit vom Fernsehen weit in den Schatten gestellt. Wurden beispielsweise Ende 1992 76% der Bevölkerung durch den Rundfunk erreicht, so waren es bereits 81% durch das Fernsehen! In den Städten und Kleinstädten (*zhen*) besaßen zu dieser Zeit bereits 96% der Haushalte (!) ein Fernsehgerät - davon 78,5% Farbfernseher.¹¹⁰ Dabei hatte die Geburtsstunde des Fernsehens überhaupt erst am 1. Oktober 1958 geschlagen.

Anfang der 90er Jahre strahlte das "Zentralchinesische Fernsehen" Programme auf drei Sendern aus. Sender I brachte 1990 pro Tag insgesamt 100 Stunden, Sender II 96 und Sender III 20 Stunden. Beim Sender I entfielen davon 11 Stunden auf Nachrichten, 23 Stunden auf Erziehungssendungen und 29 Stunden auf Unterhaltung. Insgesamt wurden damit 79,4% der Bevölkerung erreicht.¹¹¹

Außer an Feiertagen laufen tagsüber hauptsächlich Unterhaltungssendungen. Von dem rd. drei Stunden langen Abendprogramm machen Tagesnachrichten 20% aus, Sendereihen 25%, Kultur- und Unterhaltungssendungen einschließlich Spielfilmen und Theaterstücken rd. 50%.

Zu den themenspezifischen "Sendereihen" gehören Magazine wie "Quer durchs Land", "Überall in der Welt", "Zu Ihren Diensten", "Sportfenster", "Wissenschaft und Technik", "Hygiene und Gesundheit" und "Kinder" sowie "Soldaten des Volkes". Die Zuschauer sind aufgefordert, telefonisch oder schriftlich Wünsche und Kritiken vorzubringen.

In das Programm gehören auch *ausländische* Sach- und Unterhaltungsprogramme, seit China Intelsat-Mitglied geworden ist. Seit 1979 besteht auch eine Kooperation mit dem ZDF.

Gegenüber der maoistischen Zeit haben sich inzwischen zahlreiche Neuerungen ergeben: Dazu gehört erstens der Einzug der Werbung in das TV-Programm, die sich immer breiter macht, zum Glück für die Zuschauer bisher allerdings nur zwischen den einzelnen Sendeblocken Platz findet.

Zweitens hatten früher neue Filme ihre Premiere im allgemeinen nicht im Kino, sondern im Fernsehen. Diese Reihenfolge führte jedoch dazu, daß in den Lichtspielhäusern oft gähnende Leere herrschte. Deshalb beschloß der Staatsrat zu Beginn der 80er Jahre, die Reihenfolge umzukehren und die Ausstrahlung von Spielfilmen erst 6 Monate nach der ersten Kinovorführung auch im Fernsehen zuzulassen. Außerdem ging das Fernsehen dazu über, TV-Spielfilme in eigener Regie herzustellen. Bereits 1980 waren rd. 100 solcher Streifen produziert worden, deren Zahl sich in der Zwischenzeit längst vervielfacht hat.

Verändert hat sich auch die Bildsprache. Während die im Laufe der Kulturrevolution gedrehten Filme (nur 50 in 12 Jahren!) einem strikten Revolutionsschema unterworfen waren (die Roten erschienen stets als Helden und wurden prinzipiell aus der Froschperspektive gefilmt, während die Schwarzen ausnahmslos die Bösen und Verlierer und stets aus der Vogelperspektive aufgenommen waren), hat sich in den Studios inzwischen weitgehende Gestaltungsfreiheit durchsetzen können. Während außerdem der kulturrevolutionäre Film fast nur politische Themen behandelte, gibt es heute wieder Liebes- und Kampf-, Spionage-, Kriegs- sowie Lustspielfilme - kurzum die ganze Palette, deren Vielfalt vor allem durch ausländische Vorbilder - und hier wiederum durch den amerikanischen Film - angeregt wurde.

Eine Ewigkeit trennt den heutigen chinesischen Fernseh- alltag also von der kulturrevolutionären Medienpraxis - doch fast ebenso stark unterscheidet er sich seinerseits vom westlichen Fernsehen. Vor allem Ausländer empfinden das chinesische TV-Programm nach wie vor als bildungslastig und unterhaltungsarm. Dazu trägt auch der Umstand bei, daß das Fernsehen Schulfunktionen übernommen hat und sowohl Hochschul- als auch Mittelschulunterricht erteilt sowie Fortbildungskurse für Lehrer gibt. Zusätzlich zu den ohnehin schon üppigen zentralen Lehrprogrammen heben auch noch die Lokalstationen den pädagogischen Zeigefinger und strahlen Zusatzprogramme aus, z.B. das Beijinger Lokalfernsehen Grundkurse zur Generatorenkunde, zur Metallurgie und zur Wärmebehandlung, das Shanghaier Fernsehen zu medizinischen und veterinärwissenschaftlichen Fragen - um hier nur einige Beispiele zu nennen.

Von wachsender Bedeutung sind - im Zeichen der reformerischen "Türöffnungs"-Politik - auch Sprachkurse, in deren Rahmen vor allem Englisch, inzwischen aber auch Deutsch gelehrt wird. Eine Million TV-Begleitbücher und mehr sind hierbei eher die Regel als die Ausnahme.

Seit 1976 ist das chinesische Fernsehen farbig geworden - und zwar nach dem PAL-System.

Jahrelang gehörten Fernsehapparate mit zu den meistbegehrten Gütern. Die erste Generation der Hauptkonsumgüter hatte noch Kategorien wie Fahrräder, Arm-

banduhren, Nähmaschinen umfaßt, doch schon zur zweiten Generation gehörte dann neben dem Ventilator, dem Cassettenrecorder, der Waschmaschine und dem Kühlschrank auch das TV-Gerät. So reißend war der Absatz, daß sich Mitte der 80er Jahre fast alle Provinzen Chinas bereits eigene TV-Industriebetriebe leisten konnten.

Bis in die späten 80er Jahre hinein wurden dem chinesischen Fernsehzuschauer "keimfreie" Bilder ins Haus geliefert. Nirgends war die staatliche Kontrolle so effizient - und ungestört - wie beim TV-Betrieb. Vor allem hatten "Feindsender" kaum Chancen - sieht man einmal von einigen Randgebieten entlang der Küste ab, wie der Taiwan direkt gegenüber liegenden Provinz Fujian.

Seit den 90er Jahren jedoch wurden in dieses dichte Kontrollnetz zwei schmerzhaft Löcher gerissen:

- Erstens hatte sich dahin der Himmel mit ausländischen Satelliten gefüllt, so daß immer mehr die Gefahr aufkam, daß die Bevölkerung hier ungeniert zugriff, ohne daß die Behörden einen Filter hätten dazwischenschalten können. Um hier vorzubeugen, erließ der Staatsrat am 7.7.93 Bestimmungen, in denen der Empfang von Satelliten-TV-Sendungen allen Privatpersonen kurzerhand verboten wurde - als ob sich damit ein weltweites Phänomen einfach hätte beseitigen lassen können!

Außerdem sollten bei der Produktion, beim Verkauf und beim Import von Satellitenschüsseln strenge Vorschriften eingehalten werden; würde doch sonst der Aufbau der "sozialistischen geistigen Zivilisation" beeinträchtigt!¹¹²

Ausnahmen vom Empfangsverbot gelten lediglich für Partei- und Ministerial-Einrichtungen sowie für Ausländerhotels.

Gegen moderne Technik dürfte freilich auch in China auf die Dauer kein Kraut gewachsen sein. Vermutlich erfahren die Zensoren hier am frühesten die enger werdenden Grenzen ihrer Macht!

- Zweitens aber begann sich fast zur gleichen Zeit ein Siegeszug des Videorecorders abzuzeichnen, der so unwiderstehlich war, daß viele Kritiker bereits um die Existenz des staatlichen Fernsehprogramms fürchteten. Spiele in den 80er Jahren der Fernsehfilm noch mit Abstand die erste Geige, so werde sich in den 90er Jahren der Videorecorder zum einsamen "Freizeitgestalter Nr.1" mausern, heißt es.

Die Gründe für das "Video-Fieber" liegen auf der Hand: Unattraktivität des staatlich kontrollierten Fernsehprogramms, Streit zwischen den Familienmitgliedern über die Ausgestaltung des Fernsehabends, schneller Anstieg der Verbraucherbudgets und nicht zuletzt auch - sehr zum Kummer der politischen Führung - der Wunsch vieler Recorder-Besitzer, sich die überall (zumeist illegal) angebotenen ausländischen Filme anzuschauen, die von den Behörden mit Pornostreifen meist in einem Atemzug genannt werden.

Die Behörden kommen aber auch aus dem Staunen über die Kaufkraft der Haushalte nicht heraus: Immerhin kostete ein Videorecorder 1991 rd. 3.000 Yuan - also etwa das Fünfzehnfache eines durchschnittlichen Arbeiter-

Monatsgehalts! Außerdem müssen für eine einzige Videocassette in den Läden manchmal bis zu 150 Yuan hingelegt werden - also sage und schreibe fast ein ganzer Monatslohn. Des Rätsels Lösung jedoch ergibt sich daraus, daß die Bänder vom Mieter offensichtlich unter der Hand weitergereicht werden. Ansonsten ließe es sich kaum erklären, daß es 1991 zwar rd. 6 Mio. Videorecorder gab, daß aber gleichwohl das ganze Jahr über nur etwa 400.000 Videobänder verkauft wurden - die meisten übrigens nicht an Privatpersonen, sondern an betriebliche Danweis. Offensichtlich fand hier ein schwunghafter Rundtausch statt! Überdies öffneten zahlreiche halblegale Videotheken ihre Tore, die gegen Hinterlegung einer Kautions von 100 Yuan eine Mietkarte ausstellten, mit der die Kunden für eine Tagesgebühr von ca. 2 Yuan eine bespielte Cassette mit nach Hause nehmen durften. Daneben stellten die verschiedenen Danweis ihren Mitgliedern betriebseigene Bänder kostenlos zur Verfügung - und heizten damit das "Video-Fieber" ein weiteres Mal an.¹¹³

Videorecorder haben im heutigen China bisweilen den gleichen Prestigewert wie Luxusautos in Europa: Wer sie sich leisten kann, rückt auf der ungeschriebenen Prestigeskala eine Stufe höher! Für einen deutschen Betrachter mögen sich solche Konsum- und Prestigevorstellungen rührend ausnehmen - in einem Land wie China, dessen Bevölkerung jahrzehntlang egalitaristisch entlohnt, durch sozialistische Graufarben angeödet und durch propagandistische Einheitskost ausgehungert wurde, kann auch ein Videorecorder zum Symbol für neue Möglichkeiten und Perspektiven werden.

Teil 6.3 "Bürokraten unter sich" folgt im nächsten Heft.

Anmerkungen

- 1) Ausführlich dargestellt in Oskar Weggel, "Wo steht China heute? Teil VII: Die Träger der politischen Macht", C.a., Dezember 1992, S.912 f.m.N.
- 2) Ausführlich zu diesen Zusammenhängen Weggel, ebenda, S.910 ff. m.N.
- 3) Ausführlich dazu ebenda, S.916-921.
- 4) Dazu ebenda, S.122.
- 5) Dazu Oskar Weggel, "Wo steht China heute? Träger der politischen Macht", C.a., Februar 1993, S.119 ff. hier: S.138 f.
- 6) *The Mirror*, 10.5.71, S.4.
- 7) *The Mirror*, ?1.72, S.8.
- 8) BRu 1993, Nr.15, S.7.
- 9) C.a., Januar 1990, Ü 21.
- 10) Z.B. in Dengs "Südlichen Reden" vom Frühjahr 1992, ZM, April 1992, S.23.
- 11) Zur einschlägigen Rede Deng Xiaopings beim 4.Plenum des XIII.ZK vgl. RMRB, 28.6.89 und C.a., Juni 1989, Ü 3.
- 12) Näheres dazu in dieser Serie in C.a., Dezember 1993, S.1180 f.
- 13) Liu-Xiong, a.a.O., S.190 f.
- 14) Ebenda, S.192 f.
- 15) RMRB, 25.12.1980.
- 16) Dazu BRu 1988, Nr.2, S.12.
- 17) Veröffentlicht in RMRB, 28.1.89.
- 18) CiA, April 1988, S.24 f.
- 19) Opladen, 1989.
- 20) Hrsg. von Helmut Martin, Köln 1986.
- 21) Ebenda, S.9.
- 22) C.a., April 1994, S.399 f.
- 23) Lunyu II.1.
- 24) Begründung dazu s. C.a., Dezember 1992, S.895.
- 25) Ausführlicher dazu Oskar Weggel, *Die Asiaten*, München 1989, S.66.
- 26) Dazu Michael Quirin, "Vom horror vacui - Konfuzianische Tendenzen in der gegenwärtigen chinesischen Moraldiskussion", in: Krieger, Trauzettel (Hrsg.), *Konfuzianismus und die Modernisierung Chinas*, März 1990, S.148 ff.

- 27) In diesem Sinne: RMRB, 9. und 28.8.1992; C.a., August 1992, Ü 17.
- 28) Vgl. dazu RMRB, 10.10.89.
- 29) RMRB, 10.10.1989 und 27.4.1992.
- 30) RMRB, 27.4.92.
- 31) RMRB, 22.1.91, S.1.
- 32) "Über die richtige Behandlung der Widersprüche im Volk", Mao Zedong, *Ausgewählte Werke*, Band V, Beijing 1978, S.444.
- 33) Vgl. dazu im einzelnen Oskar Weggel, "Kontrolle in der VR China", in: *Verfassung und Recht in Übersee*, 1971, S.393-414 m.N.
- 34) Einzelheiten zu diesen Fragen bei Oskar Weggel, "Der chinesische Geheimdienst. Maulwürfe bei den Studentendemonstrationen", C.a., Juni 1989, S.428-432.
- 35) C.a., Juni 1989, Ü 7.
- 36) Lunyu XIII.18, Legge, a.a.O., S.306 f.
- 37) Lunyu XII.1, Legge S.277.
- 38) SCMP, 2.9.93; C.a., Oktober 1993, Ü 18.
- 39) *Beijing Ribao*, 27.12.86.
- 40) Text dazu in GB 1989, S.803-808.
- 41) RMRB, 6.1.87.
- 42) Text in RMRB, 23.1.87.
- 43) Zu dieser Bezeichnung vgl. die einschlägige Mitteilung des Sicherheitsministeriums vom 12.6.89 in GB 1989, S.399 f.
- 44) Text in RMRB, 15.7.80.
- 45) Zitiert in Oskar Weggel, "Das Kriegsrecht und seine Durchführung", C.a., Mai 1989, S.361-366.
- 46) Lunyu, II.1; Legge S.134.
- 47) Lunyu II.3; Legge S.135; weitere Ausführungen zu diesem Thema: Oskar Weggel, "Wo steht China heute? - Kapitel "Recht und Moral" in C.a., April 1993, S.358-390, hier: 359.
- 48) Ausführlich dazu Weggel, ebenda, S.380.
- 49) Näheres dazu Weggel, a.a.O., S.384.
- 50) XNA, 24.11.1989.
- 51) *Dongxiang*, Oktober 1993, S.19, C.a., Oktober 1993, Ü 16.
- 52) Vgl. dazu beispielsweise Peter Schier, "Die Kampagne zur Bekämpfung von Gewalt und Kriminalität", C.a., September 1983, S.561-566.
- 53) Ebenda, S.564.
- 54) RMRB, 16.10.93.
- 55) C.a., Oktober 1993, Ü 17.
- 56) RMRB, 16.10.93.
- 57) Ebenda.
- 58) Ausführlich dazu C.a., März 1993, S.226-256.
- 59) Schier, C.a., Juni 1993, S.571-577; Weggel, "Waffengeschäfte Chinas und der Einfluß des militärisch-industriellen Komplexes", C.a., April 1993, S.335-346.
- 60) Vgl. dazu Sebastian Heilmann, "Das Innenleben eines Zustimmungsparlaments" in C.a., März 1994, S.266-275, hier 266.
- 61) Dazu Heilmann, a.a.O., S.266.
- 62) Ebenda, S.269.
- 63) Ebenda, S.274.
- 64) Ebenda, S.274.
- 65) Vgl. dazu beispielsweise C.a., Mai 1989, S.367 f.
- 66) BRu 1987, Nr.38, S.15 ff.
- 67) Ebenda.
- 68) Veröffentlicht in RMRB, 2.8.1.89.
- 69) CD, 22.7.1992, S.3.
- 70) Dazu ausführlich: Oskar Weggel, "Das Umweltschutzrecht", C.a., Juli 1987, S.575-594.
- 71) Das Gesetz ist deutsch und chinesisch abgedruckt in: C.a., November 1990, S.880-889 sowie GB 1989 S.297-307.
- 72) BRu 1994, Nr.23, S.10.
- 73) Einzelheiten hierzu: C.a., Dezember 1992, S.892-896.
- 74) Einzelheiten dazu ebenda, S.896-902.
- 75) Dazu C.a., Oktober 1992, S.708-717.
- 76) C.a., Dezember 1993, S.1185-1188.
- 77) Näheres dazu in C.a., Februar 1993, S.157-165.
- 78) So optimistisch David Strand, "Protest in Beijing: Civil Society and Public Sphere in China", in: *Problems of Communism*, May-June 1990, S.1-19, hier 4+5.
- 79) Näheres dazu: C.a., Oktober 1989, Ü 19.
- 80) SWB, 3.4.93.
- 81) BRu, 1989, Nr.21, S.4 f.
- 82) RMRB, 22.1.87.
- 83) RMRB, 16.7.89.
- 84) RMRB, 15.4.1993; C.a., April 1993, Ü 19.
- 85) RMRB, 14. und 24.4.93.
- 86) C.a., Oktober 1993, Ü 9.
- 87) Vgl. u.a. das Rundschreiben der ZK-Propagandaabteilung vom 6.10.1993 in: RMRB, 29.10.1993; C.a., Oktober 1993, Ü 22.
- 88) C.a., November 1989, S.870-878.
- 89) Dazu C.a., August 1992, Ü 28.
- 90) Näheres dazu m.N. C.a., Mai 1992, Ü 7.

- 91) So z.B. Peter Schier, C.a., Mai 1993, S.434.
 92) *China Statistical Yearbook 1991*, S.702.
 93) Ebenda, S.701.
 94) RMRB, 10.8.90; C.a., August 1990, Ü 21.
 95) Dazu im einzelnen m.N. Oskar Weggel, "Gesetzgebung und Rechtspraxis im nachmaoistischen China, Teil XIII, Medienrecht", C.a., August 1989, S.588-604, hier: 590 f.
 96) *China Statistical Yearbook 1991*, S.700.
 97) *Statistisches Jahrbuch 1993 für die Bundesrepublik Deutschland*, Wiesbaden 1993, S.448.
 98) YB, a.a.O., S.701.
 99) J.B., ebenda, S.449.
 100) YB, S.702.
 101) YB, S.449.
 102) YB, S.701.
 103) JB, S.449.
 104) *Dongxiang*, März 1992, S.48; C.a., März 1992, Ü 13.
 105) *China Statistical Yearbook 1991*, S.706.
 106) *ZHRMGHG fagui huibao 1954/55*, S.463 f. und 465.
 107) Ausführlich dazu C.a., Mai 1982, S.263 ff.
 108) Dazu ausführlich GB 1986, S.125-127.
 109) SWB, 2.8.93; C.a., Juli 1993, Ü 21.
 110) RMRB, 9.10.93; C.a., Oktober 1993, Ü 24.
 111) *China Statistical Yearbook 1991*, S.706.
 112) Bestimmungen in: RMRB, 8.10.93; C.a., Oktober 1993, Ü 3.
 113) CH, April 1991, S.15 f.
- [1] 民为贵, 君为轻
 [2] 先知先觉的
 [3] 打成一片
 [4] 最密切的联系
 [5] 新权威主义
 [6] 法团
 [7] 白条
 [8] 一个中心, 两个基本点
 [9] 解决矛盾
 [10] 协商
 [11] 公开性
 [11a] 北辰
 [12] 克己复礼
 [13] 公; 私
 [14] 邓小平同志建设中国特
 色社会主义理论
 [15] 稳定
 [16] 干子派
 [17] 稳定是一切成就的基础
 [18] 无摇
 [19] 斗私批改
 [20] 揭盖子
 [21] 一个中心, 两个基本点
 [22] 改革开放; 四项基本原则
 [23] 特务
 [24] 公安部; 国家安全部; 调
 查部; 政法委员会
 [25] 间谍
 [26] 觉悟
 [27] 监察; 监督
 [28] 集会; 游行; 示威
 [29] 社会安定; 公共程序
 [30] 暴乱
 [31] 戒严
 [32] 人权; 法权
 [33] 法盲
 [34] 民间纠纷
 [35] 人民调解
 [36] 包干
- [37] 运动
 [38] 劳教场
 [39] 群众
 [40] 三支两军
 [41] 好男不当兵
 [42] 武
 [43] 表决机器; 橡皮图章; 政
 治花瓶
 [44] 生无联
 [45] 举手大军
 [46] 二线干部俱乐部; 退人
 大
 [47] 提安; 议安
 [48] 协
 [49] 听花
 [50] 公开性
 [51] 公开化
 [52] 小道消息
 [53] 革命
 [54] 环境保护
 [55] 行政诉讼法
 [56] 公民社会; 公开性社会
 [57] 新闻出版署
 [58] 国家出版局
 [59] 懒婆娘的里脚, 又长又
 臭
 [60] 小报
 [61] 整风
 [62] 人民日报; 解放军报; 经
 济日报; 工人日报; 中国
 青年报; 参考消息; 真理
 的追求
 [63] 两报一刊
 [64] 要文; 理论; 文艺评论
 [65] 副刊
 [66] 民族大家庭
 [67] 工人日报; 解放军报; 光
 明日报; 中国农民报; 中
 国青年报; 中国少年报
 [68] 体育报; 健康报; 中国法
 制报; 旅游通讯; 北京音
 乐报; 市场报
 [69] 参考资料
 [70] 参考消息;
 [71] 新华书店
 [72] 收音站